

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

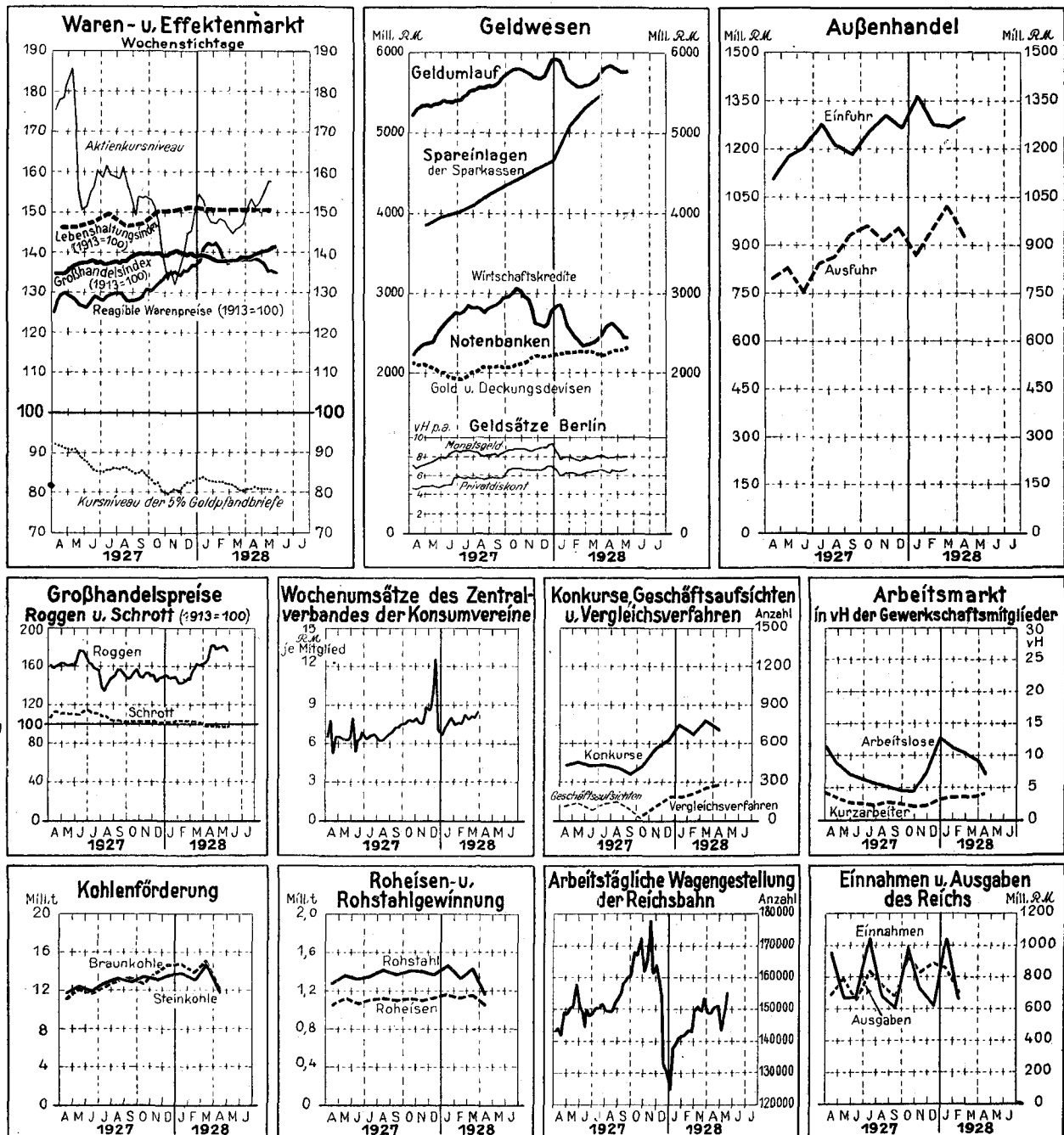
HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN REICHSAMT, BERLIN W 15, KURFÜRSTENDAMM 193/94.

1928 2. Mai-Heft

Redaktionsschluß: 6. Juni 1928
Ausgabetag: 9. Juni 1928

8. Jahrgang Nr. 10

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSKURVEN



Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich für die Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26.

Vorläufige Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik¹⁾.

Allgemeiner Überblick.

Im Rahmen der laufenden Bearbeitung des Materials für die Reichsfinanzstatistik liegen als weitere vorläufige Ergebnisse die Gesamtausgaben und -einnahmen der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich nach den Rechnungsergebnissen für die beiden Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26 vor.

Es betrug in den Rechnungsjahren	1913/14	1925/26
der Finanzbedarf ²⁾ des Reichs, der Länder und Gemeinden mit Gemeindeverbänden insgesamt	7 252,6 Mill. <i>ℳ</i>	14 477,9 Mill. <i>ℳ</i>
Davon wurden gedeckt		
durch spezielle Verwaltungseinnahmen	1 010,2 „ „	1 765,4 „ „
durch Einnahmen aus Anleihen und Fonds	796,6 „ „	1 004,4 ³⁾ „ „
Es verblieb demnach ein Zuschußbedarf ²⁾ von	5 445,8 „ „	11 708,1 „ „
Dieser wurde gedeckt		
durch Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsvermögen ⁴⁾ in Höhe von	972,7 „ „	493,4 „ „
durch Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von	4 051,4 „ „	10 579,5 ⁵⁾ „ „
Die Gesamtausgaben überstiegen also die Gesamteinnahmen um	421,7 „ „	635,2 „ „
(Dabei sind die Überschüsse und Fehlbeträge aus Vorjahren unberücksichtigt geblieben).		

Gegenüber 1913/14 ergeben sich folgende Veränderungen:

eine Steigerung des Finanzbedarfs um	7 225,3 Mill. <i>ℳ</i> = 99,6 vH
je Kopf	84,9 „ „
der Verwaltungseinnahmen um	755,2 Mill. <i>ℳ</i> = 74,8 „ „
der Einnahmen aus Anleihen und Fonds um	207,8 „ „ = 26,1 „ „
und des Zuschußbedarfs um	6 262,3 „ „ = 115,0 „ „
je Kopf	99,1 „ „
ein Rückgang der Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsvermögen um	479,3 Mill. <i>ℳ</i> = 49,3 „ „
und eine Steigerung der Steuer- und Zolleinnahmen um	6 528,1 „ „ = 161,1 „ „
je Kopf	141,9 „ „

Diese Zusammenstellung läßt die für das Rechnungsjahr 1925/26 charakteristische Finanzlage erkennen. Die Steigerung sowohl der Verwaltungseinnahmen als auch der Einnahmen aus Anleihen und Fonds ist erheblich hinter der Steigerung des Finanzbedarfs zurückgeblieben. Zudem ist die Steigerung der Einnahmen aus Anleihen usw. nur auf den Teilerlös aus der äußeren Anleihe zur Erfüllung des Londoner Abkommens in Höhe von 340 Mill. *ℳ* zurückzuführen. Die Folge dieser unterschiedlichen Entwicklung ist die stärkere Steigerung des Zuschußbedarfs im Vergleich zur Steigerung des Finanzbedarfs. Da außerdem die Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsvermögen zurückgegangen sind,

mußten die Steuern und Zölle allein den Ausgleich schaffen. Sie zeigen deshalb die verhältnismäßig größte Steigerung.

Für die Beurteilung der Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit ist neben der Wertänderung der Währungseinheit und dem natürlichen Wachsen des Verwaltungsaufwandes infolge der Bevölkerungsvermehrung die Tatsache in Rechnung zu stellen, daß die wirtschaftliche Notlage nach dem Kriege der öffentlichen Verwaltung neue, nicht zu umgehende Aufgaben, besonders auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens und der Fürsorge für die Kriegsoffer brachte. Dazu kommen noch die besonderen Aufwendungen durch die der deutschen Finanzwirtschaft auferlegten Lasten zur Erfüllung des Versailler Vertrages und des Londoner Abkommens. Schließlich hat sich gerade in der öffentlichen Verwaltung gegenüber 1913/14 eine Ausdehnung der Geldwirtschaft ergeben, z. B. durch die Verminderung der Naturalleistungen und der ehrenamtlichen Betätigung im öffentlichen Leben.

Neben diesen allgemeinen Gründen bestehen für die Gebietskörperschaften Reich, Länder und Gemeinden mit Gemeindeverbänden ebenso wie für die verschiedenen Verwaltungszweige noch besondere Gründe für die Veränderungen, die sich aus dem Vergleich der Finanzwirtschaft der Nachkriegszeit mit der Vorkriegszeit ergeben. Darauf wird der nachfolgende Begleittext zu den Zahlenübersichten eingehen.

Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Rechnungsjahre wird also nur in beschränktem Maße einen Rückschluß auf den Steigerungsgrad zulassen. Bedeutungsvoll ist der Vergleich aber für die Erkenntnis der strukturellen Veränderungen in der deutschen Finanzwirtschaft. Die Ergebnisse für das Rechnungsjahr 1925/26 sind auch für die folgenden Rechnungsjahre von grundsätzlicher Bedeutung, da sowohl in der Lastenverteilung als auch in der Steuerverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) die späteren Jahre keine wesentliche Änderung bringen werden. Damit ist der Vergleich der Ergebnisse der Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26 grundlegend für die Beurteilung der deutschen Finanzwirtschaft der Nachkriegszeit überhaupt.

In dem ersten Teil des Begleittextes wird der Finanzbedarf der gesamten öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich und seine Verteilung auf die einzelnen Verwaltungszweige in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26 verglichen. Dabei wird auch auf die Bedeutung der speziellen Verwaltungseinnahmen und der Einnahmen aus Anleihen und Fonds eingegangen und dann der durch Abzug der Erträge dieser beiden speziellen Deckungsmittel verbleibende Zuschußbedarf ermittelt. Der zweite Teil untersucht die Verteilung des Zuschußbedarfs auf Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) in den beiden Rechnungsjahren. Der dritte Teil behandelt dann die für die Deckung des Zuschußbedarfs erforderlichen allgemeinen Deckungsmittel, die Erträge des Erwerbsvermögens und die Steuern und Zölle.

¹⁾ Frühere Veröffentlichungen von vorläufigen Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik: »W. u. St.« 7. Jahrg. 1927, Nr. 10, S. 458, Nr. 21, S. 886, Nr. 22, S. 955, 8. Jahrg. 1928, Nr. 5, S. 179. Die Erhebungsblätter und Ausfüllungsanleitungen der Reichsfinanzstatistik sind in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches, Jahrg. 1927, 1. Heft, Seite 5 ff., veröffentlicht. — ²⁾ Vgl. Seite 340. — ³⁾ Darunter 340 Mill. *ℳ* äußere Anleihe zur Erfüllung des Londoner Abkommens. — ⁴⁾ Vgl. die Ausführungen S. 352 r. Sp. u. — ⁵⁾ Einschl. der Sonderleistungen zur Erfüllung des Londoner Abkommens.

Grundsätze der Erhebung und Aufbereitung.

Die Reichsfinanzstatistik für die Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26 ist eine Haushalt- und Steuerstatistik des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände). Sie erfaßt diejenigen Verwaltungszweige einschließlich Anstalten und Einrichtungen, die öffentlich-rechtlichen oder gemeinnützigen Zwecken ohne Rücksicht auf Ertragszielung dienen (Hoheitsverwaltungen beim Reich und bei den Ländern, Kammereiverwaltungen bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden).

Den Ausgangspunkt der Erhebung bilden die Bruttoausgaben und -einnahmen nach der Ist-Rechnung (einschließlich der Neben- und Sonderrechnungen) für das Rechnungsjahr. Sofern jedoch in einzelnen Aufgabengebieten Aufgaben durch Zweckverbände oder durch Anstalten und Einrichtungen außerhalb der öffentlichen Verwaltung erfüllt werden, erscheinen nur die Nettobeträge, die durch die Rechnung der Hoheits- und Kammereiverwaltungen gehen. Diese Abweichung von dem Bruttoprinzip betrifft aber nur einige Verwaltungszweige, z. B. solche, bei denen die Zweckverbandsbildung besonders verbreitet ist, wie bei den Volksschulen, beim Wegebau, beim Wohlfahrtswesen.

Auch das Erwerbsvermögen (Grund- und Kapitalvermögen, Betriebe und Unternehmungen), das nach gesetzlichen Vorschriften oder allgemeinen finanzwirtschaftlichen Grundsätzen so zu bewirtschaften ist, daß die Einnahmen mindestens die Ausgaben decken, erscheint nur mit den Nettobeträgen seiner Wirtschaftsergebnisse, soweit diese sich in der Rechnung der Hoheits- und Kammereiverwaltungen auswirken.

Die Erhebungsblätter für Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) stimmen — von den staats- und verwaltungsrechtlich bedingten sachlichen Abweichungen abgesehen — im Aufbau überein. Im Fragebogen erscheint jeder Rechnungsposten — ohne Rücksicht auf seine Einordnung in die Rechnung — an der Stelle, wo er nach seiner finanzwirtschaftlichen Zweckbestimmung hingehört. Insbesondere sind alle in der Rechnung zentral nachgewiesenen Positionen, wie Verwaltungskosten, Gebühren und Anleiheaufnahmen, nach Möglichkeit — nötigenfalls schätzungsweise — auf die Verwaltungszweige verteilt, welche sie betreffen. Beim Schuldendienst hat sich diese Aufteilung allerdings nur für die Gemeinden durchführen lassen.

Da die Erhebung auf die Bruttozahlen zurückgeht, erscheinen in den Fragebogen zahlreiche Doppelbuchungen, welche die Gesamtziffern aufblähen und der wirtschaftlichen Wirklichkeit des öffentlichen Haushalts nicht entsprechen. Hierbei handelt es sich vor allem um die Verrechnungen der Gebietskörperschaften und der Verwaltungszweige untereinander. Bei der Aufbereitung des Materials ist dieser Verrechnungsverkehr in der Weise ausgeschieden worden, daß die ausgegebenen und eingenommenen Beträge jeweils nur einmal erscheinen, und zwar doppelt gebuchte Ausgaben gemäß dem Belastungsprinzip dort, wo für sie die Deckung aufzubringen ist, Doppelbuchungen auf der Einnahmeseite (z. B. Überweisungssteuern) nur dort, wo sie endgültig zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben verwendet werden.

Überschüsse und Fehlbeträge aus Vorjahren sind unberücksichtigt geblieben.

Als nur durchlaufend sind alle Posten gestrichen worden, die von einer Gebietskörperschaft (einem Verwaltungszweig) für Zwecke Dritter (eines anderen Verwaltungszweigs) eingenommen und an diese dann ausgegeben werden.

Schließlich ist grundsätzlich auch der gesamte Vermögensverkehr nach Möglichkeit ausgeschieden worden. Als Vermögensverkehr gilt die Bewegung von Kapitalien, anderen Vermögensbestandteilen (insbesondere Grundstücken) oder Schulden, die lediglich einen Wechsel in der Vermögensanlage oder Schuldenaufnahme bedeutet oder eine im Laufe des Rechnungsjahres sich ausgleichende Bewegung des Vermögens- oder Schuldenstandes darstellt; z. B. eine kurzfristige Schuldenaufnahme, die innerhalb eines Rechnungsjahres wieder zurückgezahlt wird.

Von einer Unterscheidung zwischen ordentlichem und außerordentlichem Haushalt hat die Statistik abgesehen, da die Finanzgebarung der verschiedenen Gebietskörperschaften insbesondere nach der Inflation hier derart uneinheitlich ist, daß eine über das Formale hinausgehende sachliche Vergleichsmöglichkeit nicht besteht und auch durch die Aufbereitung nicht geschaffen werden kann. Die statistische Untersuchung erstreckt sich daher einheitlich auf den gesamten (ordentlichen und außerordentlichen) Haushalt. Die in den Erhebungsbogen

enthaltene Ausgliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten gibt einen Anhalt für die Trennung von laufenden, jedes Jahr mit Notwendigkeit wiederkehrenden Ausgaben (z. B. Verwaltungskosten) und außergewöhnlichen, unregelmäßig auftretenden Ausgaben (z. B. Neubauten) sowie von laufenden Einnahmen (z. B. Gebühren) und außergewöhnlichen Einnahmen (z. B. Anleihen).

Um zunächst einen Einblick zu bieten, in welchem Maße Ausgaben durch außergewöhnliche Einnahmen, insbesondere aus Anleiheaufnahmen und Fondsentnahmen gedeckt worden sind, wurden in der vorliegenden Veröffentlichung diese Einnahmen ausgegliedert. Die nicht verwendeten Anleihen sind nicht eingesetzt worden. Dadurch ist es im wesentlichen ermöglicht, die durch laufende Einnahmen gedeckten Ausgaben zu erkennen.

Durch dieses Erhebungsverfahren wird zweierlei erreicht: einmal wird das infolge der ganz verschiedenen Rechnungsgliederung der einzelnen Gebietskörperschaften unvergleichbare Material der Rechnungen gleichartig geordnet und dadurch vergleichbarer, zum andern erscheint jeder Verwaltungszweig mit allen ihn tatsächlich betreffenden Ausgaben und Einnahmen.

Bei den Gemeinden hat eine Einzelerhebung nur für die Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern stattgefunden. Bei den kleineren Gemeinden ist für die Einnahmen, insbesondere die Steuern, eine stark vereinfachte Einzelerhebung durchgeführt worden, die Ausgaben sind mit Hilfe einer Reihe von typischen Gemeinden, die im Einvernehmen mit den Ländern ausgewählt wurden, geschätzt worden. Die Ausgaben und Einnahmen der kleineren Gemeinden machen etwa ein Fünftel der Gesamtausgaben und -einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus. (Für das Rechnungsjahr 1926/27 sind auch bei den kleineren Gemeinden vereinfachte Einzelerhebungen vorgesehen).

Für den Vergleich der beiden Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26 war die Zurückführung der Ergebnisse der Erhebung für 1913/14 auf den Gebietsstand von 1925 erforderlich. Eine Aussonderung der auf die abgetretenen Gebiete und das Saargebiet im Rechnungsjahr 1913/14 tatsächlich entfallenen Ausgaben im Haushalt des Reichs und der entsprechenden Länder und Gemeindeverbände war undurchführbar. Als die zweckmäßigste Methode ergab sich die Umrechnung über die Einwohnerzahl. Demgemäß wurden die Ausgaben und Einnahmen für 1913/14 im Reich um 10,98 vH, in Preußen um 12,88 vH, in Bayern um 1,16 vH gekürzt.

Für die Berechnungen auf den Kopf der Bevölkerung wurde für 1913 die Bevölkerungszahl von 1910 umgerechnet auf den Gebietsstand von 1925 (ohne Saargebiet) mit 57 798 369, für 1925 die Wohnbevölkerungszahl nach der Volkszählung dieses Jahres mit 62 410 619 eingesetzt.

Die Erhebung wurde für die Gemeinden und die Gemeindeverbände mit Hilfe derselben Erhebungsbogen durchgeführt. In der vorliegenden Veröffentlichung sind die Ergebnisse der Gemeindeverbände noch in den für die Gemeinden angegebenen Zahlen mitenthalten. — Da die Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden und den Gemeindeverbänden länderspezifisch sehr verschieden ist und auch von der Größe der Gemeinde abhängig ist, hat eine getrennte Nachweisung der Gemeindeverbände von den Gemeinden erst bei der für später vorgesehenen länderspezifischen Darstellung unter Trennung nach Gemeindegrößenklassen Bedeutung.

Die Hansestädte sind ihrer staatsrechtlichen Stellung entsprechend mit den Erhebungsbogen der Länder erfaßt worden. Durch die eigenartige Struktur dieser Stadtstaaten sind ihre Rechnungsposten teils in den Aufgaben als Landesverwaltung, teils in den Aufgaben als Gemeindeverwaltung begründet. Eine Trennung dieser Aufgabenkreise war weder bei der Erhebung noch bei der Aufbereitung möglich; deshalb sind die Hansestädte in der Veröffentlichung gesondert neben Reich, Ländern und Gemeinden ausgewiesen worden.

Die Zahlenübersichten dieser Veröffentlichung sind nach den Hauptaufgabengebieten der öffentlichen Verwaltung gegliedert, die im einzelnen folgende Posten umfassen:

I. Allgemeine Verwaltung.

(Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung)

Staatsoberhaupt, Staatsleitung, Answärtiges Amt, Vertretungen im Ausland, Vertretungen der Länder beim Reich, Minister und Ministerien des Innern, Haupt- und Zentralverwaltung der Gemeinden, gesetzgebende Körperschaften, die mittleren und unteren Verwaltungsbehörden der Länder einschl. der Verwaltungsgerichte, ferner alle Hilfsverwaltungen, wie statistische, Wahl-, Presse- und Ständesämter, Reichspatentamt, Landesvermessung, Kataster- und Eichwesen. Ferner bei den Gemeinden die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, zum Teil die allgemeine Bauverwaltung und Hochbauverwaltung.

II. Staats- und Rechtssicherheit.

1. Wehrmacht:
Kriegsminister und -ministerien, Reichswehrminister und -ministerium, Heer und Marine. (Kolonialtruppen vgl. VII. Kolonien)
2. Polizei:
einschl. Gendarmerie (Landjäger) und Sonderpolizei, z. B. beim Reich Reichswasserschutz, bei den Gemeinden Gewerbe- und Marktpolizei usw.
3. Rechtspflege:
Justizminister und -ministerien, Gerichte, Strafanstalten, Grundbuchämter der Länder.

III. Wohlfahrtswesen.

1. Fürsorge- und Gesundheitswesen (einschl. der dazugehörigen Anstalten):
Wohlfahrts- und Arbeitsminister und -ministerien, Behörden und Ämter der Wohlfahrts- und des Gesundheitswesens, die gesamte wirtschaftliche Fürsorge, Jugendfürsorge, Gesundheitswesen, Leibesübungen und Sport, Behörden der Sozialversicherung, Zuschüsse zu den Versicherungsleistungen, ferner die gemeinnützigen Anstalten des Fürsorge- und Gesundheitswesens, wie Kranken- und Armenhäuser, Blindenanstalten, Asyle, Badeanstalten, Altersheime usw.
2. Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsnachweis:
Arbeitsnachweisbehörden beim Reich und bei den Ländern, Zuschüsse zur Erwerbslosenfürsorge beim Reich, bei den Ländern und bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden).
3. Wohnungswesen einschl. Siedlungswesen, jedoch nicht das landwirtschaftliche Siedlungswesen. (Die Hauszinssteuer erscheint bei den Steuereinnahmen in vollem Umfang)
4. Gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen:
Feuerlöschwesen, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung, Müllabfuhr, Kanalisation, Garten- und Parkanlagen, Friedhöfe usw. (Schlacht- und Viehhöfe siehe Betriebe).

IV. Bildungswesen.

1. Volks- und Fortbildungsschulen:
Sofern zwischengemeindliche Einrichtungen (Gesamtsschulverbände, Landesschulkassen usw.) bestehen, erscheinen bei den Gemeinden nur die Beiträge an sie; Schulaufsichtsbehörden (anteilig).
2. Höhere, mittlere, Fach- und sonstige Schulen:
Schulaufsichtsbehörden (anteilig).
3. Wissenschaft, Kunst, Kirche:
Kultusminister und -ministerien, Hochschulen, Archive, Bibliotheken, Museen, Theater- und Konzertunternehmungen, Zuschüsse an die Kirche und kirchliche Einrichtungen.

V. Wirtschaft und Verkehr.

1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel:
Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister und -ministerien, landwirtschaftliches Siedlungswesen, Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft,

wie Vieh- und Pferde- und Fischerei, Versuchsanstalten, Meliorationen, Kulturämter, Veterinärwesen, Gewerbeinspektionen, Bergbehörden, Börsen, Märkte, Messen und Ausstellungswesen, Subventionen und Darlehen.

2. Verkehr (einschl. Straßen, Wege und Wasserstraßen):

Verkehrsminister und -ministerien, Straßen-, Wege-, Wasserstraßenbau und -unterhaltung, Förderung von Kraftverkehrslinien, Kleinbahnen, des See- und Flugverkehrs, des Fremdenverkehrs usw.; bei den Gemeinden ein Teil der allgemeinen Bauverwaltung.

VI. Kriegslasten.

1. Innere Kriegslasten:

1913/14 sind hier die Ausgaben (Versorgungsgebühren) für Kriegsteilnehmer von 1870/71 und aus den Kolonialfeldzügen und der Chinaexpedition aufgeführt; auf der Einnahmeseite hauptsächlich die Entschädigung Chinas für die deutschen Ansprüche aus den Chinawirren 1900.

1925/26 Ministerium für die besetzten Gebiete, Versorgungsämter, Pensionen und Renten der alten Wehrmacht, Ausgaben infolge der Gebietsabtretungen, der Besetzung und Entwaffnung.

2. Äußere Kriegslasten:

Leistungen infolge des Londoner Abkommens und des Versailler Vertrages einschl. derjenigen aus dem Schuldverschreibungsdienst der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Industrieobligationen, sonstige Reparationszahlungen.

VII. Kolonien.

Reichskolonialamt, Zuschüsse zur Militär- und Zivilverwaltung in den Kolonien, Kolonialtruppe.

VIII. Finanz- und Schuldenwesen.

1. Finanz- und Steuerverwaltung:

Finanzminister und -ministerien, Finanzbehörden (Finanzämter, Zollverwaltung usw.) Staatshauptkasse, Rechnungshof u. a. Behörden der Rechnungskontrolle, städtische Steuerämter, soweit sie ausgliedern waren, der Verwaltungsaufwand der allgemeinen Kapitalverwaltung, ferner bei den Ländern die Hochbauverwaltung und 1925/26 die Krongrutsverwaltung, beim Reich die Reichsbauverwaltung.

2. Schuldendienst, soweit er nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt ist:

beim Reich, bei den Ländern und den Hansestädten: außer der Schuldverwaltung der gesamte Schuldendienst; bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) jedoch nur der nicht aufteilbare Schuldendienst.

IX. Sonstige Ausgaben und Einnahmen

(einschl. der nicht aufteilbaren Anleihen).

Nicht aufteilbare Pensionen, Fürstenabfindungen u. a.; Rückzahlungen überzogener Besoldungszuschüsse, ferner die nicht aufteilbaren Anleihen.

I. Der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich und die speziellen Deckungsmittel 1913/14 und 1925/26.

Der Finanzbedarf ist die Summe der zur Erfüllung der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erforderlichen Geldmittel. Der gesamte Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung setzt sich aus dem Finanzbedarf der einzelnen Verwaltungszweige (Schulwesen, Wohlfahrtswesen, Finanz- und Steuerverwaltung usw.) zusammen. Zu einem Teil wird dieser durch eigene Einnahmen des Verwaltungszweiges (Gebühren, Verwaltungskostenentschädigungen, Strafgelder, Entgelte von anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Privaten u. dgl.) gedeckt, zu einem weiteren Teil durch die Einnahmen aus Anleihen und Fonds, die dem Verwaltungszweig für besondere Zwecke zufließen. Die Verwaltungseinnahmen sowie die Einnahmen aus Anleihen und Fonds sind »spezielle« Deckungsmittel. Nach Abzug der Einnahmen aus den speziellen Deckungsmitteln ergibt sich der Teil des Finanzbedarfs, der durch einen Zuschuß aus den »allgemeinen« Deckungsmitteln gedeckt werden muß: der Zuschußbedarf. Zu den allgemeinen Deckungsmitteln gehören regelmäßig die Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen (Grund- und Kapitalvermögen, Unternehmungen und Betriebe) und die Steuern und Zölle.

Bei der Feststellung des gesamten Finanzbedarfs der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich, der durch die Summierung des Finanzbedarfs des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) gewonnen wird, müssen die Doppelzahlungen ausgeschaltet werden, die sich dadurch ergeben, daß ein Verwaltungskörper einem anderen einen Beitrag zur Deckung der Kosten eines Verwaltungszweiges leistet. Wenn z. B. eine Gemeinde ein Schulhaus mit Unterstützung des Landes baut, so erscheinen in der Gemeinde-rechnung die Kosten in voller Höhe als Ausgabe und der vom Land als Beitrag zu den Kosten des Baues geleistete

Betrag als Einnahme. Dieser Betrag steht aber auch als Ausgabe in der Rechnung des Landes, für den natürlich auch auf der Einnahmeseite eine Deckung vorhanden ist. Bei der Addition der Rechnungsbeträge des Landes und der Gemeinde zur Ermittlung der Gesamtausgaben und der Gesamteinnahmen beider Verwaltungskörper wird dieser Rechnungsposten doppelt gezählt. Der Finanzbedarf der beiden Verwaltungskörper zusammen würde höher erscheinen, als er tatsächlich ist. Auch die Verwaltungseinnahmen würden höher erscheinen. (Der Zuschußbedarf bleibt jedoch unberührt). Schaltet sich sogar noch ein Gemeindeverband dazwischen, der den Beitrag des Landes an die Gemeinde weiterleitet, so entstehen hier nochmals Doppelbuchungen. Bei der Zusammenfassung des Finanzbedarfs der beteiligten Verwaltungskörper ist daher eine Bereinigung von diesen Doppelzahlungen erforderlich. Nach dem Grundsatz, daß eine Ausgabe ohne Rücksicht darauf, wo sie entsteht, dort gezählt wird, wo sie tatsächlich getragen wird, muß dieser Betrag als Finanzbedarf des Landes angesehen werden und darf bei der Gemeinde weder als Ausgabe noch als Einnahme erfaßt werden. Nach diesem Bereinigungsverfahren ist der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich (Reich, Länder und Gemeinden mit Gemeindeverbänden) insgesamt ermittelt worden.

1. Die Veränderungen des Finanzbedarfs und des Zuschußbedarfs gegen 1913/14.

Der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich und die speziellen Deckungsmittel in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26 sind aus den beiden Übersichten 1 und 5 ersichtlich. Die Übersicht 1 enthält den Finanzbedarf, die Verwaltungseinnahmen, die Einnahmen aus Anleihen und Fonds und den verbleibenden Zuschußbedarf aller Verwaltungskörper im Deutschen Reich (Reich, Länder und Gemeinden mit Gemeindeverbänden)

insgesamt für jeden Verwaltungszweig. Die Übersicht 5 gibt dieselben Zahlen aufgeteilt auf die Verwaltungskörper Reich, Länder, Hansestädte und Gemeinden mit Gemeindeverbänden; hier wird auch die Bereinigung von den Doppelzählungen, die für die Aufstellung der Übersicht 1 erforderlich ist, durchgeführt.

Für den folgenden Vergleich der Ergebnisse der beiden Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26 wird die Übersicht 1 zugrundegelegt. Sie bringt unter der Kopfspalte »bereinigte Ausgaben (Finanzbedarf)« den gesamten vom Verrechnungs- und Vermögensverkehr, insbesondere von dem Verrechnungsverkehr der Verwaltungskörper untereinander, bereinigten Verwaltungsaufwand. In der Spalte »Verwaltungseinnahmen« sind alle Einnahmen aus Gebühren und anderen Entgelten, Strafgeldern, Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, Mieteinnahmen aus Dienstwohnungen, Zahlungen von Privaten und öffentlich-rechtlichen Körperschaften u. dgl. enthalten. Die Spalte »Anleihen, Fonds-entnahme u. dgl.« enthält vor allem die Einnahmen aus den Anleihen und sonstigen Schuldenaufnahmen, die Entnahmen aus Fonds, Rücklagen u. dgl. Die Einnahmen aus Anleihen sind nur in dem Umfange berücksichtigt, als sie zur Deckung von Ausgaben der Hoheits- und Kammereiverwaltungen verwendet wurden. Sie sind nach ihrem Verwendungszweck auf die Verwaltungszweige, für die Anleihen in Anspruch genommen werden, verteilt, wobei auch mit Schätzungen vorgegangen werden mußte. Der nicht aufteilbare Rest erscheint unter den »Sonstigen Ausgaben und Einnahmen«. Anleihen, die noch keiner Verwendung zugeführt worden sind, sind in die vorliegenden Ergebnisse nicht einbezogen worden.

Im Rechnungsjahre 1913/14 betrug der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich insgesamt rund 7¼ Milliarden *ℳ*, im Rechnungsjahre 1925/26 rund 14½ Milliarden *ℳ*. Das bedeutet also eine Steigerung der absoluten Beträge um 100 vH. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ergibt sich eine Steigerung von 125,50 *ℳ* im Jahre 1913/14 auf 232 *ℳ* im Jahre 1925/26, oder eine Steigerung um 85 vH. Die Einnahmen aus den speziellen Deckungsmitteln haben zwar in der Nachkriegszeit absolut zugenommen, verhältnismäßig aber abgenommen. Denn durch Verwaltungseinnahmen wurden vor dem Kriege rund 1 Milliarde *ℳ* oder 14 vH, 1925/26 zwar 1¾ Milliarden *ℳ*, aber nur 12 vH des Finanzbedarfs aufgebracht. Die Einnahmen aus Anleihen und Fonds sind von rund 800 Mill. *ℳ* auf rund 1 Milliarde *ℳ* gestiegen, aber ihr Anteil an der Deckung des Finanzbedarfs ist von 11 vH auf 7 vH gesunken. In diesem verhältnismäßigen Rückgang der speziellen Deckungsmittel liegt der Grund dafür, daß der Anteil des Zuschußbedarfs am Finanzbedarf 1925/26 größer ist als 1913/14. Im Jahre 1913/14 machte der Zuschußbedarf in Höhe von 5½ Milliarden *ℳ* nur 75 vH des Finanzbedarfs aus, im Jahre 1925/26 dagegen mit 11,7 Milliarden *ℳ* 81 vH. Das Mehr in der Nachkriegszeit beträgt beim Zuschußbedarf also über 6 Milliarden *ℳ*, das sind 115 vH. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, erforderte der Zuschußbedarf vor dem Kriege 94,22 *ℳ* und 1925/26 187,60 *ℳ*, das bedeutet eine Steigerung um rund 100 vH.

Der Steigerungssatz sowohl des Finanzbedarfs als auch des Zuschußbedarfs ist die Komponente aus den außerordentlich verschiedenen hohen Steigerungssätzen der einzelnen Aufgabengebiete. Je nach der Höhe der Steigerungssätze sind vier Gruppen von Aufgabengebieten zu unterscheiden.

Die 1. Gruppe umfaßt diejenigen Verwaltungszweige, die im wesentlichen einen Neubedarf aufweisen. Ihr Steigerungsgrad kann mangels einer Vergleichsgrundlage nicht gemessen werden. Hierher gehören die Kriegslasten, das Wohnungswesen, die Erwerbslosenfürsorge. Ihr Anteil an der Steigerung kann sich in der Darstellung nur in den zusammenfassenden Summen auswirken.

Die 2. Gruppe umfaßt diejenigen Aufgabengebiete, deren Steigerungssätze über dem Durchschnittssatz liegen. Hierher gehören das Fürsorge- und Gesundheitswesen, die Polizei, die Finanz- und Steuerverwaltung, die Pflege von Wissenschaft und Kunst, die Förderung von Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel. Es sind die Aufgabengebiete, bei denen sich die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in der Nachkriegszeit in besonderem Maße auswirkten.

Die 3. Gruppe bilden diejenigen Aufgabengebiete, deren Steigerungssatz unter dem Durchschnitt liegt. Hierher gehören die Volks- und Fortbildungsschulen, die Höheren und sonstigen Schulen, das Verkehrswesen, die Allgemeine Verwaltung (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung) und die Rechtspflege.

Die 4. Gruppe umfaßt diejenigen Aufgabengebiete, die einen Minderbedarf aufweisen. Das sind: Wehrmacht, Schuldendienst und Kolonien.

Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt die absoluten und verhältnismäßigen Veränderungssätze des Finanzbedarfs und des Zuschußbedarfs innerhalb der vier Gruppen.

Verwaltungszweige	Veränderungen gegen 1913/14			
	des Finanzbedarfs		des Zuschußbedarfs	
	in Mill. <i>ℳ</i>	in vH je Kopf	in Mill. <i>ℳ</i>	in vH je Kopf
1. Gruppe:				
Kriegslasten	+ 3 032,4	.	+ 2 666,1	.
Wohnungswesen	+ 1 050,8	.	+ 756,1	.
Erwerbslosenfürsorge	+ 487,1	.	+ 436,4	.
2. Gruppe:				
Fürsorge- und Gesundheitswesen	+ 1 258,1	167,6	+ 1 054,0	228,4
Polizei	+ 501,1	201,6	+ 450,4	202,8
Finanz- und Steuerverwaltung	+ 409,2	138,8	+ 363,0	142,9
Wissenschaft, Kunst, Kirche	+ 306,8	108,2	+ 250,1	109,6
Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel	+ 144,5	77,0	+ 153,3	140,4
3. Gruppe:				
Volks- u. Fortbildungsschulen	+ 486,0	50,3	+ 512,9	61,4
Höhere und sonstige Schulen	+ 200,3	42,8	+ 199,2	69,1
Verkehr	+ 269,2	22,0	+ 354,6	64,6
Allgem. Verwaltung	+ 305,8	51,1	+ 265,7	57,9
Rechtspflege	+ 211,8	50,3	+ 98,3	52,7
Gemeinnützige Anstalten	+ 70,6	8,1	+ 51,0	16,5
4. Gruppe:				
Wehrmacht	— 1 188,5	67,8	— 1 113,6	66,7
Schuldendienst	— 304,0	63,7	— 295,9	63,3
Kolonien	— 33,1	.	— 32,8	.
Insgesamt	+ 7 225,3	84,9	+ 6 262,3	99,1

Diese Gruppierung der Aufgabengebiete zeigt, daß die Steigerung des gesamten Finanzbedarfs ebenso wie des gesamten Zuschußbedarfs — abgesehen von dem durch die Wertminderung der Währung bedingten Mehrbedarf der öffentlichen Verwaltung — hauptsächlich auf die eigentlichen Kriegslasten und auf die Aufwendungen für Wohlfahrtsmaßnahmen, die durch die wirtschaftliche Notlage der Nachkriegszeit erforderlich wurden, zurückzuführen ist. Bei der Finanz- und Steuerverwaltung ist der Vergleich mit der Vorkriegszeit allerdings dadurch erschwert, daß vor dem Kriege in den Ländern die Verwaltung der großen Steuern (Einkommen-, Vermögensteuer) zum Teil bei den Behörden der Allgemeinen Verwaltung (z. B. in Preußen bei der Regierung und dem Landrat) lag, mithin auch in der vorliegenden Statistik 1913/14 bei der Allgemeinen Verwaltung nachgewiesen wird; 1925/26 wird aber durch den Übergang der Verwaltung der großen Steuern auf das Reich die Steuerverwaltung bei der Finanz- und Steuerverwaltung nachgewiesen. Der Minderungs des Finanzbedarfs bei der Wehrmacht, bei dem Schuldendienst und bei den Kolonien in Höhe von insgesamt rund 1½ Milliarden *ℳ* steht eine Steigerung des Finanzbedarfs allein für die Aufgabengebiete, die in Anbetracht der Geringfügigkeit der in der Vorkriegszeit für sie aufgewendeten Beträge als neue Aufgabengebiete anzusehen sind, in Höhe von insgesamt über 4½ Milliarden *ℳ* gegenüber, und zwar für Kriegslasten 3 Milliarden *ℳ*, für Wohnungswesen 1 Milliarde *ℳ* und für Erwerbslosenfürsorge ½ Milliarde *ℳ*.

Auf die Änderungen hinsichtlich des Umfangs und Inhalts der einzelnen Aufgabengebiete, wie sie sich durch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in der Zeit zwischen den beiden Vergleichsjahren ergeben haben, und auf die damit zusammenhängenden Wirkungen auf die öffentliche Finanzwirtschaft ist schon in den früheren Veröffentlichungen über den Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung¹⁾ eingegangen, so daß hier nur darauf verwiesen zu werden braucht; denn die dort für die Veränderungen des Zuschußbedarfs der einzelnen Verwaltungszweige angeführten Gründe gelten auch für die Veränderungen des Finanzbedarfs der einzelnen Verwaltungszweige.

¹⁾ Vgl. »W. u. St.«, 7. Jahrg., Nr. 21, S. 886 und Nr. 22, S. 955.

Übersicht 1.

Der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich (Reich, Länder und Gemeinden mit Gemeindeverbänden) nach den Rechnungsergebnissen für die Rechnungsjahre 1913/14¹⁾ und 1925/26. (Vorläufige Ergebnisse).

Verwaltungszweig	Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾				Rechnungsjahr 1925/26			
	Bereinigte Ausgaben (Finanzbedarf)	Gedeckt durch		Es verbleiben durch allgemeine Deckungsmittel zu decken *) (Zuschußbedarf)	Bereinigte Ausgaben (Finanzbedarf)	Gedeckt durch		Es verbleiben durch allgemeine Deckungsmittel zu decken (Zuschußbedarf)
		Verwaltungseinnahmen	Anleihen, Fondsentnahmen u. dgl.			Verwaltungseinnahmen	Anleihen, Fondsentnahmen u. dgl.	
I. Allgemeine Verwaltung: (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung)	483,6	69,4	36,6	377,6	789,4	133,7	12,4	643,3
II. Staats- und Rechtssicherheit:								
1. Wehrmacht	1 821,8	27,5	56,0	1 738,3	633,3	8,6	—	624,7
2. Polizei	221,9	16,9	2,1	202,9	723,0	58,5	1,2	663,3
3. Rechtspflege	340,5	187,8	1,2	151,5	552,3	302,4	0,1	249,8
Summe II	2 384,2	232,2	59,3	2 092,7	1 908,6	369,5	1,3	1 537,8
III. Wohlfahrtswesen:								
1. Fürsorge- und Gesundheitswesen (einschl. Anstalten)	666,1	180,9	71,6	413,6	1 924,2	406,7	49,9	1 467,6
2. Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis ...	2,7	0,2	0,1	2,4	489,8	23,6	27,4	438,8
3. Wohnungswesen	33,9	3,3	29,3	1,3	1 084,7	42,0	285,3	757,4
4. Gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	418,3	125,8	96,2	196,3	488,9	198,6	43,0	247,3
Summe III	1 121,0	310,2	197,2	613,6	3 987,6	670,9	405,6	2 911,1
IV. Bildungswesen:								
1. Volks- und Fortbildungsschulen	780,2	33,1	56,0	691,1	1 266,2	44,5	17,7	1 204,0
2. Höhere, mittlere, Fach- und sonstige Schulen	370,1	95,8	33,4	240,9	570,4	121,5	8,8	440,1
3. Wissenschaft, Kunst, Kirche	245,5	32,8	14,5	198,2	552,3	97,1	6,9	448,3
Summe IV	1 395,8	161,7	103,9	1 130,2	2 388,9	263,1	33,4	2 092,4
V. Wirtschaft und Verkehr:								
1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel	158,3	33,9	28,4	96,0	302,8	38,6	14,9	249,3
2. Verkehr (einschl. Straßen, Wege und Wasserstraßen)	848,0	137,2	254,4	456,4	1 117,2	159,5	146,7	811,0
Summe V	1 006,3	171,1	282,8	552,4	1 420,0	198,1	161,6	1 060,3
VI. Kriegslasten:								
1. Innere	62,5	21,3	—	41,2	1 877,9	42,1	—	1 835,8
2. Äußere	—	—	—	—	1 217,0	5,1	340,4	871,5
Summe VI	62,5	21,3	—	41,2	3 094,9	47,2	340,4	2 707,3
VII. Kolonien	33,1	0,3	—	32,8	—	—	—	—
VIII. Finanz- und Schuldenwesen:								
1. Finanz- und Steuerverwaltung *)	259,6	33,8	2,1	223,7	668,8	81,7	0,4	586,7
2. Schuldendienst, soweit nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt..	500,1	9,3	0,0	490,8	196,1	1,0	0,2	194,9
Summe VIII	759,7	43,1	2,1	714,5	864,9	82,7	0,6	781,6
IX. Sonstige Ausgaben und Einnahmen (einschl. der nicht aufteilbaren Anleihen) ...	6,4	0,9	114,7	— 109,2	23,6	0,2	49,1	— 25,7
Summe I bis IX	7 252,6	1 010,2	796,6	5 445,8	14 477,9	1 765,4	1 004,4	11 708,1

¹⁾ Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet. — *) Als allgemeine Deckungsmittel gelten die Erträge und Überschüsse aus dem Erwerbsvermögen und die Steuer- und Zolleinnahmen. Vgl. die Ausführungen auf S. 340. — *) In der ersten Veröffentlichung über den Zuschußbedarf (W. u. St., 1927 Nr. 21, S. 886) sind die Zahlen dieses Verwaltungszweiges nur mit großem Vorbehalt gegeben worden. Die neuerliche Bearbeitung hat versucht, diesen Verwaltungszweig soweit wie möglich zu bereinigen. So sind vor allem nicht aufteilbare Anleihen und andere nicht aufteilbare Zentralposten sowie Beträge, die den Vermögensverkehr betreffen, ausgesondert worden. Das gilt insbesondere für das — später in Vorzugsaktien umgewandelte — Darlehen des Reichs in Höhe von 120 Mill. RM an die Reichsbahngesellschaft. Dieses wird jetzt als Investition bei den Zuschüssen an das Erwerbsvermögen (vgl. Übersicht 3) nachgewiesen. Es ist ferner versucht worden, die nach der Erhebung in der Finanzverwaltung enthaltenen Vermögenserträge auszuschneiden.

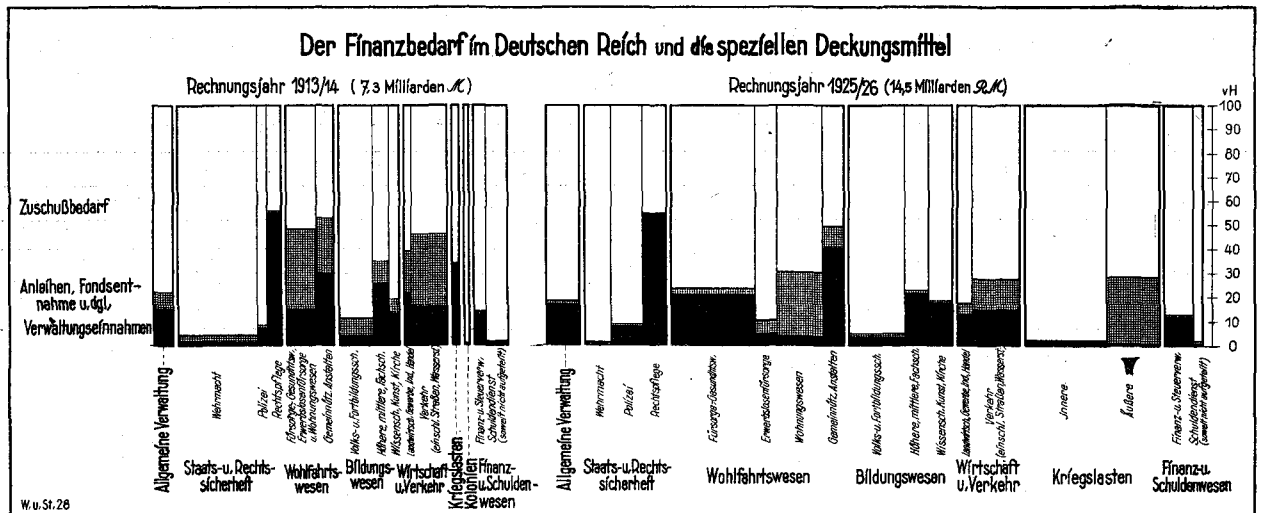
Noch: Der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich (Reich, Länder und Gemeinden mit Gemeindeverbänden) nach den Rechnungsergebnissen für die Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26.

Die Veränderungen des Finanzbedarfs und der speziellen Deckungsmittel 1925/26 gegen 1913/14.

Nr. des Ver- wal- tungs- zwei- ges	Veränderung 1925/26 gegen 1913/14								Berechnet auf den Kopf der Bevölkerung							
	in Mill. $\mathcal{M}$				in vH				Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾ in $\mathcal{M}$		Rechnungsjahr 1925/26 in $\mathcal{M}$		Veränderung 1925/26 gegen 1913/14			
	Finanz- bedarf	Ver- waltungs- ein- nahmen	Anleihen usw.	Zuschuß- bedarf	Finanz- bedarf	Verwaltungs- ein- nahmen	An- leihen usw.	Zu- schuß- bedarf	Finanz- bedarf	Zu- schuß- bedarf	Finanz- bedarf	Zu- schuß- bedarf	in $\mathcal{M}$		in vH	
													Finanz- bedarf	Zu- schuß- bedarf	Finanz- bedarf	Zuschuß- bedarf
I.	+ 305,8	+ 64,3	— 24,2	+ 265,7	+ 63,2	+ 92,7	— 66,1	+ 70,4	8,37	6,53	12,65	10,31	+ 4,28	+ 3,78	+ 51,1	+ 57,9
II.																
1.	— 1 188,5	— 18,9	— 56,0	— 1 113,6	— 65,2	— 68,7	.	— 64,1	31,52	30,08	10,15	10,01	— 21,37	— 20,07	— 67,8	— 66,7
2.	+ 501,1	+ 41,6	— 0,9	+ 460,4	+ 225,8	+ 246,2	— 42,9	+ 226,9	3,84	3,51	11,58	10,63	+ 7,74	+ 7,12	+ 201,6	+ 202,8
3.	+ 211,8	+ 114,6	— 1,1	+ 98,3	+ 62,2	+ 61,0	— 91,7	+ 64,9	5,89	2,62	8,85	4,00	+ 2,96	+ 1,38	+ 50,3	+ 52,7
Se.	— 475,6	+ 137,3	— 58,0	— 554,9	— 20,0	+ 59,1	— 97,8	— 26,5	41,25	36,21	30,58	24,64	— 10,67	— 11,57	— 25,9	— 32,0
III.																
1.	+ 1 258,1	+ 225,8	— 21,7	+ 1 054,0	+ 188,9	+ 124,8	— 30,3	+ 254,8	11,52	7,16	30,83	23,51	+ 19,31	+ 16,35	+ 167,6	+ 228,4
2.	+ 487,1	+ 23,4	+ 27,3	+ 436,4	.	.	.	.	0,05	0,04	7,85	7,03	+ 7,80	+ 6,99	.	.
3.	+ 1 050,8	+ 38,7	+ 256,0	+ 756,1	.	.	.	.	0,59	0,02	17,38	12,14	+ 16,79	+ 12,12	.	.
4.	+ 70,6	+ 72,8	— 53,2	+ 51,0	+ 16,9	+ 57,9	— 55,3	+ 26,0	7,24	3,40	7,83	3,96	+ 0,59	+ 0,56	+ 8,1	+ 16,5
Se.	+ 2 866,6	+ 360,7	+ 208,4	+ 2 297,5	+ 255,7	+ 116,3	+ 105,7	+ 374,4	19,40	10,62	63,89	46,64	+ 44,49	+ 36,02	+ 229,3	+ 339,2
IV.																
1.	+ 486,0	+ 11,4	— 38,3	+ 512,9	+ 62,3	+ 34,4	— 68,4	+ 74,2	13,50	11,95	20,29	19,29	+ 6,79	+ 7,34	+ 50,3	+ 61,4
2.	+ 200,3	+ 25,7	— 24,6	+ 199,2	+ 54,1	+ 26,8	— 73,7	+ 82,7	6,40	4,17	9,14	7,05	+ 2,74	+ 2,88	+ 42,8	+ 69,1
3.	+ 306,8	+ 64,3	— 7,6	+ 250,1	+ 125,0	+ 196,0	— 52,4	+ 126,2	4,25	3,43	8,85	7,19	+ 4,60	+ 3,76	+ 108,2	+ 109,6
Se.	+ 993,1	+ 101,4	— 70,5	+ 962,2	+ 71,2	+ 62,7	— 67,9	+ 85,1	24,15	19,55	38,28	33,53	+ 14,13	+ 13,98	+ 58,5	+ 71,5
V.																
1.	+ 144,5	+ 4,7	— 13,5	+ 153,3	+ 91,3	+ 13,9	— 47,5	+ 159,7	2,74	1,66	4,85	3,99	+ 2,11	+ 2,33	+ 77,0	+ 140,4
2.	+ 269,2	+ 22,3	— 107,7	+ 354,6	+ 31,8	+ 16,3	— 42,3	+ 77,7	14,67	7,90	17,90	13,00	+ 3,23	+ 5,10	+ 22,0	+ 64,6
Se.	+ 413,7	+ 27,0	— 121,2	+ 507,9	+ 41,1	+ 15,8	— 42,9	+ 91,9	17,41	9,56	22,75	16,99	+ 5,34	+ 7,43	+ 30,7	+ 77,7
VI.																
1.	+ 1 815,4	+ 20,8	—	+ 1 794,6	.	.	—	.	1,08	0,71	30,09	29,42	+ 29,01	+ 28,71	+ 2 636,1	+ 4 043,7
2.	+ 1 217,0	+ 5,1	+ 340,4	+ 871,5	.	.	.	.	—	—	19,50	13,96	+ 19,50	+ 13,96	.	.
Se.	+ 3 032,4	+ 25,9	+ 340,4	+ 2 666,1	.	.	.	.	1,08	0,71	49,59	43,38	+ 48,51	+ 42,67	+ 4 491,7	+ 6 009,9
VII.	— 33,1	— 0,3	—	— 32,8	.	.	—	.	0,57	0,57	—	—	— 0,57	— 0,57	.	.
VIII.																
1.	+ 409,2	+ 47,9	— 1,7	+ 363,0	+ 157,6	+ 141,7	.	+ 162,3	4,49	3,87	10,72	9,40	+ 6,23	+ 5,53	+ 138,8	+ 142,9
2.	— 304,0	— 8,3	+ 0,2	— 295,9	— 60,8	— 89,2	.	— 60,3	3,65	8,49	3,14	3,12	— 5,51	— 5,37	— 63,7	— 63,3
Se.	+ 105,2	+ 39,6	— 1,5	+ 67,1	+ 13,9	+ 91,9	— 71,4	+ 9,4	13,14	12,36	13,86	12,52	+ 0,72	+ 0,16	+ 5,6	+ 1,3
IX.	+ 17,2	— 0,7	— 65,6	+ 83,5	.	.	.	.	0,11	.	0,38	.	+ 0,27	.	+ 245,5	.
I-IX.	+ 7 225,3	+ 755,2	+ 207,8	+ 6 262,3	+ 99,6	+ 74,8	+ 26,1	+ 115,0	125,48	94,22	231,98	187,60	+ 106,50	+ 93,38	+ 84,9	+ 99,1

Auffallend ist in der Aufstellung auf Seite 341 aber noch, daß die Steigerung in vH (auf den Kopf der Bevölkerung) beim Zuschußbedarf in allen Verwaltungszweigen stärker ist als beim Finanzbedarf. Darin kommt der relative Rückgang

der Einnahmen aus den speziellen Deckungsmitteln deutlich zum Ausdruck. Im Jahre 1913/14 wurde durch Verwaltungseinnahmen rund 1 Milliarde $\mathcal{M}$ aufgebracht, das waren 14 vH des gesamten Finanzbedarfs der öffentlichen Ver-



waltung. Im Jahre 1925/26 sind die Verwaltungseinnahmen zwar auf $1\frac{3}{4}$ Milliarden *RM* gestiegen, sie decken aber nur 12 vH des gesamten Finanzbedarfs. Bei den einzelnen Verwaltungszweigen ist das Bild naturgemäß verschieden. Einige, die schon vor dem Kriege einen großen Teil ihres Finanzbedarfs aus eigenen Verwaltungseinnahmen deckten, haben deren Erträge der Steigerung des Finanzbedarfs anpassen können. Hierzu gehören die Allgemeine Verwaltung, die Polizei, die Rechtspflege, die Pflege von Wissenschaft und Kunst und auch die gemeinnützigen Anstalten. An dem Gesamtbild ändert das jedoch wenig. Für den Rückgang des Anteils der Einnahmen aus den speziellen Deckungsmitteln an der Deckung des Finanzbedarfs ausschlaggebend ist der für das Rechnungsjahr 1925/26 charakteristische Ausfall an Einnahmen aus Anleihen, Fonds u. dgl. Vor dem Kriege betrugen sie rund 800 Mill. *M.*, sie deckten 11 vH des gesamten Finanzbedarfs. Im Jahre 1925/26 sind es 1 Milliarde *RM*, die nur rund 7 vH des Finanzbedarfs decken. Dazu kommt, daß etwa $\frac{2}{3}$ dieser Einnahmen lediglich zwei Aufgabengebieten zufließen: 340,4 Mill. *RM* Teilerlös aus der äußeren Anleihe zur Erfüllung des Londoner Abkommens dienen zur Deckung der für die Kriegslasten erforderlichen Aufwendungen und 285,3 Mill. *RM* zur Behebung der Wohnungsnot. Für alle anderen Verwaltungszweige ergibt sich dadurch ein absoluter Rückgang der Einnahmen aus Anleihen, Fonds und dgl.

So sind es denn auch vor allem diejenigen Verwaltungszweige, die vor dem Kriege überwiegend an den Einnahmen aus Anleihen beteiligt waren, bei denen die verhältnismäßige Steigerung des Zuschußbedarfs wesentlich größer ist als die des Finanzbedarfs, nämlich Verkehrswesen, Förderung der Wirtschaft (Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel), Fürsorge- und Gesundheitswesen mit den hierher gehörenden Anstalten (wie Krankenhäusern usw.) und die unter gemeinnützige Anstalten zusammengefaßten gemeindlichen Einrichtungen (wie Kanalisation usw.). Bei den Volks- und Fortbildungsschulen sowohl wie bei den höheren und sonstigen Schulen ist der große Unterschied zwischen der Steigerung des Finanzbedarfs und der des Zuschußbedarfs insbesondere auf den Rückgang der Einnahmen aus Schulgeldern und aus den durch die Inflation entwerteten Fonds zurückzuführen. Das Verkehrswesen (einschl. Bau und Unterhaltung von Straßen und Wasserstraßen) stand vor dem Kriege bei weitem an der Spitze der anleihebedürftigen Verwaltungszweige. Es beanspruchte 32 vH der gesamten Einnahmen aus Anleihen, Fonds u. dgl., und 30 vH des Finanzbedarfs dieses Verwaltungszweiges wurden durch diese Einnahmen gedeckt. Im Jahre 1925/26 dagegen wurden nur 13 vH des Finanzbedarfs durch diese Mittel gedeckt. Auch der Anteil der

Die speziellen Deckungsmittel in vH des Finanzbedarfs 1913/14¹⁾ und 1925/26.

Verwaltungszweig	Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾				Rechnungsjahr 1925/26			
	Finanzbedarf	Gedeckt durch Verwaltungseinnahmen u. dgl.	Anleihen, Fondsentnahme u. dgl.	Zuschußbedarf	Finanzbedarf	Gedeckt durch Verwaltungseinnahmen u. dgl.	Anleihen, Fondsentnahme u. dgl.	Zuschußbedarf
I. Allgemeine Verwaltung: (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung).....	100	14,3	7,6	78,1	100	16,9	1,6	81,5
II. Staats- und Rechtssicherheit:								
1. Wehrmacht	100	1,5	3,1	95,4	100	1,4	—	98,6
2. Polizei	100	7,6	1,0	91,4	100	8,1	0,2	91,7
3. Rechtspflege	100	55,2	0,3	44,5	100	54,8	0,0	45,2
Summe II	100	9,7	2,5	87,8	100	19,3	0,1	80,6
III. Wohlfahrtswesen:								
1. Fürsorge- und Gesundheitswesen (einschl. Anstalten)	100	27,2	10,7	62,1	100	21,1	2,6	76,3
2. Erwerbslosenfürsorge Arbeitsnachweis	100	7,4	3,7	88,9	100	4,8	5,6	89,6
3. Wohnungswesen	100	9,7	86,4	3,9	100	3,9	26,3	69,8
4. Gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	100	30,1	23,0	46,9	100	40,6	8,8	50,6
Summe III	100	27,7	17,6	54,7	100	16,8	10,2	73,0
IV. Bildungswesen:								
1. Volks- und Fortbildungsschulen	100	4,2	7,2	88,6	100	3,5	1,4	95,1
2. Höhere, mittlere, Fach- und sonstige Schulen ...	100	25,9	9,0	65,1	100	21,3	1,5	77,2
3. Wissenschaft, Kunst, Kirche	100	13,4	5,9	80,7	100	17,6	1,2	81,2
Summe IV	100	11,6	7,4	81,0	100	11,0	1,4	87,6
V. Wirtschaft und Verkehr:								
1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel	100	21,4	17,9	60,7	100	12,8	4,9	82,3
2. Verkehr (einschl. Straßen, Wege und Wasserstraßen)	100	16,2	30,0	53,8	100	14,3	13,1	72,6
Summe V	100	17,0	28,1	54,9	100	13,9	11,4	74,7
VI. Kriegslasten:								
1. Innere	100	34,1	—	65,9	100	2,2	—	97,8
2. Äußere	100	—	—	—	100	0,4	28,0	71,6
Summe VI	100	34,1	—	65,9	100	1,5	11,0	87,5
VII. Kolonien	100	0,9	—	99,1	—	—	—	—
VIII. Finanz- und Schuldenwesen:								
1. Finanz- und Steuerverwaltung	100	13,0	0,8	86,2	100	12,2	0,1	87,7
2. Schuldendienst, soweit nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt	100	1,9	0,0	98,1	100	0,5	0,1	99,4
Summe VIII	100	5,7	0,3	94,0	100	9,5	0,1	90,4
IX. Sonstige Ausgaben und Einnahmen (einschl. der nicht aufteilbaren Anleihen)	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe I—IX	100	13,9	11,0	75,1	100	12,2	6,9	80,9

¹⁾ Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet.

Verwaltungseinnahmen ist von 16 vH auf 14 vH gesunken. Einer Steigerung des Finanzbedarfs dieses Verwaltungszweiges von 270 Mill. *RM* steht eine Mindereinnahme von 85 Mill. *RM* aus den speziellen Deckungsmitteln gegenüber. Im Jahre 1925/26 bleiben durch allgemeine Deckungsmittel 73 vH des Finanzbedarfs gegenüber nur 54 vH vor dem Kriege zu decken. Im übrigen läßt die hinter dem Durchschnitt weit zurückliegende Steigerung des Finanzbedarfs für das Verkehrswesen um nur 21,8 vH darauf schließen, daß im Jahre 1925/26 eine ziemlich starke Zurückhaltung im Aufwand für Verkehrswesen, insbesondere wohl für Straßenbau und -unterhaltung, geübt wurde. Eine wenn auch nur geringe absolute Minderung um 9 Mill. *RM* der Einnahmen aus speziellen Deckungsmitteln infolge des Rückgangs der Einnahmen aus Anleihen ergibt sich noch bei der Wirtschaftsförderung (Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel). Vor dem Kriege verblieben nur 61 vH des Finanzbedarfs dieses Aufgabengebiets als Zuschußbedarf, 1925/26 verbleiben 82 vH. Durch die absolute Höhe der Beträge wirkt sich das Zurückbleiben der Einnahmen aus den speziellen Deckungsmitteln hinter dem Finanzbedarf insbesondere beim Fürsorge- und Gesundheitswesen aus. Einer Steigerung des Finanzbedarfs von 1250 Mill. *RM* steht eine Steigerung der Verwaltungseinnahmen um nur 225 Mill. *RM* und ein Rückgang der Einnahmen aus Anleihen, Fonds u. dgl. von 22 Mill. *RM* gegenüber, so daß durch allgemeine Deckungsmittel über 1 Milliarde *RM* mehr als 1913/14 zu decken bleiben; gegenüber einer Steigerung des Finanzbedarfs dieses Verwaltungszweiges um 168 vH ergibt sich eine Steigerung des Zuschußbedarfs um 228 vH. Vor dem Kriege brauchten nur 62 vH des Finanzbedarfs für das Fürsorge- und Gesundheitswesen durch allgemeine Deckungsmittel gedeckt zu werden, 1925/26 sind es dagegen 76 vH.

Gerade hier beim Fürsorge- und Gesundheitswesen zeigt sich aber nun auch, daß der Rückgang des Anteils der Einnahmen aus Anleihen usw. an der Deckung des Finanzbedarfs zum Teil auch darauf zurückzuführen ist, daß bei einzelnen Verwaltungszweigen der laufende Finanzbedarf verhältnismäßig stärker gestiegen ist als der außergewöhnliche, mithin Einnahmen aus Anleihen usw. garnicht dem Finanzbedarf entsprechend steigen konnten.

2. Der Anteil der Aufgabengebiete am Finanzbedarf 1913/14 und 1925/26.

Der Vergleich des Finanzbedarfs der öffentlichen Verwaltung und der speziellen Deckungsmittel in den beiden Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26 zeigt, daß bei jedem Verwaltungszweig nicht nur die Ausgabeseite, sondern auch die Einnahmeseite einschneidende Veränderungen erfahren hat.

Diese Veränderungen haben naturgemäß eine Verschiebung in der Verteilung des Finanzbedarfs auf die einzelnen Aufgabengebiete herbeigeführt.

Anteile wichtiger Aufgabengebiete am Finanzbedarf der gesamten öffentlichen Verwaltung.

1913/14		1925/26	
Aufgabengebiet	vH	Aufgabengebiet	vH
Wehrmacht	25,1	Kriegslasten	21,4
Verkehr	11,7	Fürsorge- u. Gesundheitswesen	13,3
Volks- u. Fortbildungsschulen	10,7	Volks- u. Fortbildungsschulen	8,8
Fürsorge- u. Gesundheitswesen	9,2	Verkehr	7,7
Schuldendienst	6,9	Wohnungswesen	7,5
Allgemeine Verwaltung	6,7	Allgemeine Verwaltung	5,4
Gemeinnützige Anstalten	5,8	Polizei	5,0
Höhere u. sonstige Schulen	5,1	Finanz- und Steuerverwaltung	4,6
Rechtspflege	4,7	Wehrmacht	4,4

Im Rechnungsjahr 1913/14 standen die Ausgaben für die Wehrmacht mit 25 vH des gesamten Finanzbedarfs an der Spitze. Hier wirkte sich allerdings die einmalige besondere Aufwendung aus, die gerade in diesem Rechnungsjahr zur Durchführung einer Heeresreform und Verstärkung

der Wehrmacht erforderlich wurde. In der Reihenfolge der Aufgabengebiete nach ihren Anteilen am Gesamtfinanzbedarf folgten dann in weitem Abstand das Verkehrswesen, die Volks- und Fortbildungsschulen, das Fürsorge- und Gesundheitswesen, der Schuldendienst, die Allgemeine Verwaltung.

Im Rechnungsjahre 1925/26 stehen die inneren und äußeren Kriegslasten mit zusammen 21,4 vH der gesamten Ausgaben an der Spitze. Es folgen die Ausgaben für Fürsorge- und Gesundheitswesen, deren Anteil sich gegenüber 1913/14 erhöht hat. Die Volks- und Fortbildungsschulen behalten die dritte Stelle in der Reihenfolge, ihr Anteil hat sich aber von 10,7 vH auf 8,8 vH gesenkt. Neu treten in die Spitzengruppe der Reihenfolge das Wohnungswesen mit 7,5 vH, die Polizei mit 5,0 vH und die Finanz- und Steuerverwaltung mit 4,6 vH ein. Erst dann folgt die Wehrmacht, deren Anteil auf 4,4 vH gesunken ist. Eine erhebliche

Die Verteilung des Finanzbedarfs, der Verwaltungseinnahmen, der Anleihe-einnahmen und des Zuschußbedarfs der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich (Reich, Länder, Gemeinden mit Gemeindeverbänden) auf die Verwaltungszweige in vH der Gesamtbeträge.

Verwaltungszweig	Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾				Rechnungsjahr 1925/26			
	Finanzbedarf	Verwaltungseinnahmen	Anleihen usw.	Zuschußbedarf	Finanzbedarf	Verwaltungseinnahmen	Anleihen usw.	Zuschußbedarf
I. Allgemeine Verwaltung: (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung)	6,7	6,9	4,6	6,9	5,4	7,6	1,2	5,5
II. Staats- und Rechtssicherheit:								
1. Wehrmacht	25,1	2,7	7,0	31,9	4,4	0,5	—	5,3
2. Polizei	3,1	1,7	0,3	3,7	5,0	3,3	0,1	5,7
3. Rechtspflege	4,7	18,6	0,1	2,8	3,8	17,1	0,0	2,1
Summe II	32,9	23,0	7,4	38,4	13,2	20,9	0,1	13,1
III. Wohlfahrtswesen:								
1. Fürsorge- und Gesundheitswesen (einschl. Anstalten)	9,2	17,9	9,0	7,6	13,3	23,0	5,0	12,5
2. Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis	0,0	0,0	0,0	0,1	3,4	1,3	2,7	3,8
3. Wohnungswesen	0,4	0,3	3,7	0,0	7,5	2,4	28,4	6,5
4. Gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	5,8	12,5	12,1	3,6	3,3	11,3	4,3	2,1
Summe III	15,4	30,7	24,8	11,3	27,5	38,0	40,4	24,9
IV. Bildungswesen:								
1. Volks- und Fortbildungsschulen	10,7	3,3	7,0	12,7	8,8	2,5	1,7	10,3
2. Höhere, mittlere, Fach- und sonstige Schulen	5,1	9,5	4,2	4,4	3,9	6,9	0,9	3,8
3. Wissenschaft, Kunst, Kirche	3,4	3,2	1,8	3,7	3,8	5,5	0,7	3,8
Summe IV	19,2	16,0	13,0	20,8	16,5	14,9	3,3	17,9
V. Wirtschaft und Verkehr:								
1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel	2,2	3,3	3,6	1,7	2,1	2,2	1,5	2,1
2. Verkehr (einschl. Straßen, Wege und Wasserstraßen)	11,7	13,6	31,9	8,4	7,7	9,0	14,6	6,9
Summe V	13,9	16,9	35,5	10,1	9,8	11,2	16,1	9,0
VI. Kriegslasten:								
1. Innere	0,9	2,1	—	0,8	13,0	2,4	—	15,7
2. Äußere	—	—	—	—	8,4	0,3	33,9	7,4
Summe VI	0,9	2,1	—	0,8	21,4	2,7	33,9	23,1
VII. Kolonien	0,4	0,0	—	0,6	—	—	—	—
VIII. Finanz- und Schuldenwesen:								
1. Finanz- und Steuerverwaltung	3,6	3,4	0,3	4,1	4,6	4,6	0,1	5,0
2. Schuldendienst, soweit nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt	6,9	0,9	0,0	9,0	1,4	0,1	0,0	1,7
Summe VIII	10,5	4,3	0,3	13,1	6,0	4,7	0,1	6,7
IX. Sonstige Ausgaben und Einnahmen (einschl. der nicht aufteilbaren Anleihen)	0,1	0,1	14,4	—2,0	0,2	0,0	4,9	—0,2
Summe I bis IX	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet.

Verschiebung zeigt sich noch beim Anteil des Schuldendienstes, der 1913/14 mit 6,9 vH in der Anfangsgruppe der Reihenfolge, 1925/26 mit 1,4 vH in der Schlußgruppe der Reihenfolge steht. Die Aufwertungsgesetzgebung konnte sich in diesem Jahr noch nicht auswirken. Außerdem ist der Vergleich hier nicht ganz einwandfrei, weil die Aufteilung in den beiden Rechnungsjahren nicht gleichmäßig durchgeführt werden konnte. Im Jahre 1913/14 beanspruchen also ungefähr die Hälfte des Finanzbedarfs die Staats- und Rechtssicherheit und das Bildungswesen, 1925/26 dagegen die Kriegslasten und das Wohlfahrtswesen.

Entsprechend den Veränderungen in der Verteilung des Finanzbedarfs auf die einzelnen Aufgabengebiete liegen auch die Veränderungen in der Verteilung des Zuschuß-

bedarfs auf die einzelnen Aufgabengebiete im Vergleich zu der Vorkriegszeit im großen und ganzen in derselben Richtung.

Der Anteil des Finanzbedarfs am Gesamtfinanzbedarf ist bei denjenigen Verwaltungszweigen, bei denen die speziellen Deckungsmittel verhältnismäßig stark beteiligt sind, immer höher als der Anteil des Zuschußbedarfs dieser Verwaltungszweige am Gesamtzuschußbedarf, so ist z. B. der Anteil der Rechtspflege wegen der hohen Gebühreneinnahme und der Anteil des Wohnungswesens wegen der hohen Anleiheerinnahmen am Finanzbedarf höher als am Zuschußbedarf, umgekehrt ist z. B. bei den Volks- und Fortbildungsschulen wegen der geringen Verwaltungs- und Anleiheerinnahmen der Anteil am Zuschußbedarf höher als am Finanzbedarf.

II. Der Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich und seine Verteilung auf Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) 1913/14 und 1925/26.

Der Unterschied zwischen dem Finanzbedarf und dem Zuschußbedarf ist, wie bemerkt wurde, bei den einzelnen Verwaltungszweigen sehr verschieden. Er ist davon abhängig, inwieweit auf einem Aufgabengebiete die Möglichkeit zur Erhebung von Gebühren usw. besteht oder Anleihen und Fonds zur Deckung herangezogen werden können.

Außer diesem sachlichen Grunde für die Verschiedenheit der Spanne zwischen Finanzbedarf und Zuschußbedarf kann im Einzelfall noch ein mehr formaler Grund bestehen, der sich insbesondere beim Vergleich mehrerer Länder oder Gemeinden untereinander auswirkt. Wenn z. B. eine Gemeinde ein eigenes Krankenhaus hat, erscheint es mit seinen gesamten Ausgaben und Einnahmen in der Gemeinderrechnung. Bei einer anderen Gemeinde, die kein eigenes Krankenhaus hat, aber ein privates unterstützt, erscheint in der Gemeinderrechnung nur der Zuschuß an das private Krankenhaus. Im ersten Fall wird die Spanne zwischen dem Finanzbedarf und dem Zuschußbedarf je nach der Höhe der Verwaltungseinnahmen und der Einnahmen aus Anleihen usw. mehr oder weniger groß sein, im zweiten Falle dagegen ist der Finanzbedarf gleich dem Zuschußbedarf. Solche durch die Natur des Aufgabengebietes oder durch den Zufall der Eigentumsverhältnisse bedingten Verschiedenheiten können also wohl die Höhe des Finanzbedarfs, aber nicht die Höhe des Zuschußbedarfs beeinflussen; darum ist für vergleichende Betrachtungen der Finanzbedarf allein nicht geeignet. Vor allem läßt er nicht erkennen, in welcher Höhe die allgemeinen Deckungsmittel, das sind im wesentlichen die Steuern, von den verschiedenen Verwaltungskörpern für die einzelnen Aufgabengebiete beansprucht werden. Der Zuschußbedarf dagegen gewährt einen einwandfreien Einblick in die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) und läßt auch erkennen, welchem Verwendungszweck die allgemeinen Deckungsmittel zugeführt worden sind. Darum ist für eine Untersuchung über die Lastenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) der Zuschußbedarf von besonderer Wichtigkeit.

1. Die Lastenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) 1913/14 und 1925/26.

Aus der Übersicht 2 ist die Verteilung des Zuschußbedarfs der gesamten öffentlichen Verwaltung und der einzelnen Verwaltungszweige auf Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) nach den Rechnungsergebnissen für die beiden Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26 ersichtlich.

Die Steigerung des Zuschußbedarfs im Rechnungsjahre 1925/26 gegenüber 1913/14 beträgt

	in Mill. $\mathcal{M}$	in vH
beim Reich	2 637,2	121,2
bei den Ländern	1 461,5	113,9
bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ..	2 038,3	113,0
bei den Hansestädten	125,3	68,6

Beim Reich ist also die prozentuale Steigerung etwas stärker als bei den Ländern und den Gemeinden (Gemeindeverbänden). Die verhältnismäßig geringe Steigerung des Zuschußbedarfs der Hansestädte ist dadurch zu erklären, daß der Ausgabenstand der Hansestädte auf einigen Verwaltungsbereichen, wie Verkehr, Fürsorge- und Gesundheitswesen, bereits im Rechnungsjahr 1913/14 verhältnismäßig hoch war.

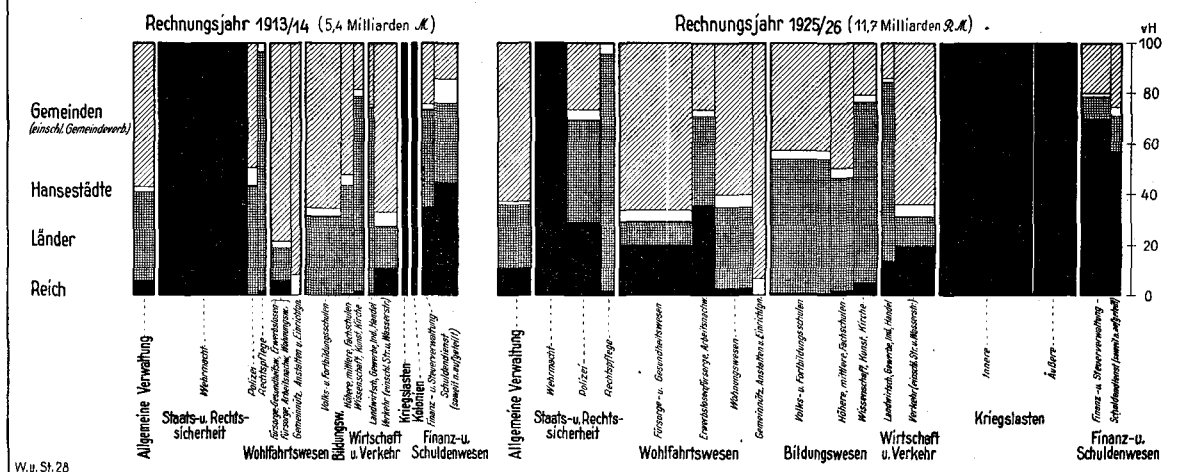
Ein Vergleich der beiden Rechnungsjahre hinsichtlich des Anteils der Verwaltungskörper am Zuschußbedarf der einzelnen Aufgabengebiete gibt ein gutes Bild von der Verschiebung der Lastenverteilung zwischen den Verwaltungskörpern nach dem Kriege (vgl. Übersicht S. 347).

Von den Aufgabengebieten, die in Anbetracht der Belanglosigkeit der vor dem Kriege für sie aufgewendeten Beträge als neue Aufgabengebiete der öffentlichen Verwaltung der Nachkriegszeit angesehen werden müssen, entfallen die Kriegslasten insgesamt auf das Reich, die Lasten der Erwerbslosenfürsorge verteilen sich fast gleichmäßig auf Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände), die Lasten der Wohnungsfürsorge tragen zum überwiegenden Teil die Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Kriegslasten beanspruchen mit einem Zuschußbedarf von rd. 2 700 Mill. $\mathcal{M}$ weit mehr als die Hälfte des gesamten Zuschußbedarfs des Reichs. Die inneren und äußeren Kriegslasten teilen sich darin im Rechnungsjahr 1925/26 noch im Verhältnis von 2 : 1; der Anteil der äußeren Kriegslasten wird jedoch entsprechend den steigenden Zahlungsverpflichtungen nach dem Dawesplan in den nächsten Jahren wachsen. Zu diesen Kriegslasten des Reichs sind eigentlich noch die von den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu tragenden Kriegslasten, insbesondere aus der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge und aus der Kleinrentnerfürsorge zu rechnen, die jedoch bei dem Fürsorge- und Gesundheitswesen eingerechnet sind. Die Erwerbslosenfürsorge nimmt mit ihrer Lastenverteilung — Reich 35,4 vH, Länder 35,7 vH, Gemeinden und Gemeindeverbände 26,5 vH — eine Sonderstellung unter den Verwaltungszweigen des Wohlfahrtswesens ein. Das Wohlfahrtswesen ist im allgemeinen sowohl vor dem Kriege wie nach dem Kriege überwiegend gemeindliches Aufgabengebiet. Die Unsicherheit des Wirtschaftslebens nach dem Kriege brachte aber eine so starke Aufgabenvermehrung mit sich, daß Reich und Länder hier helfend eingreifen mußten. Die Fürsorge auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist in überwiegender Maße den Gemeinden und Gemeindeverbänden zugefallen. Rund $\frac{2}{3}$ des Zuschußbedarfs für diesen Verwaltungszweig entfallen auf die Gemeinden, $\frac{1}{3}$ auf die Länder.

Von den anderen Verwaltungszweigen zeigen größere Verschiebungen in der Lastenverteilung die Volks- und Fortbildungsschulen, das Polizeiwesen und die Finanz- und Steuerverwaltung. Beim Volksschulwesen kommt die

Der Zuschußbedarf der Aufgabengebiete der öffentlichen Verwaltung und seine Verteilung auf Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände)



Der Anteil des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) am Zuschußbedarf der einzelnen Verwaltungszweige in vH.

Verwaltungszweig	Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾					Rechnungsjahr 1925/26				
	Anteil am Zuschußbedarf in vH					Anteil am Zuschußbedarf in vH				
	Reich	Länder	Gemeinden ²⁾	Hansestädte	Insgesamt	Reich	Länder	Gemeinden ²⁾	Hansestädte	Insgesamt
I. Allgem. Verwaltung (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung)	6,04	35,04	57,04	1,88	100	10,82	25,10	62,57	1,51	100
II. Staats- u. Rechtssicherheit:										
1. Wehrmacht	100	—	—	—	100	100	—	—	—	100
2. Polizei	—	43,57	49,33	7,10	100	29,29	40,37	26,19	4,15	100
3. Rechtspflege	1,39	95,05	—	3,56	100	1,92	93,88	—	4,20	100
Summe II	83,17	11,10	4,78	0,95	100	53,57	32,66	11,30	2,47	100
III. Wohlfahrtswesen:										
1. Fürsorge- und Gesundheitswesen (einschl. Anstalten)	13,40	12,09	69,05	5,46	100	20,26	9,23	65,98	4,53	100
2. Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis	0,00	12,50	87,50	0,00	100	35,44	35,66	26,48	2,42	100
3. Wohnungswesen	—	—	—	—	—	2,65	32,36	59,01	5,98	100
4. Gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	—	—	91,90	8,10	100	—	—	93,25	6,75	100
Summe III	8,80	8,21	76,70	6,29	100	16,25	18,45	60,53	4,77	100
IV. Bildungswesen:										
1. Volks- und Fortbildungsschulen	—	31,36	65,40	3,24	100	0,01	54,05	42,52	3,42	100
2. Höhere, mittlere, Fach- u. sonstige Schulen	0,46	43,13	52,14	4,27	100	0,97	45,81	49,40	3,82	100
3. Wissenschaft, Kunst, Kirche	1,41	77,40	18,26	2,93	100	5,09	71,38	20,50	3,03	100
Summe IV	0,34	41,94	54,31	3,41	100	1,30	56,03	39,25	3,42	100
V. Wirtschaft und Verkehr:										
1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel	0,42	74,27	24,27	1,04	100	13,36	71,12	14,08	1,44	100
2. Verkehr (einschließlich Straßen, Wege und Wasserstraßen)	10,45	17,31	67,00	5,24	100	19,47	11,70	64,00	4,83	100
Summe V	8,71	27,21	59,57	4,51	100	18,03	25,67	52,26	4,04	100
VI. Kriegslasten:										
1. Innere	100	—	—	—	100	100	—	—	—	100
2. Äußere	—	100	—	—	100	—	100	—	—	100
Summe VI	100	—	—	—	100	100	—	—	—	100
VII. Kolonien	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—
VIII. Finanz- u. Schuldenwesen:										
1. Finanz- und Steuerverwaltung	34,82	38,71	24,32	2,15	100	69,83	8,86	20,15	1,16	100
2. Schuldendienst, soweit nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt	44,40	31,60	14,26	9,74	100	57,00	13,80	25,66	3,54	100
Summe VIII	41,40	33,83	17,41	7,36	100	66,63	10,10	21,52	1,75	100
IX. Sonstige Ausgaben u. Einnahmen (einschl. der nicht aufteilbaren Anleihen ³⁾)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe I—IX	39,96	23,57	33,12	3,35	100	41,11	23,45	32,81	2,63	100

¹⁾ Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet. — ²⁾ Einschließlich der Gemeindeverbände. — ³⁾ Bei der Verschiedenartigkeit und Unvergleichbarkeit der Beträge mußte von einer anteiligen Berechnung abgesehen werden.

Tendenz zum Ausdruck, die Schullasten, insbesondere die Lehrerbesoldung, von den Gemeinden auf die breiteren Schultern der Länder zu verlegen. Vor dem Kriege mußten die Gemeinden noch $\frac{2}{3}$ des Zuschußbedarfs der Volks- und Fortbildungsschulen decken, 1925/26 ist die Führung mit 54 vH des Zuschußbedarfs an die Länder übergegangen. Eine Folge der Neuordnung des Finanzausgleichs in der Nachkriegszeit ist auch die Verpflichtung des Reichs zur Leistung eines Beitrages zu den Kosten der Polizei an die Länder und die damit zusammenhängende Veränderung der Lastenverteilung. Während im Jahre 1913/14 der Zuschußbedarf für die Polizei sich fast gleichmäßig auf die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) verteilte, sind im Jahre 1925/26 das Reich mit rd. 30 vH, die Länder mit rd. 40 vH und

die Gemeinden (Gemeindeverbände) mit rd. 26 vH beteiligt. In der Verschiebung der Lastenverteilung bei der Finanz- und Steuerverwaltung kommen die Wirkungen der Reichsfinanzreform, die die Reichsfinanzverwaltung schuf, sehr deutlich zum Ausdruck. Auf das Reich entfallen 1925/26 rd. 70 vH (gegenüber 35 vH 1913/14) und auf die Länder nur noch rd. 9 vH (gegenüber 39 vH 1913/14). Der Anteil der Gemeinden ist um ein geringes auf rd. 20 vH gefallen. Ein zuverlässiges Bild kann bei diesem Verwaltungszweig wegen der Verschiedenartigkeit der hier zusammengefaßten Posten (vgl. S. 340) nicht gewonnen werden.

Bei den anderen Verwaltungszweigen zeigt der Vergleich der beiden Rechnungsjahre zwar keine erheblichen Veränderungen in der Lastenverteilung, aber doch die unver-

Übersicht 2

Der Zuschußbedarf ¹⁾ der öffentlichen Verwaltung des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) nach den Rechnungsergebnissen für die Rechnungsjahre 1913/14 ²⁾ und 1925/26. (Vorläufige Ergebnisse)

Verwaltungszweig	Rechnungsjahr 1913/14 ²⁾					Rechnungsjahr 1925/26				
	Reich	Länder	Gemeinden ³⁾	Hansestädte	Insgesamt	Reich	Länder	Gemeinden ³⁾	Hansestädte	Insgesamt
		ohne Hansestädte					ohne Hansestädte			
		in Mill. <i>ℳ</i>					in Mill. <i>ℳ</i>			
I. Allgemeine Verwaltung (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung)	22,8	132,3	215,4	7,1	377,6	69,6	161,5	402,5	9,7	643,3
II. Staats- und Rechtssicherheit:										
1. Wehrmacht	1 738,3	—	—	—	1 738,3	624,7	—	—	—	624,7
2. Polizei	—	88,4	100,1	14,4	202,9	194,3	267,8	173,7	27,5	663,3
3. Rechtspflege	2,1	144,0	—	5,4	151,5	4,8	234,5	—	10,5	249,8
Summe II	1 740,4	232,4	100,1	19,8	2 092,7	823,8	502,3	173,7	38,0	1 537,8
III. Wohlfahrtswesen:										
1. Fürsorge- und Gesundheitswesen (einschl. Anstalten)	55,4	50,0	285,6	22,6	413,6	297,4	135,5	968,3	66,4	1 467,6
2. Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis	0,0	0,3	2,1	0,0	2,4	155,5	156,5	116,2	10,6	438,8
3. Wohnungswesen	1,4	0,1	2,5	0,1	1,3	20,1	⁴⁾ 245,1	⁴⁾ 446,9	⁴⁾ 45,3	757,4
4. Gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	—	—	180,4	15,9	196,3	—	—	230,6	16,7	247,3
Summe III	54,0	50,4	470,6	38,6	613,6	473,0	537,1	1 762,0	139,0	2 911,1
IV. Bildungswesen:										
1. Volks- und Fortbildungsschulen	—	216,7	452,0	22,4	691,1	0,1	650,8	511,9	41,2	1 204,0
2. Höhere, mittlere, Fach- und sonstige Schulen ...	1,1	103,9	125,6	10,3	240,9	4,3	201,6	217,4	16,8	440,1
3. Wissenschaft, Kunst, Kirche	2,8	153,4	36,2	5,8	198,2	22,8	320,0	91,9	13,6	448,3
Summe IV	3,9	474,0	613,8	38,5	1 130,2	27,2	1 172,4	821,2	71,6	2 092,4
V. Wirtschaft und Verkehr:										
1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel	0,4	71,3	23,3	1,0	96,0	33,3	177,3	35,1	3,6	249,3
2. Verkehr (einschl. Straßen, Wege und Wasserstraßen)	47,7	79,0	305,8	23,9	456,4	157,9	94,9	519,0	39,2	811,0
Summe V	48,1	150,3	329,1	24,9	552,4	191,2	272,2	554,1	42,8	1 060,3
VI. Kriegslasten:										
1. Innere	41,2	—	—	—	41,2	1 835,8	—	—	—	1 835,8
2. Äußere	—	—	—	—	—	⁵⁾ 871,5	—	—	—	871,5
Summe VI	41,2	—	—	—	41,2	2 707,3	—	—	—	2 707,3
VII. Kolonien	32,8	—	—	—	32,8	—	—	—	—	—
VIII. Finanz- und Schuldenwesen:										
1. Finanz- und Steuerverwaltung ⁶⁾	77,9	86,6	54,4	4,8	223,7	409,7	52,0	118,2	6,8	586,7
2. Schuldendienst, soweit nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt	217,9	155,1	70,0	47,8	490,8	111,1	26,9	50,0	6,9	194,9
Summe VIII	295,8	241,7	124,4	52,6	714,5	520,8	78,9	168,2	13,7	781,6
IX. Sonstige Ausgaben und Einnahmen (einschl. der nicht aufteilbaren Anleihen)	— 62,8	2,5	— 50,0	1,1	— 109,2	0,5	20,7	— 40,0	— 6,9	— 25,7
Summe I bis IX	2 176,2	1 283,6	1 803,4	182,6	5 445,8	4 813,4	2 745,1	3 841,7	307,9	11 708,1

¹⁾ Vgl. Übersicht 1 und den Begleittext. — ²⁾ Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet. — ³⁾ Einschl. der Gemeindeverbände. — ⁴⁾ Davon bei den Ländern 227,8 Mill. *ℳ*, bei den Gemeinden 324,8 Mill. *ℳ*, bei den Hansestädten 43,5 Mill. *ℳ* durch Gebäudeentschuldungssteuer (Hauszinssteuer) zur Förderung der Bautätigkeit gedeckt. — ⁵⁾ Einschl. 396,4 Mill. *ℳ* aus dem Schuldverschreibungsdienst der Deutschen Reichsbahngesellschaft und 62,5 Mill. *ℳ* aus dem Dienste der Industrieobligationen. — ⁶⁾ In der ersten Veröffentlichung über den Zuschußbedarf (W. u. St. 1927, Nr. 21, S. 886) sind die Zahlen dieses Verwaltungszweiges nur mit großem Vorbehalt gegeben worden. Die neuerliche Bearbeitung hat versucht, diesen Verwaltungszweig soweit wie möglich zu bereinigen. So sind vor allem nicht aufteilbare Anleihen und andere nicht aufteilbare Zentralposten sowie Beträge, die den Vermögensverkehr betreffen, ausgesondert worden. Das gilt insbesondere für das — später in Vorzugsaktien umgewandelte — Darlehn des Reichs in Höhe von 120 Mill. *ℳ* an die Reichsbahngesellschaft. Dieses wird jetzt als Investition bei den Zuschüssen an das Erwerbsvermögen (vgl. Übersicht 3) nachgewiesen. Es ist ferner versucht worden, die nach der Erhebung in der Finanzverwaltung enthaltenen Vermögenserträge auszuschneiden.

kennbare Tendenz der Erweiterung des Aufgabengebietes des Reichs. Hiervon machen nur die Rechtspflege — vornehmlich Aufgabe der Länder — und das höhere Schulwesen eine Ausnahme. So ist der Anteil des Reichs an dem Zuschußbedarf für Fürsorge- und Gesundheitswesen, der nach wie vor zu $\frac{2}{3}$ von den Gemeinden zu tragen ist,

von 13 vH auf 20 vH gestiegen. Die Pflege von Wissenschaft und Kunst ist überwiegend Aufgabe der Länder geblieben, aber der Anteil des Reichs ist nicht unbeträchtlich gestiegen. Auch der zur Förderung der Wirtschaft (Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel) erforderliche Zuschußbedarf entfällt zum größten Teil unverändert auf die

Übersicht 2a.

Veränderung des Zuschußbedarfs ¹⁾ 1925/26 gegen 1913/14 ²⁾.

Verwaltungszweig	Reich	Länder	Gemeinden *)	Hansestädte	Insgesamt	Reich	Länder	Gemeinden *)	Hansestädte	Insgesamt
		ohne Hansestädte					ohne Hansestädte			
	in Mill. RM					in vH				
I. Allgemeine Verwaltung (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung)	+ 46,8	+ 29,2	+ 187,1	+ 2,6	+ 265,7	+ 205,26	+ 22,07	+ 86,86	+ 36,62	+ 70,37
II. Staats- und Rechtssicherheit:										
1. Wehrmacht	— 113,6	—	—	—	— 113,6	— 64,06	—	—	—	— 64,06
2. Polizei	+ 194,3	+ 179,4	+ 73,6	+ 13,1	+ 460,4	+	+ 202,94	+ 73,53	+ 90,97	+ 226,91
3. Rechtspflege	+ 2,7	+ 90,5	—	+ 5,1	+ 98,3	+ 128,57	+ 62,85	—	+ 94,44	+ 64,88
Summe II	— 916,6	+ 269,9	+ 73,6	+ 18,2	— 354,9	— 52,67	+ 116,14	+ 73,53	+ 91,92	— 26,52
III. Wohlfahrtswesen:										
1. Fürsorge- und Gesundheitswesen (einschl. Anstalten)	+ 242,0	+ 85,5	+ 682,7	+ 43,8	+ 1054,0	+ 436,82	+ 171,00	+ 239,04	+ 193,81	+ 254,84
2. Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis	+ 155,5	+ 156,2	+ 114,1	+ 10,6	+ 436,4	.	.	.	.	.
3. Wohnungswesen	+ 21,5	+ 245,0	+ 444,4	+ 45,2	+ 756,1	.	.	.	.	.
4. Gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	—	—	+ 50,2	+ 0,8	+ 51,0	—	—	+ 27,83	+ 5,03	+ 25,98
Summe III	+ 419,0	+ 486,7	+ 1291,4	+ 100,4	+ 2297,5	+ 775,93	+ 965,67	+ 274,42	+ 260,10	+ 374,43
IV. Bildungswesen:										
1. Volks- und Fortbildungsschulen	+ 0,1	+ 434,1	+ 59,9	+ 18,8	+ 512,9	.	+ 200,32	+ 13,25	+ 83,93	+ 74,22
2. Höhere, mittlere, Fach- und sonstige Schulen	+ 3,2	+ 97,7	+ 91,8	+ 6,5	+ 199,2	+ 290,91	+ 94,03	+ 73,09	+ 63,11	+ 82,69
3. Wissenschaft, Kunst, Kirche	+ 20,0	+ 166,6	+ 55,7	+ 7,8	+ 250,1	+ 714,29	+ 108,60	+ 153,87	+ 134,48	+ 126,10
Summe IV	+ 23,3	+ 698,4	+ 207,4	+ 33,1	+ 962,2	+ 597,44	+ 147,34	+ 33,79	+ 85,97	+ 85,14
V. Wirtschaft und Verkehr:										
1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel	+ 32,9	+ 106,0	+ 11,8	+ 2,6	+ 153,3	+ 8225,00	+ 148,67	+ 50,64	+ 260,00	+ 159,69
2. Verkehr (einschl. Straßen, Wege und Wasserstraßen)	+ 110,2	+ 15,9	+ 213,2	+ 15,3	+ 354,6	+ 231,03	+ 20,13	+ 69,72	+ 64,02	+ 77,70
Summe V	+ 143,1	+ 121,9	+ 225,0	+ 17,9	+ 507,9	+ 297,51	+ 81,10	+ 68,37	+ 71,89	+ 91,94
VI. Kriegslasten:										
1. Innere	+ 1794,6	—	—	—	+ 1794,6	.	—	—	—	.
2. Äußere	+ 871,5	—	—	—	+ 371,5	.	—	—	—	.
Summe VI	+ 2666,1	—	—	—	+ 2566,1	.	—	—	—	.
VII. Kolonien	— 32,8	—	—	—	— 32,8	.	—	—	—	.
VIII. Finanz- und Schuldenwesen:										
1. Finanz- und Steuerverwaltung *)	+ 331,8	— 34,6	+ 63,8	+ 2,0	+ 363,0	+ 425,93	— 39,95	+ 117,28	+ 41,67	+ 162,27
2. Schuldendienst, soweit nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt	— 106,8	— 128,2	— 20,0	— 40,9	— 295,9	— 49,01	— 82,66	— 28,57	— 85,56	— 60,29
Summe VIII	+ 225,0	— 162,8	+ 43,8	— 38,9	+ 67,1	+ 76,06	— 67,36	+ 35,21	— 73,95	+ 9,39
IX. Sonstige Ausgaben und Einnahmen (einschl. der nicht aufteilbaren Anleihen)	+ 63,3	+ 18,2	+ 10,0	— 8,0	+ 83,5	.	.	.	.	.
Summe I bis IX	+ 2637,2	+ 1461,5	+ 2038,3	+ 125,3	+ 6262,3	+ 121,18	+ 113,86	+ 113,03	+ 68,62	+ 114,99

¹⁾—⁴⁾ Vgl. Anmerkungen der gleichen Reihenfolge unter Übersicht 2.

Länder, aber der Anteil des Reichs, der vor dem Kriege nur 0,42 vH betrug, beträgt 1925/26 schon 13,36 vH. Gestiegen ist auch der Anteil des Reichs am Zuschußbedarf des Verkehrswesens durch den Übergang der Wasserstraßen auf das Reich. Die Gemeinden und Gemeindeverbände behalten jedoch mit 67 vH vor dem Kriege und 64 vH nach dem Kriege unverändert den größten Anteil, da ihnen hauptsächlich der Bau und die Unterhaltung der Straßen und Wege obliegt. Aus den bei der »Allgemeinen Verwaltung« sich zeigenden Veränderungen lassen sich noch keine einwandfreien Schlüsse ziehen, weil wegen der Verschiedenartigkeit der hier zusammengefaßten Verwaltungen erst die später vorzunehmende weitere Aufgliederung den nötigen Einblick gewähren kann. Auch die beim Schuldendienst

sich ergebenden Anteile können nicht verglichen werden, da die Verteilung des Schuldendienstes auf die einzelnen Verwaltungszweige bei den Verwaltungskörpern nicht gleichmäßig erfolgen konnte.

Die Veränderungen in Umfang und Bedeutung der Aufgabengebiete der öffentlichen Verwaltung in der Nachkriegszeit und die damit im Zusammenhang stehende organisatorische Umgestaltung vieler Verwaltungszweige haben in der Verteilung der öffentlichen Lasten auf die verschiedenen Verwaltungsträger im einzelnen große Verschiebungen mit sich gebracht. Gemessen an der Gesamtsumme des Zuschußbedarfs aller Verwaltungskörper ist jedoch eine wesentliche Änderung in der Beteiligung des Reichs, der Länder und der Gemeinden am Zuschußbedarf nicht eingetreten. Es ent-

fallen vH des Gesamtzuschußbedarfs bei der öffentlichen Verwaltung auf

	Reich	Länder	Gemeinden (Gemeindeverbände)	Hanse- städte
1913/14.....	39,96	23,57	33,12	3,35
1925/26.....	41,11	23,45	32,81	2,63

Dieser Übereinstimmung entspricht auch die Übereinstimmung in der verhältnismäßigen Steigerung des Zuschußbedarfs insgesamt beim Reich mit 121 vH, bei den Ländern mit 114 vH und bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) mit 113 vH. Unter dieser Gleichheit der Endzahlen verbergen sich jedoch starke Verschiedenheiten hinsichtlich des Anteils der Verwaltungszweige an dieser Steigerung innerhalb der einzelnen Verwaltungskörper.

2. Die Zusammensetzung des Zuschußbedarfs des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) 1913/14 und 1925/26.

Sowohl die Verschiebung in der Lastenverteilung zwischen den Verwaltungskörpern als auch die Veränderung des Umfangs und Inhalts der Aufgabengebiete der öffentlichen Verwaltung haben auch eine Veränderung in der Verteilung des Gesamtzuschußbedarfs auf die einzelnen Aufgabengebiete bei den Verwaltungskörpern herbeigeführt. (Vgl. Übersicht 2b.)

Die Finanzgebarung des Reichs wurde vor dem Kriege durch die Ausgaben für die Wehrmacht und für den Schuldendienst bestimmt. Die Wehrmacht beanspruchte 80 vH, der Schuldendienst 10 vH des Zuschußbedarfs des Reichs. Schon an anderer Stelle ist darauf hingewiesen worden, daß gerade im Rechnungsjahr 1913/14 infolge der Durchführung einer Heeresreform die Ausgaben für die Wehrmacht besonders hoch waren. Der verhältnismäßige Anteil der anderen Verwaltungszweige wird dadurch stark gedrückt. Jedoch auch die absolute Höhe des verbleibenden Restes läßt die geringe Bedeutung des Reichs auf den anderen Aufgabengebieten vor dem Kriege erkennen.

Der Zuschußbedarf der wichtigeren Verwaltungszweige des Reichs und ihr Anteil am Gesamtzuschußbedarf des Reichs.

1913/14			1925/26		
Aufgabengebiet	Mill. M.	vH	Aufgabengebiet	Mill. M.	vH
Wehrmacht	1 738,3	79,9	Innere Kriegslasten..	1 835,8	38,1
Schuldendienst	217,9	10,0	Äußere Kriegslasten..	871,5	18,1
Finanz- und Steuer- wesen	77,9	3,6	Wehrmacht	624,7	13,0
Fürsorge- u. Gesund- heitswesen	55,4	2,5	Finanz- und Steuer- verwaltung	409,7	8,5
Verkehr	47,7	2,2	Fürsorge- und Gesund- heitswesen	297,4	6,2
			Polizei	194,3	4,0
			Verkehr	157,9	3,3

Im Rechnungsjahr 1925/26 zeigt die Zusammensetzung des Zuschußbedarfs des Reichs ein wesentlich verändertes Bild. Die inneren und äußeren Kriegslasten nehmen mit zusammen 56,2 vH des Zuschußbedarfs eine beherrschende Stellung ein und lassen den Anteil der übrigen Aufgabengebiete auf den ersten Blick niedriger erscheinen, als er seinem inneren Gehalt nach verdient. Die absoluten Aufwendungen zeigen aber deutlich den wachsenden Einfluß des Reichs auf allen Aufgabengebieten der öffentlichen Verwaltung. Auf einen Anteil von 13 vH zurückgedrängt, steht hinter den Kriegslasten der Zuschußbedarf der Wehrmacht, als desjenigen Verwaltungszweiges, dessen Lasten das Reich allein zu tragen hat. Der Schuldendienst ist in seiner Bedeutung stark zurückgegangen, sein Anteil ist hauptsächlich infolge der Wertminderung der alten öffentlichen Anleihen auf 2,3 vH gesunken. Als neuer Posten erscheint die Polizei mit einem Anteil am Zuschußbedarf von 4 vH.

Bei den Ländern steht das Volks- und Fortbildungsschulwesen in beiden Rechnungsjahren an erster Stelle.

Übersicht 2b.

Die Verteilung des Zuschußbedarfs des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) auf die Verwaltungszweige in vH.

Verwaltungs- zweig	Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾					Rechnungsjahr 1925/26				
	Reich	Länder	Gemein- den ²⁾	Hanse- städte	Insgesamt	Reich	Länder	Gemein- den ²⁾	Hanse- städte	Insgesamt
	ohne Hansestädte					ohne Hansestädte				
I. Allgemeine Verwaltung (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung)	1,05	10,31	11,94	3,89	6,94	1,45	5,88	10,48	3,06	5,49
II. Staats- und Rechtssicherheit:										
1. Wehrmacht	79,88	—	—	—	31,92	12,98	—	—	—	5,33
2. Polizei	—	6,88	5,55	7,88	3,73	4,03	9,76	4,52	8,68	5,66
3. Rechtspflege	0,09	11,22	—	2,96	2,78	0,10	8,54	—	3,31	2,13
Summe II	79,97	18,10	5,55	10,84	38,43	17,11	18,30	4,52	11,99	13,12
III. Wohlfahrts- wesen:										
1. Fürsorge- u. Gesund- heitswesen (einschl. Anstalten)	2,54	3,90	15,84	12,38	7,60	6,18	4,94	25,21	20,95	12,53
2. Erwerbslosenfür- sorge, Arbeitsnach- weis	0,00	0,02	0,11	0,00	0,04	3,23	5,70	3,02	3,35	3,74
3. Wohnungswesen ..	-0,06	0,01	0,14	0,05	0,02	0,42	8,93	11,63	14,29	6,46
4. Gemeinnützige An- stalten und Ein- richtungen	—	—	10,00	8,71	3,61	—	—	6,00	5,27	2,11
Summe III	2,48	3,93	26,09	21,14	11,27	9,83	19,57	45,86	43,86	24,84
IV. Bildungswesen:										
1. Volks- und Fort- bildungsschulen ..	—	16,88	25,06	12,27	12,69	0,00	23,71	13,33	13,00	10,27
2. Höhere, mittlere, Fach- u. sonstige Schulen	0,05	8,10	6,97	5,64	4,42	0,09	7,34	5,66	5,30	3,76
3. Wissenschaft, Kunst, Kirche ..	0,13	11,95	2,01	3,17	3,64	0,48	11,66	2,39	4,30	3,83
Summe IV	0,18	36,93	34,04	21,08	20,75	0,57	42,71	21,38	22,60	17,86
V. Wirtschaft und Verkehr:										
1. Landwirtschaft, In- dustrie, Handel ..	0,02	5,56	1,29	0,55	1,76	0,69	6,46	0,91	1,14	2,13
2. Verkehr (einschl. Straßen, Wege u. Wasserstraßen) ..	2,19	6,15	16,96	13,09	8,38	3,28	3,46	13,51	12,37	6,92
Summe V	2,21	11,71	18,25	13,64	10,14	3,97	9,92	14,42	13,51	9,05
VI. Kriegslasten:										
1. Innere	1,89	—	—	—	0,76	38,14	—	—	—	15,67
2. Äußere	—	—	—	—	—	18,10	—	—	—	7,44
Summe VI	1,89	—	—	—	0,76	56,24	—	—	—	23,11
VII. Kolonien	1,51	—	—	—	0,60	—	—	—	—	—
VIII. Finanz- und Schuldenwesen:										
1. Finanz- u. Steuer- verwaltung	3,58	6,75	3,02	2,63	4,11	8,51	1,89	3,08	2,14	5,01
2. Schuldendienst, so- weit nicht auf die einzelnen Verwal- tungszweige auf- geteilt	10,01	12,08	3,88	26,18	9,01	2,31	0,98	1,30	2,18	1,66
Summe VIII	13,59	18,83	6,90	28,81	13,12	10,82	2,87	4,38	4,32	6,67
IX. Sonstige Aus- gaben und Ein- nahmen (einschl. der nicht aufteil- baren Anleihen) ...	-2,88	0,19	-2,77	0,60	-2,01	0,01	0,75	-1,04	0,66	-0,14
Summe I bis IX ..	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet. — ²⁾ Einschließlich der Gemeindeverbände.

Sein Anteil am Gesamtzuschußbedarf der Länder ist von rd. $\frac{1}{6}$ auf fast $\frac{1}{4}$ gestiegen, da die Länder nach dem Kriege einen großen Teil der persönlichen Schulausgaben den Gemeinden abgenommen haben. Wie beim Reich steht auch bei den Ländern der Zuschußbedarf des Schuldendienstes vor dem Kriege mit 12 vH an zweiter Stelle; jedoch stehen ihm die anderen wichtigeren Aufgabengebiete der Länder: Pflege der Wissenschaft und Kunst, Rechtspflege, Allgemeine Verwaltung, Höhere und sonstige

Berichtigung.

Auf Seite 351 ist in dem Schaubild für das Reich 1925/26 bei Kriegslasten statt „innere“ äußere und statt „äußere“ innere zu setzen.

1925/26

2.2 Milliarden M.

Allgemeine Verwaltung

Schuldendienst (sonst nicht aufgeführt)

Finanz- u. Schuldenwesen

Finanz- u. Steuerverwaltung

Kolonien

Kriegslasten (innere)

Wirtschaft u. Verkehr

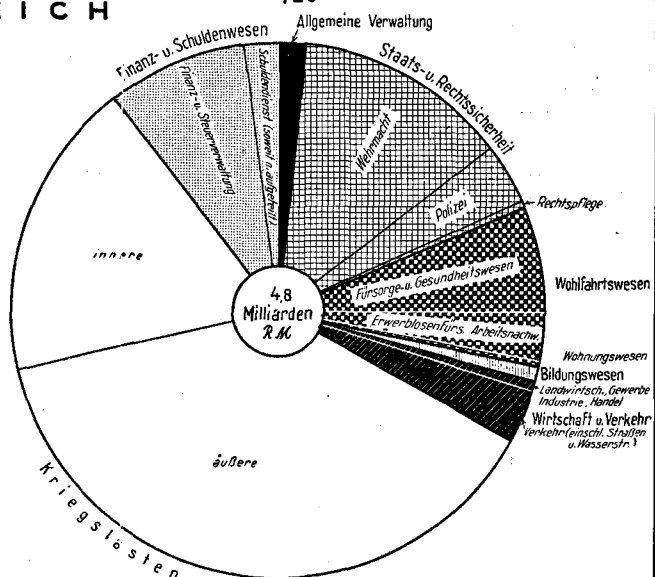
Bildungswesen

Verkehrswesen

Rechtspflege

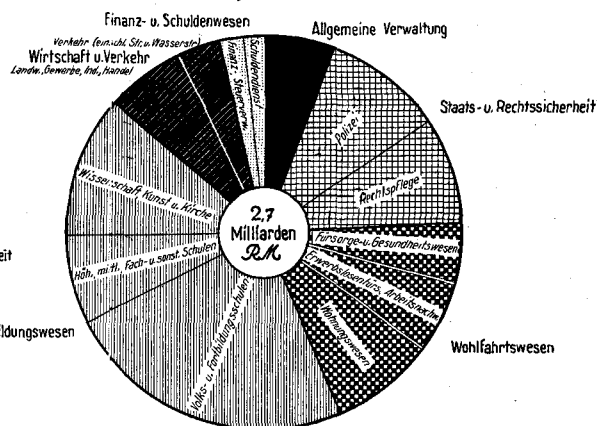
Wehrmacht

Staatsicherheit



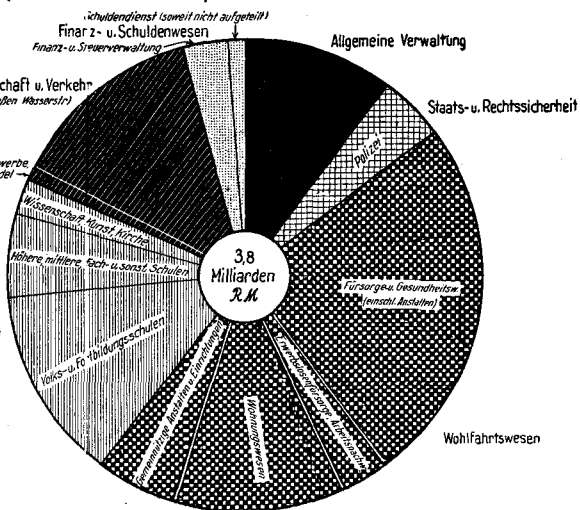
1.3 Milliarden DM

Sektor	Anteil (%)
Bildungswesen	33
Wohlfahrtswesen	18
Allgemeine Verwaltung	12
Finanz- u. Steuern	10
Wirtschaft u. Verkehr	8
Staats- u. Rechtssicherheit	7
Wissenschaft, Kunst, Kirche	5
Volk- u. Fortbildungsschulen	3



A pie chart illustrating the distribution of 1.8 billion M. (Milliarden M.) across various sectors of the German economy in 1928. The chart is divided into 12 segments, each with a unique hatching pattern. The central circle contains the text '1,8 Milliarden M.'. The segments and their corresponding labels are as follows:

- Landwirtschaft & Industrie, Handel** (Agriculture & Industry, Trade)
- Allgemeine Verwaltung** (General Administration)
- Staats- u. Rechtssicherheit** (State & Legal Security)
- Bildungswesen** (Education)
- Wohlfahrtswesen** (Welfare)
- Gemeinnütz. Anstalten u. Einrichtungen** (Charitable Institutions & Facilities)
- Wohnungswesen** (Housing)
- Erwerbslosenfürs. u. Arbeitsnachh.** (Unemployment Insurance & Job Finding)
- Versorge-, Gesundheits- u. versicherungswesen** (Provision, Health & Insurance)
- Polizei** (Police)
- Finanz- u. Steuerverwaltung** (Finance & Tax Administration)
- Schuldendienst (soweit nicht aufgeführt)** (Debt Service (if not listed))
- Finanz- u. Schuldenwesen** (Finance & Debt)
- Werkzeug (menschl. St. u. Wasserst.)** (Tools (human labor & water))
- Wirtschaft u. Verkehr** (Economy & Transport)
- Landwirtschaft & Gewerbe** (Agriculture & Crafts)
- Industrie u. Handel** (Industry & Trade)
- Wissenschaft, Kunst, Kirche** (Science, Art, Church)
- Höhere mittlere Fach- u. sonst. Schulen** (Higher middle technical & other schools)
- Bildungswesen** (Education)



Anteile der wichtigeren Verwaltungszweige der Länder am Gesamtzuschußbedarf der Länder.

1913/14			1925/26		
Aufgabengebiet	Mill. M.	vH	Aufgabengebiet	Mill. M.	vH
Volks- und Fortbildungsschulen.....	216,7	16,9	Volks- und Fortbildungsschulen.....	650,8	23,7
Schuldendienst.....	155,1	12,1	Wissenschaft, Kunst, Kirche.....	320,0	11,7
Wissenschaft, Kunst, Kirche.....	153,4	11,9	Polizei.....	267,8	9,8
Rechtspflege.....	144,0	11,2	Wohnungswesen.....	245,1	8,9
Allgem. Verwaltung..	132,3	10,3	Rechtspflege.....	234,5	8,5
Höhere und sonstige Schulen.....	103,9	8,1	Höhere und sonstige Schulen.....	201,6	7,3
Polizei.....	88,4	6,9	Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel.....	177,3	6,5

Schulen mit ihren Anteilen fast gleich. 1925/26 ist der Zuschußbedarf des Schuldendienstes mit rd. 1 vH an das Ende der Reihenfolge gerückt, in die Gruppe der wichtigeren Aufgabengebiete ist das Wohnungswesen aufgestiegen. Auch die Polizei beanspruchte infolge der zunehmenden Verstaatlichung einen größeren Anteil als vor dem Kriege. Der Rückgang des Anteils der allgemeinen Verwaltung am Zuschußbedarf von 10 vH auf 6 vH ist im wesentlichen auf den Fortfall der Zivillisten und Apanagen zurückzuführen.

Bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) bilden im Rechnungsjahr 1913/14 die Volksschullasten mit 25 vH den Hauptposten. Daneben standen die den Gemeinden und Gemeindeverbänden vornehmlich zufallenden Aufgabengebiete der öffentlichen Verwaltung naturgemäß im Vordergrund, nämlich das Verkehrswesen (insbesondere Straßenbau und -unterhaltung), das Fürsorge- und Gesundheitswesen und die gemeinnützigen Anstalten und

Anteile der wichtigeren Verwaltungszweige der Gemeinden (Gemeindeverbände) am Gesamtzuschußbedarf der Gemeinden (Gemeindeverbände).

1913/14			1925/26		
Aufgabengebiet	Mill. M.	vH	Aufgabengebiet	Mill. M.	vH
Volks- und Fortbildungsschulen.....	452,0	25,1	Fürsorge- und Gesundheitswesen.....	968,3	25,2
Verkehr.....	305,8	17,0	Verkehr.....	519,0	13,5
Fürsorge- und Gesundheitswesen.....	285,6	15,8	Volks- und Fortbildungsschulen.....	511,9	13,3
Allgem. Verwaltung..	215,4	11,9	Wohnungswesen.....	446,9	11,6
Gemeinnützige Anst.	180,4	10,0	Allgem. Verwaltung..	402,5	10,5
Höhere und sonstige Schulen.....	125,6	7,0	Gemeinnützige Anst.	230,6	6,0
Polizei.....	100,1	5,5	Höhere und sonstige Schulen.....	217,4	5,7

Einrichtungen. Die in der Nachkriegszeit sich zeigende Veränderung in der Anteilsverteilung ist vor allem auf die gestiegenen Ausgaben für das Fürsorge- und Gesundheitswesen zurückzuführen, das mit 25 vH den Platz mit den Ausgaben für das Schulwesen getauscht hat. Als neues Aufgabengebiet erscheint hier, wie bei den Ländern, die Fürsorge für das Wohnungswesen.

Die Anteile der Verwaltungszweige am Zuschußbedarf der Hansestädte und ihre Veränderungen gegenüber 1913/14 stimmen entsprechend der staatswirtschaftlichen Doppelnatur dieser Verwaltungskörper teils mehr mit den Gemeinden, teils mehr mit den Ländern überein. So sind durch ihr Anteilsverhältnis als Staatsaufgaben 1913/14 der Schuldendienst, 1925/26 das Polizeiwesen, als Gemeindeaufgaben in beiden Rechnungsjahren das Fürsorge- und Gesundheitswesen, das Verkehrswesen und die Unterhaltung der gemeinnützigen Anstalten zu erkennen.

III. Die allgemeinen Deckungsmittel der öffentlichen Verwaltung des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) 1913/14 und 1925/26.

A. Die Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsvermögen 1913/14 und 1925/26.

Als allgemeine Deckungsmittel stehen der öffentlichen Verwaltung die Erträge aus ihrem Erwerbsvermögen und die Steuern und Zölle zur Verfügung.

Über die finanzwirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Erwerbsvermögen und dem Haushalt des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26 gibt die Übersicht 3 Auskunft.

Zu den Erwerbsvermögen gehören das Grund- und Kapitalvermögen, die Betriebe und Unternehmungen. Zum Grund- und Kapitalvermögen des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) rechnen Grundstücke und Gebäude, soweit sie nicht Verwaltungsvermögen (z. B. Schulgebäude, Verwaltungsgebäude usw.) sind oder zu den Betrieben und Unternehmungen gehören, ferner Berechtigungen, Aktien, Anteilscheine, Hypotheken und sonstige Forderungen (nicht aber Beteiligungen). Der Aufwand für die Verwaltung des Grund- und Kapitalvermögens ist zum Teil in der Finanz- und Schuldenverwaltung (in den Übersichten 1 und 2 bei VIII, 1) enthalten.

Als Betriebe und Unternehmungen gelten alle öffentlichen Einrichtungen, die nach gesetzlicher Vorschrift oder allgemeinen finanzwirtschaftlichen Grundsätzen so zu führen sind, daß ihre Ausgaben mindestens durch die Einnahmen gedeckt werden. Dabei ist es gleichgültig, ob sich die Einrichtungen in eigener Verwaltung der öffentlichen Körperschaften befinden, ob sie in der Form privater Erwerbsunternehmungen betrieben werden, deren Anteile ganz oder zum Teil den öffentlichen Körperschaften gehören, oder ob sie verpachtet sind; hierher gehören auch die Einnahmen aus Beteiligungen an Unternehmungen und

Betrieben sowie aus periodischen Abgaben auf Grund von Konzessionen.

Die sogenannten „gemeinnützigen Anstalten und Einrichtungen“ (z. B. Schlacht- und Viehhöfe, Messen und Märkte, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kanalisation usw.) werden häufig auch erwerbswirtschaftlich genutzt. Dies gilt besonders von den Schlacht- und Viehhöfen und den Messen und Märkten, weshalb diese beiden Gruppen von gemeindlichen Einrichtungen in der Übersicht 3 zu den „sonstigen Unternehmungen und Betrieben“ gerechnet werden.

Die Erträge und Überschüsse des Grund- und Kapitalvermögens (Einnahmen aus Kapitalzinsen, Miet- und Pachteinnahmen usw.) und die Überschüsse der Betriebe und Unternehmungen werden nur soweit nachgewiesen, als sie zur Deckung des Zuschußbedarfs der öffentlichen Verwaltung herangezogen werden. Als Erträge des Erwerbsvermögens werden auch alle einmaligen Einnahmen aus Vermögensveräußerungen angesehen, soweit ihnen keine entsprechenden Ausgaben für Vermögenserwerb gegenüberstehen. Da die Betriebe und Unternehmungen also nur mit dem den Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltungen berührenden Betrag erscheinen, können Rückchlüsse auf ihre Rentabilität nicht gezogen werden.

Zur besseren Klarstellung der finanzwirtschaftlichen Beziehungen des Erwerbsvermögens zum Haushalt sind Überschüsse und Zuschüsse nicht gegeneinander aufgerechnet, sondern nebeneinander gestellt worden. Die „Zuschüsse“ an das Erwerbsvermögen ergeben sich vor allem infolge von Fehlbeträgen aus der laufenden Betriebsführung und infolge von außergewöhnlichen Aufwendungen für das Vermögen. Als Zuschüsse werden auch die Ausgaben für Neuanlagen, Ankäufe, Investitionen u. dgl., die aus laufenden Mitteln der Hoheits- und Kammereverwaltungen für das Erwerbsvermögen getätigt werden, behandelt.

Bei einer statistischen Darstellung der für den öffentlichen Finanzbedarf verfügbaren Vermögenserträge läge es nahe, die Überschüsse und Zuschüsse gegeneinander ab-

zugleichen, um so den Nettoüberschuß des gesamten Erwerbsvermögens in seiner Bedeutung als Deckungsmittel des Zuschußbedarfs zu ermitteln. Eine derartige Verrechnung ist jedoch methodisch nicht einwandfrei. Die in der Übersicht vorgenommene Aufteilung trennt jeweils für die einzelnen Betriebsarten sowie für das Grund- und Kapitalvermögen diejenigen Länder, Gemeinden (Gemeindeverbände) und Hansestädte, die einen Überschuß aus dem Erwerbsvermögen erhalten, von denjenigen, die an das Erwerbsvermögen einen Zuschuß leisten. Wollte man nun Überschüsse und Zuschüsse miteinander verrechnen, dann würden Fehlbeträge etwa aus den Unternehmungen des einen Landes durch die Überschüsse der Unternehmungen eines anderen Landes gedeckt erscheinen; dieses würde eine Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse bedeuten. Außerdem würde eine Abgleichung von Überschüssen und Zuschüssen allgemein eine Deckung der Zuschüsse unterstellen, die im einzelnen der Wirklichkeit nicht zu entsprechen braucht. Nur eine Betrachtung, der es in erster Linie darauf ankommt, einen zusammenfassenden Überblick über die Bedeutung der gesamten Überschüsse aus dem öffentlichen Erwerbsvermögen im Deutschen Reich zu geben, kann diese methodischen Bedenken zurückstellen. Doch ist dabei stets zu beachten, daß es sich nur um einen Behelf für einen bestimmten Zweck handelt.

Es ist versucht worden, eine Trennung der Überschüsse in regelmäßige und außergewöhnliche und der Zuschüsse in solche, die zur Deckung eines Fehlbetrages im laufenden Rechnungsjahr erforderlich wurden, und in solche für außergewöhnliche Zwecke durchzuführen. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden mußte jedoch infolge der verschiedenartigen Haushaltsgestaltung auf diese Ausgliederung verzichtet werden. Beim Reich und bei den Ländern wurde die Trennung im wesentlichen im Anschluß an die etatsmäßige Gliederung von Ordinarium und Extraordinarium durchgeführt. Aber auch hier beeinträchtigt die unterschiedlich gezogene Grenzlinie zwischen diesen beiden Haushaltsbegriffen eine klare und scharfe Erfassung der regelmäßigen und außergewöhnlichen Überschüsse des Erwerbsvermögens bzw. Zuschüsse an das Erwerbsvermögen.

Eine Betrachtung der Überschußspalte der Übersicht 3 zeigt die überragende Bedeutung der Überschüsse und Erträge aus der laufenden Betriebsführung der Betriebe und Unternehmungen des Reichs und der Länder. In den Zuschußspalten dagegen überwiegen beim Reich und bei den Ländern die außergewöhnlichen Zuschüsse. Es handelt sich hauptsächlich um Investitionen. Der Überschuß des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) aus dem Erwerbsvermögen insgesamt ist von 1096,9 Mill. *M* im Rechnungsjahr 1913/14 auf 861,5 Mill. *RM* im Rechnungsjahr 1925/26 zurückgegangen, während sich der Gesamtzuschuß von 124,2 Mill. *M* auf 368,1 Mill. *RM* erhöht hat. Auch der Anteil des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) am Gesamtüberschuß und Gesamtzuschuß und an den Überschüssen und Zuschüssen der einzelnen Vermögens- und Betriebsarten hat sich stark verschoben.

Am meisten fällt diese Veränderung bei den Verkehrsunternehmungen, insbesondere bei der Post und den Eisenbahnen, auf. Wenn auch bei den einzelnen Ländern die Verhältnisse verschieden waren, so ergibt sich doch für die Länder insgesamt, daß sie infolge des Übergangs der Eisenbahnen auf das Reich ihre bedeutsamste Ertragsquelle, die ihnen vor dem Kriege fast die Hälfte (48,5 vH) ihrer gesamten Überschüsse einbrachte, verloren haben. Im Rechnungsjahr 1913/14 erbrachten die Eisenbahnen 282,9 Mill. *M* regelmäßige und 0,7 Mill. *M* außergewöhnliche Überschüsse, denen neben 4,3 Mill. *M* Fehlbedarf aus laufender Betriebsführung 72,4 Mill. *M* außergewöhnlicher Aufwand infolge des Ausbaues des Verkehrsnetzes und andere Investitionen gegenüberstanden. Das Reich büßte seine Ein-

nahmen aus den Elsaß-Lothringischen Bahnen (1913: 27,2 Mill. *M*) infolge des Verlustes von Elsaß-Lothringen ein. Als die bedeutsamste Ertragsquelle des Reichs im Rechnungsjahr 1913/14 erweist sich die Post- und Telegraphenverwaltung, die mit 93,6 Mill. *M* 51,3 vH der Gesamtüberschüsse lieferte. Das Fehlen von Überschüssen bei der Post- und Telegraphenverwaltung sowohl wie bei der Reichsbahn im Rechnungsjahr 1925/26 erklärt sich zum Teil daraus, daß wegen der beschränkten Möglichkeit der Anleiheaufnahme Betriebseinnahmen der Post und Eisenbahn in diesem Rechnungsjahr zur Instandsetzung, Erweiterung und Modernisierung der Betriebseinrichtungen und zur Schaffung der notwendigen Betriebsrücklagen verwendet werden mußten. Bei der Reichsbahn wird die Möglichkeit der Erzielung von Überschüssen für die Reichskasse durch die starke Reparationsbelastung — Schuldverschreibungsdienst, Beförderungsteuer — erschwert. Der außerordentliche Zuschuß des Reichs im Rechnungsjahre 1925/26 in Höhe von 220,0 Mill. *RM* weist auf die Epoche der Umgestaltung des größten deutschen Verkehrsunternehmens hin; er diente zum Ankauf von Vorzugsaktien der in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Reichsbahn und zur Gewährung von Darlehen an sie.

Den beiden Ländern, die vor dem Kriege noch eine eigene Postverwaltung hatten — Bayern und Württemberg —, blieben nach Abzug der an das Reich abzuliefernden Beträge (1913: 15,5 Mill. *M*) aus dem Reinüberschuß 4,4 Mill. *M*.

Die »sonstigen Verkehrsunternehmungen« weisen im Gegensatz zu den beiden Hauptverkehrsunternehmungen eine Überschußsteigerung auf, an der vor allem die Gemeinden (Gemeindeverbände) mit ihren Überschüssen aus den Straßen-, Klein- und Schnellbahnen beteiligt sind. Beim Reich und bei den Ländern deuten die erhöhten Überschüsse ebenso wie die verstärkten außergewöhnlichen Zuschüsse auf eine stärkere Beteiligung an Verkehrsunternehmungen. Es handelt sich vor dem Kriege vor allem um Schiffahrtsgesellschaften, nach dem Kriege um Kraftverkehrs- und Flugverkehrsunternehmungen.

An Stelle der Eisenbahnen sind die Domänen und Forsten die ersten Ertragsquellen der Länder geworden (1913: 30,66 vH, 1925: 61,90 vH der Gesamtüberschüsse), ohne freilich auch nur annähernd entsprechende finanzielle Bedeutung zu erlangen. Die Übersicht weist sogar einen Rückgang der Überschüsse von den Domänen und Forsten von 179,4 Mill. *M* auf 143 Mill. *RM* nach, doch liegen die Gründe hierfür fast ausschließlich bei Preußen, dessen Verluste in Feld- und Waldbesitz in den abgetretenen Gebieten, insbesondere Posen und Westpreußen, hier besonders in Erscheinung treten¹). Außerdem ist der Rückgang dadurch verursacht, daß Domänenland zu Siedlungszwecken bereitgestellt wurde (Reichssiedlungsgesetz), und daß die Pachtzinsen für Altpächter mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage der Landwirtschaft auf 80 vH der Vorkriegszeit herabgesetzt worden sind (Pachtschutzordnung).

Die im Rechnungsjahre 1925/26 erscheinenden Überschüsse beim Reich rühren aus der Verwertung der Grundstücke der früheren Heeresverwaltung (ehemalige Truppenübungsplätze usw.) her.

Auch der Rückgang der Überschüsse aus Bergwerken, Hütten und Salinen macht sich bei den Ländern am meisten bemerkbar. Hier handelt es sich, wie schon die hohen Zuschüsse zur Deckung von Fehlbeträgen (6,8 Millionen *RM*) zeigen, um einen tatsächlichen starken Rückgang der Betriebseinnahmen, der in den Absatzschwierigkeiten des Kohlenbergbaues und in dem Verlust der Saargruben seine Erklärung findet. Auch die in der Nachkriegszeit vorgenommene Umwandlung der Staatsberg-

¹ Hier wird der Vergleich der Zahlen der beiden Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26 durch die Zurückführung der Vorkriegszahlen auf den heutigen Gebietsstand des Deutschen Reichs auf dem Wege der Umrechnung nach der Bevölkerungszahl der abgetretenen Gebiete stark beeinträchtigt.

Übersicht 3.

Die Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsvermögen und die Zuschüsse an das Erwerbsvermögen des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) in den Rechnungsjahren 1913/14*) und 1925/26.

(Vorläufige Ergebnisse)

Vermögens- und Betriebsarten	Verwaltungs-körper**)	Rechnungsjahr 1913/14*)								Rechnungsjahr 1925/26								Ver-änderungen 1925/26 gegen 1913/14	
		Überschüsse und Erträge				Zuschüsse***)				Überschüsse und Erträge				Zuschüsse***)					
		regel-mäßiger Art	außer-gewöhn-licher Art (einschl. Verände-rungen)	ins-gesamt (Spalte 1 + 2)	in VII der gesamten Über-schüsse (Summe I u. II)	zur Deckung von Fehl-beträgen	für außer-gewöhn-liche Zwecke	ins-ge-samt (Spalte 5 + 6)	in VII der gesamten Zuschüsse (Summe I u. II)	regel-mäßiger Art	außer-gewöhn-licher Art (einschl. Verände-rungen)	ins-ge-samt (Spalte 9 + 10)	in VII der gesamten Über-schüsse (Summe I u. II)	zur Deckung von Fehl-beträgen	für außer-gewöhn-liche Zwecke	ins-ge-samt (Spalte 13 + 14)	in VII der gesamten Zu-schüsse (Summe I u. II)		
																		in Mill. M.	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Über-schüsse	Zu-schüsse
I. Unternehmungen und Betriebe.																			
1. Domänen und Forsten																			
Reich	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	0,1	0,04	—	—	—	—	+ 0,1	—		
Länder	177,7	1,7	179,4	30,66	0,0	1,1	1,1	1,15	143,0	0,0	143,0	61,90	—	1,4	1,4	2,34	— 36,4	+ 0,3	
Gemeinden	.	.	35,9	12,45	.	.	2,5	8,96	.	.	36,2	10,05	.	.	6,0	18,13	+ 0,3	+ 3,5	
Hansestädte	0,5	—	0,5	1,22	0,0	—	0,0	0,00	0,3	—	0,3	0,67	0,0	—	0,0	0,00	— 0,2	—	
Zusammen	.	.	215,8	19,67	.	.	3,6	2,90	.	.	179,6	20,85	.	.	7,4	2,01	— 36,2	+ 3,8	
2. Bergwerke, Hütten, Salinen																			
Reich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Länder	39,5	0,0	39,5	6,75	0,0	8,4	8,4	8,80	3,7	0,3	4,0	1,73	6,8	5,3	12,1	20,27	— 35,5	+ 3,7	
Gemeinden	.	.	0,6	0,21	.	.	0,1	0,36	.	.	1,6	0,45	.	.	1,0	3,02	+ 1,0	+ 0,9	
Hansestädte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	.	.	40,1	3,66	.	.	8,5	6,84	.	.	5,6	0,65	.	.	13,1	3,66	— 34,5	+ 4,6	
3. Verkehrs-unternehmungen:																			
a) Post und Tele-graph																			
Reich	93,6	—	93,6	51,29	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	0,0	0,00	— 93,6	+ 0,0	
Länder	4,4	—	4,4	0,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	— 4,4	—	
Gemeinden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hansestädte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	98,0	—	98,0	8,93	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	0,0	0,00	— 98,0	+ 0,0	
b) Reichs- und Staatseisenbahnen																			
Reich	27,2	—	27,2	14,90	—	—	—	—	—	—	—	—	1)220,0	220,0	86,68	— 27,2	+ 220,0		
Länder	282,9	0,7	283,6	48,46	4,3	72,4	76,7	80,40	—	—	—	—	—	—	—	—	— 283,6	— 76,7	
Gemeinden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hansestädte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	310,1	0,7	310,8	28,33	4,3	72,4	76,7	61,75	—	—	—	—	1)220,0	220,0	59,77	— 310,8	+ 143,3		
c) Sonstige Ver-kehrs-unternehmungen																			
Reich	—	—	—	—	—	—	—	—	0,8	—	0,8	0,35	0,2	1,1	1,3	0,51	+ 0,8	+ 1,3	
Länder	0,1	—	0,1	0,02	0,1	0,1	0,2	0,21	0,8	—	0,8	0,35	0,0	6,2	6,2	10,39	+ 0,7	+ 6,0	
Gemeinden	.	.	17,2	5,96	.	.	4,2	15,05	.	.	27,0	7,50	.	.	3,4	10,27	+ 9,8	— 0,8	
Hansestädte	2,3	—	2,3	5,64	0,1	—	0,1	33,33	1,7	—	1,7	3,83	1,8	0,4	2,2	10,23	— 0,6	+ 2,1	
Zusammen	.	.	19,6	1,79	.	.	4,5	3,62	.	.	30,3	3,52	.	.	13,1	3,56	+ 10,7	+ 8,6	
Summe 3																			
Reich	120,8	0,0	120,8	66,19	—	—	—	—	0,8	—	0,8	0,35	0,2	221,1	221,3	27,19	— 120,0	+ 221,3	
Länder	287,4	0,7	288,1	49,23	4,4	72,5	76,9	80,61	0,8	—	0,8	0,35	0,0	6,2	6,2	10,39	— 287,3	— 70,7	
Gemeinden	.	.	17,2	5,96	.	.	4,2	15,05	.	.	27,0	7,50	.	.	3,4	10,27	+ 9,8	— 0,8	
Hansestädte	2,3	—	2,3	5,64	0,1	—	0,1	33,33	1,7	—	1,7	3,83	1,8	0,4	2,2	10,23	— 0,6	+ 2,1	
Zusammen	.	.	428,4	39,05	.	.	81,2	65,37	.	.	30,3	3,52	.	.	233,1	63,33	— 398,1	+ 151,9	
4. Banken und Sparkassen																			
Reich	27,6	—	27,6	15,12	—	—	—	—	12,2	—	12,2	5,40	—	—	—	—	— 15,4	—	
Länder	16,4	0,1	16,5	2,82	—	1,6	1,6	1,68	6,0	—	6,0	2,60	—	2,1	2,1	3,52	— 10,5	+ 0,5	
Gemeinden	.	.	32,5	11,27	.	.	0,2	0,72	.	.	3,5	0,97	.	.	2,4	7,26	— 29,0	+ 2,2	
Hansestädte	0,0	—	0,0	0,00	—	—	—	—	0,0	—	0,0	0,00	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	.	.	76,6	6,98	.	.	1,8	1,45	.	.	21,7	2,52	.	.	4,5	1,22	— 54,9	+ 2,7	
5. Lotterie																			
Reich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Länder	19,8	—	19,8	3,38	—	—	—	—	16,1	—	16,1	6,97	—	—	—	—	— 3,7	—	
Gemeinden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hansestädte	4,5	—	4,5	11,03	—	—	—	—	1,3	—	1,3	2,93	—	—	—	—	— 3,2	—	
Zusammen	24,3	—	24,3	2,22	—	—	—	—	17,4	—	17,4	2,02	—	—	—	—	— 6,9	—	

*) Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet. — **) Länder und Gemeinden ausschl. Hansestädte, Gemeinden einschl. Gemeindeverbände. — ***) Hierunter auch die Ausgaben für Neuanlagen, Ankäufe, Neuinvestitionen u. dgl. — ¹⁾ 100 Mill. M. zum Ankauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft und 120 Mill. M. Darlehen an die Deutsche Reichsbahngesellschaft, die später in Vorzugsaktien umgewandelt worden sind. —

Noch: Die Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsvermögen und die Zuschüsse an das Erwerbsvermögen des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) in den Rechnungsjahren 1913/14*) und 1925/26.
(Vorläufige Ergebnisse)

Vermögens- und Betriebsarten	Ver- waltungs- körper**)	Rechnungsjahr 1913/14*)								Rechnungsjahr 1925/26								Ver- änderungen 1925/26 gegen 1913/14	
		Überschüsse und Erträge				Zuschüsse***)				Überschüsse und Erträge				Zuschüsse***)					
		regel- mäßiger Art	außer- gewöhn- licher Art (einschl. Veränderungen)	ins- gesamt (Spalte 1 + 2)	in vH der gesamten Überschüsse (Summe 1 u. II)	zur Deckung von Fehl- beträgen	für außer- gewöhn- liche Zwecke	ins- ge- sam- t (Spalte 5 + 6)	in vH der gesamten Zuschüsse (Summe 1 u. II)	regel- mäßiger Art	außer- gewöhn- licher Art (einschl. Veränderungen)	ins- ge- sam- t (Spalte 9 + 10)	in vH der gesamten Überschüsse (Summe 1 u. II)	zur Deckung von Fehl- beträgen	für außer- gewöhn- liche Zwecke	ins- ge- sam- t (Spalte 13 + 14)	in vH der gesamten Zu- schüsse (Summe 1 u. II)		
																		in Mill. M	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
6. Elektrizitäts- werke	Reich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
	Länder	0,1	—	0,1	0,02	—	0,8	0,8	0,94	4,4	0,0	4,4	1,00	—	9,2	9,2	15,41		
	Gemeinden	.	.	55,3	19,18	.	.	1,6	5,73	.	.	144,1	40,02	.	.	5,6	16,92		
	Hansestädte	4,6	—	4,6	11,27	—	—	—	—	13,4	—	13,4	30,18	—	—	—	—		
	Zusammen	.	.	60,0	5,47	.	.	2,4	1,93	.	.	162,0	18,80	.	.	14,8	4,02		
7. Gaswerke.....	Reich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
	Länder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
	Gemeinden	.	.	78,1	27,08	.	.	1,2	4,30	.	.	79,2	21,99	.	.	0,7	2,12		
	Hansestädte	11,4	—	11,4	27,94	—	—	—	—	8,6	—	8,6	19,37	—	—	—	—		
	Zusammen	.	.	89,5	8,16	.	.	1,2	0,97	.	.	87,8	10,19	.	.	0,7	0,19		
8. Wasserwerke.	Reich	—	—	—	—	—	—	—	—	0,2	—	0,2	0,09	—	—	—	—		
	Länder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
	Gemeinden	.	.	28,5	9,88	.	.	7,2	25,91	.	.	38,9	10,80	.	.	6,3	19,03		
	Hansestädte	2,1	—	2,1	5,15	—	—	—	—	3,0	—	3,0	6,76	—	—	—	—		
	Zusammen	.	.	30,6	2,79	.	.	7,2	5,80	.	.	42,1	4,89	.	.	6,3	1,71		
9. Sonstige Un- ternehmungen und Betriebe	Reich	4,9 ¹⁾	23,4	28,3	15,51	—	—	—	—	8,4 ²⁾	133,7	142,1	62,88	—	32,5	32,5	12,81		
	Länder	3,8	—	3,8	0,65	0,0	2,1	2,1	2,30	7,2	—	7,2	3,12	0,5	9,5	10,0	16,75		
	Gemeinden	.	.	10,3	3,57	.	.	10,9	39,37	.	.	19,6	5,44	.	.	7,7	23,26		
	Hansestädte	1,5	—	1,5	3,68	0,2	—	0,2	66,37	1,6	—	1,6	3,66	0,1	0,1	0,2	0,93		
	Zusammen	.	.	43,9	4,00	.	.	13,2	10,93	.	.	170,5	19,79	.	.	50,4	13,69		
Summe I (1—9)	Reich	153,3	23,4	176,7	96,82	—	—	—	—	21,8	133,7	155,5	68,80	0,2	253,6	253,8	100,00		
	Länder	544,7	2,5	547,2	93,51	4,4	86,5	90,9	95,38	181,2	0,3	181,5	78,57	7,3	33,7	41,0	68,68		
	Gemeinden	.	.	258,4	89,60	.	.	27,9	100,00	.	.	350,1	97,22	.	.	33,1	100,00		
	Hansestädte	26,9	—	26,9	65,93	0,3	—	0,3	100,00	29,9	—	29,9	67,34	1,9	0,5	2,4	11,16		
	Zusammen	.	.	1 009,2	92,00	.	.	119,1	95,39	.	.	717,0	83,23	.	.	330,3	89,73		
II. (Grund- und Ka- pital-) Vermögen.	Reich	5,8	—	5,8	3,18	—	0,6	0,6	100,00	66,0	4,5	70,5	31,20	—	—	—	—		
	Länder	35,7	2,3	38,0	6,49	—	4,5	4,5	4,72	48,3	1,2	49,5	21,43	0,0	18,7	18,7	31,32		
	Gemeinden	.	.	30,0	10,40	—	—	—	—	.	.	10,0	2,78	—	—	—	—		
	Hansestädte	11,6	2,3	13,9	34,07	—	—	—	—	14,4	0,1	14,5	32,66	—	19,1	19,1	88,84		
	Zusammen	.	.	87,7	8,00	.	.	5,1	4,11	.	.	144,5	16,77	0,0	37,8	37,8	10,27		
Summe I und II	Reich	159,1	23,4	182,5	100,00	—	0,6	0,6	100,00	87,8	138,2	226,0	100,00	0,2	253,6	253,8	100,00		
	Länder	580,4	4,8	585,2	100,00	4,4	91,0	95,4	100,00	229,5	1,5	231,0	100,00	7,3	52,4	59,7	100,00		
	Gemeinden	.	.	288,4	100,00	.	.	27,9	100,00	.	.	360,1	100,00	.	.	33,1	100,00		
	Hansestädte	38,5	2,3	40,8	100,00	0,3	—	0,3	100,00	44,3	0,1	44,4	100,00	1,9	19,6	21,5	100,00		
	Zu- sam- men	.	.	1 096,9	100,00	.	.	124,2	100,00	.	.	861,5	100,00	.	.	368,1	100,00		
	absolut auf den Kopf der Bevölk.	.	.	18,98	—	.	.	2,15	—	.	.	13,81	—	.	.	5,90	—		
Von Summe I u. II entfielen (in vH) auf	Reich	.	.	16,64	—	.	.	0,48	—	.	.	26,23	—	.	.	63,95	—		
	Länder	.	.	53,36	—	.	.	76,31	—	.	.	26,81	—	.	.	16,22	—		
	Gemeinden	.	.	26,29	—	.	.	22,47	—	.	.	41,80	—	.	.	8,99	—		
	Hansestädte	.	.	3,72	—	.	.	0,34	—	.	.	5,16	—	.	.	5,84	—		

*) Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet. — **) Länder und Gemeinden ausschl. Hansestädte, Gemeinden einschl. Gemeindeverbände. —
***) Hierunter auch die Ausgaben für Neuanlagen, Ankäufe, Neuinvestitionen u. dgl. — ¹⁾ Aus dem Münzwesen (nach Abzug von 9,8 Mill. *ℳ* für Beschaffung eines außerordentlichen Silber- und Goldbestandes). — ²⁾ 131,0 Mill. *ℳ* aus dem Münzwesen, 2,7 Mill. *ℳ* aus der Reichsgetreidestelle. — ³⁾ Teilweise geschätzte Beträge.

werke in privatwirtschaftliche Unternehmungsformen wird zu Rückstellungen Veranlassung gegeben haben. Wie im Rechnungsjahre 1913/14 (8,4 Mill. *M*) sind auch 1925/26 (5,3 Mill. *R.M.*) in den Ländern größere Investitionen erfolgt.

Das Anwachsen der Überschüsse bei den Gemeinden um rd. 1 Mill. *R.M.* beruht teils auf einer Steigerung der Rentabilität, vornehmlich der gemeindlichen Ziegeleien und Steinbrüche, teils auf Besitzerweiterung, die — wie die Erhöhung der Investitionen von 0,1 Mill. *M* auf 1,0 Mill. *R.M.* zeigt — auch im Jahre 1925 fortgesetzt wurde.

Hauptertragsquelle der Gemeinden und der Hansestädte sind die drei Versorgungsbetriebe: Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke. Von 56,14 vH im Rechnungsjahre 1913/14 stieg ihr Anteil am Gesamtüberschuß der Gemeinden auf 72,81 vH, bei den Hansestädten von 44,36 auf 56,31 vH. Die Zuschüsse fallen in ihren absoluten Beträgen gegenüber den Überschüssen nicht bedeutend ins Gewicht und dürften in der überwiegenden Zahl der Fälle auf Ausbauten und Neuanlagen der Betriebe zurückzuführen sein. Während noch 1913 die Gaswerke der Gemeinden mit 78,1 Mill. *M* Überschüssen vor den Elektrizitätswerken, die 55,3 Mill. *M* erbrachten, rangieren, ergibt sich 1925 als Folge des inzwischen, nicht zum wenigsten in den Inflationsjahren, erfolgten Ausbaues der Elektrizitätswirtschaft das veränderte Bild, daß die Überschüsse der Elektrizitätswerke mit 144,1 Mill. *R.M.* (oder 40,02 vH der Gesamtüberschüsse) weitaus an erster Stelle vor den Gaswerken stehen, die mit 79,2 Mill. *R.M.* Überschüssen nominell das Ergebnis von 1913 kaum überschritten haben. Bei den Hansestädten, die im übrigen die gleiche Entwicklung aufweisen, sind sogar die Überschüsse der Gaswerke, in absoluten Zahlen ausgedrückt, von 11,4 Mill. *M* auf 8,6 Mill. *R.M.* gesunken.

Bei den Elektrizitätswerken zeigt sich eine bedeutende Erhöhung der Beträge bei den Ländern (Überschuß 1913/14 0,1 Mill. *M*, 1925/26: 4,4 Mill. *R.M.*, außergewöhnlicher Zuschuß 1913/14: 0,8 Mill. *M*, 1925/26: 9,2 Mill. *R.M.*). Die kleinen Überschüsse aus Elektrizitäts- und Wasserwerken beim Reich entstammen ehemaligen Heeres- und Marinebetrieben¹⁾.

An der beträchtlichen Verringerung der Überschüsse aus Banken und Sparkassen (von 76,6 Mill. *M* auf 21,7 Millionen *R.M.*) sind vor allem die Gemeinden beteiligt, obgleich die kommunalen Sparkassen nach dem Kriege ihren Geschäftsbereich sehr erweitert haben. Die Ursache für den Überschußrückgang ist in der Schaffung großer Aufwertungsfonds und in der Neubildung der während der Inflation völlig verlorengegangenen Kapitalreserven zu suchen. Auffüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds ist auch der Grund für die trotz nicht ungünstiger Geschäftsentwicklung geringeren Überschüsse der Staatsbanken. Bei der Reichsbank führt die Anwendung des im neuen Reichsbankgesetz für die Gewinnverteilung vorgesehenen Schlüssels zu einem für das Reich verhältnismäßig ungünstigen Ergebnis.

Der Überschuß der Länder aus der Lotterie ist im Jahre 1925/26 geringer als im Jahre 1913/14.

Das starke Anwachsen der Überschüsse bei den sonstigen Unternehmungen und Betrieben ist hauptsächlich auf die außergewöhnlichen Einnahmen des Reichs aus dem Münzwesen zurückzuführen, die hier mit 23,4 Mill. *M* im Jahre 1913/14 und mit 131,0 Mill. *R.M.* im Jahre 1925/26 erscheinen. Die außergewöhnlichen Zuschüsse von 32,5 Mill. *R.M.* im Jahre 1925/26 beim Reich sind Beteiligungen und Darlehen. Davon entfallen auf die Deutschen Werke 18,1 Mill. *R.M.*, auf die Rhein-Main-Donau-A.-G. 7,8 Mill. *R.M.*, auf die Neckar-A.-G. 6,6 Mill. *R.M.*. Die beiden »wasserwirtschaftlichen Unternehmungen« sind hier aufgenommen, weil sie nicht nur der Schifffahrt, sondern auch der Elektrizitätswirtschaft dienen und deshalb keiner bestimmten Betriebsart zugewiesen werden konnten.

¹⁾ Die »wasserwirtschaftlichen« Unternehmungen des Reichs und der Länder sind bei den »Sonstigen Betrieben und Unternehmungen« nachgewiesen.

Beteiligungen an der Neckar-A.-G. in Höhe von 5,1 Millionen *R.M.* machen auch mehr als die Hälfte der außergewöhnlichen Zuschüsse der Länder im Rechnungsjahre 1925/26 aus. Der Rest entfällt auf andere Beteiligungen und Darlehen. Die außergewöhnlichen Zuschüsse 1913 sind Investitionen, hauptsächlich für staatliche Bäder. An der Zunahme der Überschüsse sind die Staatsanzeiger, Druckereien und Münzen in erster Linie beteiligt. Bei Gemeinden und Hansestädten erscheinen hier vor allem die Hafenbetriebe, Leihämter, Stadt- und Messehallen, Schlacht- und Viehhöfe.

Die Erträge aus Grund- und Kapitalvermögen weisen insgesamt eine Zunahme auf. Auch an ihnen ist vor allem das Reich mit 66,0 Mill. *R.M.* beteiligt. Davon stammt der Hauptteil aus den Zinsen angelegter Kassenbestände. Die 1913 ausgewiesenen 0,6 Mill. *M* für außergewöhnliche Zuschüsse beim Reich sind ebenso wie die außergewöhnlichen Zuschüsse der Hansestädte im Rechnungsjahre 1925/26 Grundstücksankäufe. Dagegen sind die außergewöhnlichen Zuschüsse der Länder sowohl 1913 (4,5 Mill. *M*) als auch 1925 (18,7 Mill. *R.M.*) hauptsächlich Fondsbildungen und Rücklagen, neben denen die Grundstücksankäufe zurücktreten. Die Steigerung der Erträge ist auch bei den Ländern auf Zinseinnahmen angelegter Kassenbestände zurückzuführen. Die Erträge aus Grund- und Kapitalvermögen bei den Gemeinden mußten zum großen Teil geschätzt werden und dürfen deshalb nur mit Vorbehalt verwendet werden.

Die an die öffentliche Verwaltung aus dem Erwerbsvermögen des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) abgelieferten Überschüsse haben sich im Rechnungsjahre 1925/26 gegenüber 1913/14 insgesamt um 235,4 Mill. *R.M.* vermindert.

Dieser Rückgang der aus erwerbswirtschaftlicher Betätigung der öffentlichen Hand erzielten Überschüsse und Erträge, zu dem außerdem noch die bedeutende Zunahme der Zuschüsse kommt, hat weder eine einheitliche Ursache, noch ist er einheitlich für Reich, Länder und Gemeinden erfolgt. Vor allem fällt das Ergebnis für die Länder ins Auge, deren Überschüsse und Erträge von 585,2 Mill. *M* auf 231,0 Mill. *R.M.* gesunken sind. Die gleichzeitige Abnahme der Zuschüsse (von 95,4 auf 59,7 Mill. *R.M.*) bietet demgegenüber keinen nennenswerten Ausgleich. Das Reich hat eine geringe Zunahme der Überschüsse und Erträge aufzuweisen (43,5 Mill. *R.M.*), die allerdings nur daher rührt, daß 1925 Überschüsse aus der Münzprägung in Höhe von 131 Mill. *R.M.* dem Reiche zugeflossen sind. Läßt man diese 131 Mill. *R.M.* außergewöhnliche Einnahmen, denen 1913 gleichfalls 23,4 Mill. *M* außergewöhnliche Einnahmen aus Münzprägungen gegenüberstehen, außer Ansatz, so haben sich auch die Reicheinnahmen aus dem Erwerbsvermögen 1925 gemindert. Dazu treten 1925 noch außergewöhnliche Zuschüsse in Höhe von 253,6 Mill. *R.M.*, während im Rechnungsjahre 1913 hier nichts ausgewiesen wird. Bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) haben sich die Überschüsse aus Unternehmungen und Betrieben von 288,4 Mill. *M* auf 360,1 Mill. *R.M.* erhöht. Die Zuschüsse haben eine geringe Steigerung von 27,9 Mill. *M* auf 33,1 Mill. *R.M.* erfahren. Die Hansestädte erzielten 1925 einen Mehrüberschuß von 3 Mill. *R.M.* bei ihren Betrieben, der indessen durch erhöhte Zuschüsse von 2,1 Mill. *R.M.* nahezu kompensiert wurde.

Aus diesen Tatsachen weitgehende Schlüsse auf die Bedeutung des Erwerbsvermögens für die öffentliche Verwaltung oder auf Entwicklungstendenzen einzelner Betriebsarten zu ziehen, ist nicht möglich. Schon das völlige Fehlen von Überschüssen bei so hervorragend wichtigen Betrieben wie Reichspost und Reichsbahn¹⁾ und das Erscheinen von außergewöhnlichen Zuschüssen in Höhe von 220 Mill. *R.M.* bei der Reichsbahn zeigen, daß das Rechnungsjahr 1925/26

¹⁾ Wie sehr das Rechnungsjahr 1925/26 ein Übergangsjahr gewesen ist, verdeutlicht die Tatsache, daß der Reichshaushaltsplan für 1928/29 Überschüsse von der Reichspost in Höhe von 100 Mill. *R.M.* und von der Reichsbahn — außer dem Schuldverschreibungsdienst für Reparationen — von 51,2 Mill. *R.M.* vorsieht.

	Rechnungsjahr 1913/14*)						Rechnungsjahr 1925/26						Die Steuereinnahmen berechnet auf den Kopf der Bevölkerung		
Steuerart	Reich	Länder	Gemeinden**)	Hansestädte	insgesamt		Reich	Länder	Gemeinden**)	Hansestädte	insgesamt		1913/14 *) in M.	1925/26 in M.	Ver- änderung 1925/26 gegen 1913/14 in vH
		ohn.Hansestädte			in	in vH d. Gesamt- steuer- ein- nahmen					in	in vH d. Gesamt- steuer- ein- nahmen			
					Mill. M.	%					Mill. M.	%			
		in Mill. M.						in Mill. M.							
I. Steuern vom Einkommen und Vermögen (im allgemeinen):															
1. Einkommensteuer (einschl. Körperschaftsteuer)	—	530,5	782,1	78,7	1 391,3	34,34	418,1	1 009,9	919,0	108,1	2 455,1	21,26	24,07	39,34	+ 63,44
2. Vermögen- (Ergänz-) Steuer	—	78,8	—	—	78,8	1,94	270,4	—	—	—	270,4	2,67	1,36	4,33	+ 218,38
3. Erbschaft- und Schenkungssteuer	41,3	13,7	—	6,1	61,1	1,51	27,2	0,0	—	0,0	27,2	0,27	1,06	0,44	— 58,49
4. Einmalige Abgaben vom Einkommen oder Vermögen ...	1) 0,7	—	—	—	0,7	0,02	a) 60,7	—	—	—	60,7	0,60	0,01	0,97	.
Summe I	42,0	623,0	782,1	84,8	1 531,9	37,81	776,4	1 009,9	919,0	108,1	2 813,4	27,80	26,50	45,08	+ 70,11
II. Steuern vom Grundbesitz und Gewerbebetrieb:															
1. Grund- und Gebäudesteuer	—	26,6	378,4	32,3	437,3	10,79	—	328,8	509,4	32,1	870,3	8,60	7,57	13,95	+ 84,28
2. Gewerbesteuer (einschl. Sondergewerbesteuer)	—	16,2	161,3	1,4	178,9	4,42	—	82,1	471,0	19,5	572,6	5,66	3,09	9,17	+ 196,76
3. Naturaldienste, öffentl. Lasten der selbständig. Gutsbezirke, sonstige Besitzsteuern	—	—	51,9	—	51,9	1,28	—	—	70,7	—	70,7	0,70	0,90	1,13	+ 25,56
Summe II	—	42,8	591,6	33,7	668,1	16,49	—	410,9	1 051,1	51,6	1 513,6	14,96	11,56	24,25	+ 109,78
III. Gebäudeentschuldungs- (Hauszins-) Steuer:															
1. Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs	—	—	—	—	—	—	—	425,3	224,7	10,8	660,8	6,53	—	10,59	.
2. Zur Förderung d. Bautätigkeit	—	—	—	—	—	—	—	227,8	324,8	43,5	596,1	5,89	—	9,55	.
Summe III	—	—	—	—	—	—	—	653,1	549,5	54,3	1 256,9	12,42	—	20,14	.
IV. Steuern vom Umsatz und Vermögensverkehr:															
1. Umsatzsteuer	—	—	—	—	—	—	1 003,5	177,4	211,2	11,1	1 403,2	13,86	—	22,48	.
2. Grunderwerbsteuer (einschl. Wertzuwachssteuer)	47,9	18,7	71,5	6,9	145,0	3,58	1,2	15,8	167,2	9,1	193,3	1,91	2,51	3,10	+ 23,51
3. Vermögenverkehrssteuern verschiedener Art (einschl. Stempelsteuer)	159,1	81,3	4,3	4,6	249,3	6,15	242,2	69,5	6,7	3,3	321,7	3,18	4,31	5,16	+ 19,72
Summe IV	207,0	100,0	75,8	11,5	394,3	9,73	1 246,9	262,7	385,1	23,5	1 918,2	18,95	6,82	30,74	+ 350,73
V. Steuern vom Verkehr:															
1. Beförderungsteuer	39,5	—	—	—	39,5	0,97	318,3	—	—	—	318,3	3,15	0,68	5,10	+ 650,00
2. Kraftfahrzeugsteuer	4,4	—	—	—	4,4	0,11	2,3	18,4	36,2	0,8	57,7	0,57	0,08	0,92	+ 1 050,00
3. Sonstige Steuern vom Verkehr	—	0,1	s) 1,4</												

*) Nach dem Gebietsstand vom Jahre 1925 ohne Saargebiet. — **) Einschl. der Gemeindeverbände. — ¹⁾ Aus dem Wehrbeitrage. — ²⁾ Rhein-Ruhr-Abgabe, Obligationsteuer, Brotversorgungsabgabe. — ³⁾ Wege-, Fahrzeug- und Zugtiersteuer. — ⁴⁾ Essigsäure-, Salz-, Zündwaren- und Leuchtmittelsteuer. — ⁵⁾ Schlacht- (Fleisch-) Steuer. — ⁶⁾ Spielkartensteuer.

keinesfalls als normales Wirtschaftsjahr angesprochen werden darf. Fast alle Ziffern des Jahres 1925/26 sind, wie aus den vorstehenden Erläuterungen hervorgeht, durch Abschreibungen und Investitionen für Ausbauzwecke bedingt. Das Erwerbsvermögen konnte also im Rechnungsjahr 1925/26 weder im Reich noch in den Ländern, noch in den Gemeinden in vollem Maße zur Deckung des Zuschußbedarfs herangezogen werden. Erst die Finanzstatistik der nächsten Jahre wird einen Schluß auf die Bedeutung des Erwerbsvermögens für die öffentliche Wirtschaft zulassen.

B. Die Steuern und Zölle der Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26.

Da sowohl die speziellen Deckungsmittel (Verwaltungseinnahmen aus Anleihen, Fonds usw.) als auch die Vermögensträgergebnisse der öffentlichen Verwaltung nicht im gleichen Grade wie der Finanzbedarf gestiegen sind, mußten die Steuern und Zölle in stärkerem Maße als vor dem Kriege zur Deckung des Finanzbedarfs herangezogen werden. So ist es erklärlich, daß der Steigerung des Finanzbedarfs insgesamt auf den Kopf der Bevölkerung berechnet um 85 vH eine Steigerung der Einnahmen aus Steuern und Zöllen (einschließlich der Sonderleistungen in Erfüllung des Londoner Abkommens) auf den Kopf der Bevölkerung berechnet um 142 vH gegenübersteht. Die Steigerung der Einnahmen aus den Steuern und Zöllen bei den einzelnen Verwaltungskörpern ist sehr verschieden, und zwar beträgt sie beim Reich 169,1 vH, bei den Ländern 184,4 vH, bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) 97 vH und bei den Hansestädten 66,8 vH auf den Kopf der Bevölkerung. Diese große Verschiedenheit ist einmal auf die unterschiedliche Vermehrung der Ausgaben und ihr folgend des Finanzbedarfs zurückzuführen, ferner aber auch auf die unterschiedliche Veränderung der Einnahmen aus den anderen Deckungsmitteln beim Reich, bei den Ländern und bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden).

Übersicht 5.

Die Ausgaben, die Verwaltungs- und Anleihe-Einnahmen sowie der Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) nach den Rechnungsergebnissen für die Rechnungsjahre 1913/14¹⁾ und 1925/26^{*}. (Vorläufige Ergebnisse)

Verwaltungskörper	Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾					Rechnungsjahr 1925/26				
	Ausgaben insgesamt	Verwaltungs- einnahmen		An- leihen, Fonds- ent- nahme u. dgl.	Zu- schuß- bedarf	Ausgaben insgesamt	Verwaltungs- einnahmen		An- leihen, Fonds- ent- nahme u. dgl.	Zu- schuß- bedarf
		insgesamt	darunter: Leistungen von Reich, Ländern oder Ge- meinden (Gemeinde- verbänden)				insgesamt	darunter: Leistungen von Reich, Ländern oder Ge- meinden (Gemeinde- verbänden)		
Mill. M					Mill. RM					
I. Allgemeine Verwaltung. (Oberste Staatsorgane, auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung.)										
Reich	32,8	10,0	0,9	—	22,8	89,1	19,5	0,3	—	69,6
Länder	158,4	22,2	0,4	3,9	132,3	214,3	52,7	7,5	0,1	161,5
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	287,1	39,0	2,1	32,7	215,4	490,5	75,7	8,9	12,3	402,5
Hansestädte	8,7	1,6	0,0	0,0	7,1	12,4	2,7	0,2	0,0	9,7
Zusammen	487,0	72,8	3,4	36,6	377,6	806,3	150,6	16,9	12,4	643,3
davon ab: Doppelzählungen	3,4	3,4	3,4	—	—	16,9	16,9	16,9	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge	483,6	69,4	—	36,6	377,6	789,4	133,7	—	12,4	643,3
II. Staats- und Rechtssicherheit.										
1. Wehrmacht.										
Reich	1 821,8	27,5	0,0	56,0	1 738,3	633,3	8,6	—	—	624,7
Länder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hansestädte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	1 821,8	27,5	0,0	56,0	1 738,3	633,3	8,6	—	—	624,7
davon ab: Doppelzählungen	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—	—	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge	1 821,8	27,5	—	56,0	1 738,3	633,3	8,6	—	—	624,7
2. Polizei.										
Reich	—	—	—	—	—	194,3	0,0	—	—	194,3
Länder	112,7	22,9	20,2	1,4	88,4	510,9	243,1	215,4	0,0	267,8
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	116,3	15,5	2,5	0,7	100,1	205,0	30,1	4,5	1,2	173,7
Hansestädte	15,6	1,2	—	0,0	14,4	50,4	22,9	17,7	—	27,5
Zusammen	244,6	39,6	22,7	2,1	202,9	960,6	296,1	237,6	1,2	663,3
davon ab: Doppelzählungen	22,7	22,7	22,7	—	—	237,6	237,6	237,6	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge	221,9	16,9	—	2,1	202,9	723,0	58,5	—	1,2	663,3
3. Rechtspflege.										
Reich	3,5	1,4	—	—	2,1	6,6	1,8	—	—	4,8
Länder	323,3	178,1	0,2	1,2	144,0	520,2	285,6	1,0	0,1	234,5
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hansestädte	14,0	8,6	0,1	0,0	5,4	26,8	16,3	0,3	0,0	10,5
Zusammen	340,8	188,1	0,3	1,2	151,5	553,6	303,7	1,3	0,1	249,8
davon ab: Doppelzählungen	0,3	0,3	0,3	—	—	1,3	1,3	1,3	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge	340,5	187,8	—	1,2	151,5	552,3	302,4	—	0,1	249,8
Summe II.										
Reich	1 825,3	28,9	0,0	56,0	1 740,4	834,2	10,4	—	—	823,8
Länder	436,0	201,0	20,4	2,6	232,4	1 031,1	528,7	216,4	0,1	502,3
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	116,3	15,5	2,5	0,7	100,1	205,0	30,1	4,5	1,2	173,7
Hansestädte	29,6	9,8	0,1	0,0	19,8	77,2	39,2	18,0	0,0	38,0
Zusammen	2 407,2	255,2	23,0	59,3	2 092,7	2 147,5	608,4	238,9	1,3	1 537,8
davon ab: Doppelzählungen	23,0	23,0	23,0	—	—	238,9	238,9	238,9	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge	2 384,2	232,2	—	59,3	2 092,7	1 908,6	369,5	—	1,3	1 537,8
III. Wohlfahrtswesen.										
1. Fürsorge- und Gesundheitswesen (einschl. Anstalten).										
Reich	60,3	4,9	—	—	55,4	298,1	0,7	0,2	—	297,4
Länder	94,3	38,8	21,1	5,5	50,0	247,5	106,5	66,7	5,5	135,5
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	535,5	194,2	51,4	55,7	285,6	1 566,4	553,7	208,7	44,4	968,3
Hansestädte	48,5	15,5	0,0	10,4	22,6	87,9	21,5	0,1	—	66,4
Zusammen	738,6	253,4	72,5	71,6	413,6	2 199,9	682,4	275,7	49,9	1 467,6
davon ab: Doppelzählungen	72,5	72,5	72,5	—	—	275,7	275,7	275,7	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge	666,1	180,9	—	71,6	413,6	1 924,2	406,7	—	49,9	1 467,6
2. Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis.										
Reich	0,0	—	—	—	0,0	160,2	4,7	0,9	—	155,5
Länder	0,3	0,0	—	—	0,3	264,0	104,4	103,2	3,1	156,5
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	2,6	0,4	0,2	0,1	2,1	179,4	38,9	28,7	24,3	116,2
Hansestädte	0,0	—	—	—	0,0	19,8	9,2	0,8	—	10,6
Zusammen	2,9	0,4	0,2	0,1	2,4	623,4	157,2	133,6	27,4	438,8
davon ab: Doppelzählungen	0,2	0,2	0,2	—	—	133,6	133,6	133,6	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge	2,7	0,2	—	0,1	2,4	489,8	23,6	—	27,4	438,8
3. Wohnungswesen.										
Reich	3,4	1,4	—	3,4	— 1,4	21,1	1,0	—	—	20,1
Länder	3,3	0,0	—	3,2	0,1	280,9	8,5	0,0	27,3	245,1
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	22,5	1,9	—	18,1	2,5	776,5	85,2	56,0	244,4	446,9
Hansestädte	4,7	0,0	—	4,6	0,1	62,2	3,3	—	13,6	45,3
Zusammen	33,9	3,3	—	29,3	1,3	1 140,7	98,0	56,0	285,3	757,4
davon ab: Doppelzählungen	—	—	—	—	—	56,0	56,0	56,0	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge	33,9	3,3	—	29,3	1,3	1 084,7	42,0	—	285,3	757,4

^{*}) Ohne die Verrechnungen innerhalb eines Verwaltungskörpers (des Reichs, eines Landes, einer Gemeinde usw.).
¹⁾ Nach dem Gebietsstand vom Jahre 1925 ohne Saargebiet.

Noch: Die Ausgaben, die Verwaltungs- und Anleihe-Einnahmen sowie der Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) nach den Rechnungsergebnissen für die Rechnungsjahre 1913/14¹⁾ und 1925/26*).

Verwaltungskörper	Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾					Rechnungsjahr 1925/26				
	Ausgaben insgesamt	Verwaltungseinnahmen		Anleihen, Fonds-entnahme u. dgl.	Zuschußbedarf	Ausgaben insgesamt	Verwaltungseinnahmen		Anleihen, Fonds-entnahme u. dgl.	Zuschußbedarf
		insgesamt	darunter: Leistungen von Reich, Ländern oder Gemeinden (Gemeinde- verbänden)				insgesamt	darunter: Leistungen von Reich, Ländern oder Ge- meinden (Gemeinde- verbänden)		
	Mill. M.					Mill. M.				
VI. Kriegslasten.										
1. Innere.										
Reich	62,5	21,3	—	—	41,2	1 877,9	42,1	—	—	1 835,8
Länder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hansestädte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	62,5	21,3	—	—	41,2	1 877,9	42,1	—	—	1 835,8
daron ab: Doppelzählungen ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	62,5	21,3	—	—	41,2	1 877,9	42,1	—	—	1 835,8
2. Äußere.										
Reich	—	—	—	—	—	1 217,0	5,1	—	340,4	871,5
Länder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hansestädte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	—	—	—	—	—	1 217,0	5,1	—	340,4	871,5
daron ab: Doppelzählungen ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	—	—	—	—	—	1 217,0	5,1	—	340,4	871,5
Summe VI.										
Reich	62,5	21,3	—	—	41,2	3 094,9	47,2	—	340,4	2 707,3
Länder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hansestädte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	62,5	21,3	—	—	41,2	3 094,9	47,2	—	340,4	2 707,3
daron ab: Doppelzählungen ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	62,5	21,3	—	—	41,2	3 094,9	47,2	—	340,4	2 707,3
VII. Kolonien.										
Reich	33,1	0,3	—	—	32,8	—	—	—	—	—
Länder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hansestädte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	33,1	0,3	—	—	32,8	—	—	—	—	—
daron ab: Doppelzählungen ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	33,1	0,3	—	—	32,8	—	—	—	—	—
VIII. Finanz- und Schuldenwesen.										
1. Finanz- und Steuer-Verwaltung.										
Reich	78,0	0,1	—	—	77,9	460,4	50,7	0,0	—	409,7
Länder	161,9	75,2	62,3	0,1	86,6	57,0	5,0	0,6	—	52,0
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	84,3	28,3	9,8	1,6	54,4	166,6	48,0	22,2	0,4	118,2
Hansestädte	20,6	15,4	13,1	0,4	4,8	7,7	0,9	0,1	0,0	6,8
Zusammen	344,8	119,0	85,2	2,1	223,7	691,7	104,6	22,9	0,4	586,7
daron ab: Doppelzählungen ..	85,2	85,2	85,2	—	—	22,9	22,9	22,9	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	259,6	33,8	—	2,1	223,7	668,8	81,7	—	0,4	586,7
2. Schuldendienst (soweit nicht auf die einzelnen Zweige aufgeteilt).										
Reich	219,7	1,8	—	—	217,9	111,6	0,4	0,0	0,1	111,1
Länder	160,1	5,0	0,3	—	155,1	28,0	1,0	0,5	0,1	26,9
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	70,0	—	—	—	70,0	50,0	—	—	—	50,0
Hansestädte	50,6	2,8	—	0,0	47,8	7,0	0,1	—	—	6,9
Zusammen	500,4	9,6	0,3	0,0	490,8	196,6	1,5	0,5	0,2	194,9
daron ab: Doppelzählungen ..	0,3	0,3	0,3	—	—	0,5	0,5	0,5	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	500,1	9,3	—	0,0	490,8	196,1	1,0	—	0,2	194,9
Summe VIII.										
Reich	297,7	1,9	—	—	295,8	572,0	51,1	0,0	0,1	520,8
Länder	322,0	80,2	62,6	0,1	241,7	85,0	6,0	1,1	0,1	78,9
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	154,3	28,3	9,8	1,6	124,4	216,6	48,0	22,2	0,4	168,2
Hansestädte	71,2	18,2	13,1	0,4	52,6	14,7	1,0	0,1	0,0	13,7
Zusammen	845,2	128,6	85,5	2,1	714,5	888,3	106,1	23,4	0,6	781,6
daron ab: Doppelzählungen ..	85,5	85,5	85,5	—	—	23,4	23,4	23,4	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	759,7	43,1	—	2,1	714,5	864,9	82,7	—	0,6	781,6
IX. Sonstige Ausgaben und Einnahmen (einschl. der nicht aufteilbaren Anleihen).										
Reich	—	0,3	—	62,5	—	62,8	1,0	0,5	0,5	0,0
Länder	5,8	1,1	—	0,5	2,2	2,5	22,8	2,0	1,8	0,1
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	—	—	—	50,0	—	50,0	—	—	—	40,0
Hansestädte	1,1	0,0	0,0	0,0	1,1	1,1	2,1	0,0	—	9,0
Zusammen	6,9	1,4	0,5	114,7	—	109,2	25,9	2,5	2,3	49,1
daron ab: Doppelzählungen ..	0,5	0,5	0,5	—	—	—	2,3	2,3	2,3	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	6,4	0,9	—	114,7	—	109,2	23,6	0,2	—	49,1
Gesamtsumme (I—IX).										
Reich	2 378,5	80,4	0,9	121,9	2 176,2	5 315,6	161,7	1,9	340,5	4 813,4
Länder	1 833,6	434,0	116,9	116,0	1 283,6	3 843,3	1 011,0	474,6	87,2	2 745,1
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	3 066,4	755,5	214,9	507,5	1 803,4	5 927,8	1 549,9	582,1	536,2	3 841,7
Hansestädte	320,5	86,7	13,7	51,2	182,6	471,5	123,1	21,7	40,5	307,9
Zusammen	7 599,0	1 356,6	346,4	796,6	5 445,8	15 558,2	2 845,7	1 080,3	1 004,4	11 708,1
daron ab: Doppelzählungen ..	346,4	346,4	346,4	—	—	1 080,3	1 080,3	1 080,3	—	—
Bereinigte Gesamtbeträge ..	7 252,6	1 010,2	—	796,6	5 445,8	14 477,9	1 765,4	—	1 004,4	11 708,1

*) Ohne die Verrechnungen innerhalb eines Verwaltungskörpers (des Reichs, eines Landes, einer Gemeinde usw.).
— 1) Nach dem Gebietsstand vom Jahre 1925 ohne Saargebiet.

	1925/26	vH
Einkommensteuer	2 455,1	24,3
Umsatzsteuer	1 403,2	13,9
Hauszinssteuer	1 256,9	12,4
Grund- und Gebäude- steuer	870,3	8,6
Tabaksteuer	615,6	6,1
Zölle	590,4	5,8
Gewerbesteuer	572,6	5,7
Getränkesteuern	563,1	5,6

An der Spitze steht 1925/26 ebenso wie 1913/14 die Einkommensteuer, die allerdings trotz ihrer Steigerung anteilmäßig von $\frac{1}{3}$ auf $\frac{1}{4}$ der Steuereinnahmen insgesamt zurückgegangen ist. Ihr folgen 1925/26 die recht ertragreichen neuen Steuern: Umsatzsteuer und Hauszinssteuer, die zusammen mit der Einkommensteuer das gesamte Steueraufkommen von 1913/14 beträchtlich übersteigen. Die Zölle, die 1913/14 mit 15,8 vH an zweiter Stelle standen, weisen einen absoluten Rückgang auf und sind mit ihren Anteilen auf 5,8 vH gesunken. Die Tabaksteuer hat an Bedeutung gewonnen, die Getränkesteuer dagegen verloren. Die Gewerbesteuer zeigt trotz absoluter Steigerung keine nennenswerte Veränderung in ihrer anteilmäßigen Stellung.

Neben der Einführung neuer Steuern und dem Ausbau alter Steuern hat die Reichsfinanzreform 1919/20 noch eine wesentliche Veränderung im Steuersystem gegenüber der Vorkriegszeit durch die neue Aufteilung des Steuergebietes zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) gebracht. Der Steuerhoheit des Reichs unterlagen vor dem Kriege vor allem die Zölle, die Verbrauchssteuern und die Steuern vom Verkehr, ferner einige Steuern vom Vermögensverkehr, dazu die Erbschaftsteuer und der Wehrbeitrag. Die Länder und Gemeinden stützten sich in erster Linie auf die Einkommensteuer und die Realsteuern, die Länder außerdem auf die Vermögen- (Ergänzungs-) Steuer. Dazu kamen noch einige Steuern vom Vermögensverkehr, während die Verbrauchsteuern für die Länder und Gemeinden geringere Bedeutung hatten. In der Nachkriegszeit ist die Steuerhoheit des Reichs auf die Steuern vom Einkommen und Vermögen ausgedehnt worden. Die Länder und Gemeinden sind am Ertrag wichtiger Reichssteuern, insbesondere an der Einkommen- und Umsatzsteuer be-

teiligt. Zur selbständigen Ausnutzung sind ihnen die Realsteuern und die Abgaben zum Ausgleich der Geldentwertung bei bebauten Grundstücken (Hauszinssteuer) überlassen. Die Reichssteuerüberweisungen sind bei den Ländern und Gemeinden jetzt eine Haupteinnahmequelle.

Auf Grund der Rechnungsergebnisse für die Rechnungsjahre 1913/14 und 1925/26 ergibt sich folgende Verteilung des gesamten Steueraufkommens zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden):

	1913/14		1925/26	
	in Mill. M.	in vH	in Mill. M.	in vH
Reich	1 630,5	40,2	4 272,4	42,2
Länder	781,2	19,3	2 396,2	23,7
Gemeinden (Gem.-Vbde.) ..	1 509,1	37,3	3 205,5	31,7
Hansestädte	130,6	3,2	246,5	2,4

Das Reich und vor allem die Länder sind 1925/26 an den Steuereinnahmen etwas stärker als 1913/14 beteiligt. Der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände ist zurückgegangen.

Stärkere Veränderungen gegenüber 1913/14 zeigt aber die Zusammensetzung der Steuereinnahmen des Reichs, der Länder und der Gemeinden und damit auch die Bedeutung der einzelnen Steuern als Deckungsmittel bei den verschiedenen Verwaltungskörpern.

Beim Reich entfallen 1913/14 mehr als 80 vH der Steuereinnahmen je zur Hälfte auf die Verbrauchsteuern und die Zölle. Der Rest kam aus den Steuern vom Vermögensverkehr und vom Verkehr, aus der Erbschaftsteuer und dem Wehrbeitrag. Im Rechnungsjahre 1925/26 bringen die Verbrauchsteuern und Zölle nur 45 vH der Steuereinnahmen des Reichs. Aus den neuen Steuern fließen dem Reiche rund 40 vH der gesamten Steuereinnahmen zu, und zwar aus der Umsatzsteuer 23,5 vH, der Einkommensteuer 9,8 vH, aus der Vermögensteuer 6,3 vH.

Für die Länder haben sich die Verhältnisse insofern grundlegend verändert, als sie vor dem Kriege 5,4 vH ihrer Steuereinnahmen als ungedeckte Matrikularbeiträge an das Reich überwiesen, während sie 1925/26 die Hälfte ihrer gesamten Steuereinnahmen aus Reichssteuerüberweisungen bezogen. Im Rechnungsjahre 1913/14 erzielten die Länder aus der Einkommensteuer und der Vermögensteuer fast

75 vH ihrer gesamten Steuereinnahmen. Die Überweisungen aus der Reichseinkommensteuer machen im Rechnungsjahre 1925/26 dagegen nur etwas mehr als 40 vH aus, obwohl die Steigerung der Einnahmen aus der Einkommensteuer bei den Ländern (76,5 vH je Kopf) stärker ist als die Steigerung der Einnahmen aus der Einkommensteuer beim Reich, bei den Ländern und den Gemeinden (Gemeindeverbänden) insgesamt (63,4 vH je Kopf). Einen Ersatz für diesen anteilmäßigen Rückgang bietet einmal die Hauszinssteuer, die 27,7 vH der gesamten Steuereinnahmen aufbringt, allerdings mit reichlich $\frac{1}{3}$ für Förderung der Bautätigkeit gesetzlich festgelegt ist. Ferner werden die Realsteuern, insbesondere die Grund- und Gebäudesteuer, stärker herangezogen (1913: 5,2 vH, 1925: 17,1 vH). Schließlich kommen noch die Überweisungen aus der Reichsumsatzsteuer mit 7,6 vH hinzu. Bei den Steuern vom Verbrauch und Aufwand sind die Einnahmen aus den Getränkesteuern zurückgegangen; es handelt sich 1913/14 um die Einnahmen aus den Bier- und Weinsteuern der süddeutschen Länder, 1925/26 um die Überweisungen aus der Biersteuer des Reichs an diese Länder.

Auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden war vor dem Kriege die Einkommensteuer die Haupteinnahmequelle. Sie deckte über die Hälfte des Steuerbedarfs. Von der anderen Hälfte wurden fast $\frac{9}{10}$ durch die Realsteuern aufgebracht, so daß die sonstigen Steuern vor dem Kriege im Gemeindehaushalt keine große Bedeutung hatten. Im Rechnungsjahr 1925/26 beträgt der Anteil der Überweisungen aus der Reichseinkommensteuer an den Gesamtsteuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ungefähr 30 vH. Er bleibt hinter dem Anteil der Realsteuern (33 vH) zurück. Auch hier wird der Ausfall durch die Überweisungen aus der Umsatzsteuer, die 6,7 vH der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, und durch die Überweisungen aus der Hauszinssteuer der Länder in Höhe von 17 vH der gesamten Steuereinnahmen ausgeglichen. Von der Hauszinssteuer sind etwa $\frac{3}{5}$ zur Förderung der Bautätigkeit gesetzlich bestimmt. Also auch die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehen im Rechnungsjahr 1925/26 die Hälfte der Steuereinnahmen aus Überweisungen von Reichs- und Landessteuern. Neben den Realsteuern mußten die Gemeinden auch die kleinen Steuern schärfer heranziehen.

Zusammenfassung.

Zusammenfassend ergibt sich für die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich und ihre Verteilung auf Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) folgendes Bild (vgl. die Übersicht auf S. 362).

Der Anteil der speziellen Verwaltungseinnahmen an der Deckung des Finanzbedarfs hat im Rechnungsjahr 1925/26 gegenüber 1913/14 bei allen Gruppen eine Senkung erfahren. Beim Reich ist dieser Anteil im Vergleich zu den Anteilen bei den Ländern und bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) in beiden Rechnungsjahren gering. Größere Veränderungen weisen aber die Anteile aller anderen Deckungsmittel auf. Die Anteile der Einnahmen aus Anleihen, Fonds usw. haben sich sowohl bei den Ländern wie auch bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) im Rechnungsjahre 1925/26 gegenüber 1913/14 verhältnismäßig stark verringert; beim Reich ist der Anteil zwar gestiegen, jedoch entfallen die Anleihen des Reichs im Jahre 1925/26 in voller Höhe auf die als Bestandteil des Sachverständigenplans eine Sonderstellung einnehmende äußere Anleihe zur Erfüllung des Londoner Abkommens. In diesen Anteilsveränderungen spiegelt sich die ungünstige Lage auf dem Kapitalmarkt im allgemeinen und für die öffentliche Verwaltung im besonderen wider. Auch die Anteile der Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsvermögen an der Deckung des Finanzbedarfs sind im Vergleich zu 1913/14 bei allen Ver-

waltungskörpern stark zurückgegangen. Am stärksten ist der Rückgang bei den Ländern, nämlich von 28,5 vH auf 5,2 vH, als Auswirkung des Übergangs der Eisenbahnen an das Reich. Beim Reich erscheint im Rechnungsjahre 1925/26 sogar ein kleiner Zuschußbedarf, der im wesentlichen auf den Ankauf von Vorzugsaktien der Reichsbahngesellschaft zurückzuführen ist¹⁾. Bei der Bewertung dieses allgemeinen Rückgangs der Überschüsse muß man bedenken, daß das Jahr 1925/26 ein Wiederaufbaujahr war und deshalb kein einwandfreies Bild von der Bedeutung des Erwerbsvermögens für die öffentliche Finanzwirtschaft geben kann.

Da der Anteil der speziellen Deckungsmittel und auch der Überschüsse und Erträge des Erwerbsvermögens an der Deckung des Finanzbedarfs überall einen stärkeren Rückgang aufzuweisen hat, so ergibt sich als naturgemäße Folge die Steigerung des Anteils der Einnahmen aus Steuern und Zöllen. Beim Reich ist der Anteil der Steuern an der Deckung des Finanzbedarfs von 68,6 vH auf 89,0 vH, bei den Ländern von 45,5 vH auf 71,1 vH gestiegen, bei den Gemeinden nur von 52,9 vH auf 60,0 vH, da bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden in stärkerem Maße als bei den Ländern andere Deckungsmittel, vor allem auch Überschüsse und Erträge aus den Erwerbsvermögen herangezogen sind.

Sowohl im Rechnungsjahr 1913/14 als auch im Rechnungsjahr 1925/26 zeigt sich beim Reich und im Gesamt-

¹⁾ Vgl. S. 354 Anm. ¹⁾

ergebnis bei den Ländern und bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden), daß die im laufenden Rechnungsjahr erwirtschafteten speziellen und allgemeinen Deckungsmittel zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichten. Es verblieben bei jeder Gruppe von Verwaltungskörpern Beträge, die durch Mittel aus den Vorjahren oder aus dem folgenden Jahre auszugleichen waren.

Das Verhältnis der im Rechnungsjahre 1925/26 verbleibenden Ausgleichsbeträge zum Finanzbedarf ist bei den

Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden und den Hansestädten gegenüber 1913/14 bedeutend gestiegen. Beim Reich dagegen zeigt sich eine beträchtliche Verminderung. Im Rechnungsjahre 1913/14 blieben beim Reich die Deckungsmittel mit dem unverhältnismäßig hohen Satz von 15,3 vH hinter dem Finanzbedarf zurück. Dieses erklärt sich dadurch, daß das Reich Ausgaben im Hinblick auf später einkommende Einnahmen aus dem Wehrbeitrag getätigt hat.

Der Finanzbedarf des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) und seine Deckung in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26.

Finanzbedarf und Deckungsmittel	Rechnungsjahr 1913/14 ¹⁾					Rechnungsjahr 1925/26				
	Reich	Länder	Gemeinden (Gem.-Verb.)	Hanse- städte	Ins- gesamt	Reich	Länder	Gemeinden (Gem.-Verb.)	Hanse- städte	Ins- gesamt
	in Mill. M.					in Mill. M.				
Finanzbedarf ²⁾	2 377,6	1 716,7	2 851,5	306,8	7 252,6	5 313,7	3 368,7	5 345,7	449,8	14 477,9
davon sind gedeckt durch										
Verwaltungseinnahmen ³⁾ .	79,5	317,1	540,6	73,0	1 010,2	159,8	536,4	967,8	101,4	1 765,4
Einnahmen aus Anleihen, Fonds usw.	121,9	116,0	507,5	51,2	796,6	340,5	87,2	536,2	40,5	1 004,4
mithin										
Zuschußbedarf	2 176,2	1 283,6	1 803,4	182,6	5 445,8	4 813,4	2 745,1	3 841,7	307,9	11 708,1
davon sind gedeckt durch										
Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsver- mögen ³⁾	181,9	489,8	260,5	40,5	972,7	— 27,8	171,3	327,0	22,9	493,4
Einnahmen aus Steuern, Zöllen usw.	1 630,5	781,2	1 509,1	130,6	4 051,4	4 731,3	2 396,2	3 205,5	246,5	10 579,5
verbleiben als Ausgleichsbetrag	363,8	12,6	33,8	11,5	421,7	109,9	177,6	309,2	38,5	635,2

¹⁾ Nach dem Gebietsstand von 1925 ohne Saargebiet. — ²⁾ Die Doppelzahlungen, die durch die Verrechnungen zwischen einzelnen Verwaltungskörpern entstehen, sind ausgeschaltet. — ³⁾ Diese Beträge sind durch Aufrechnung der entsprechenden Überschüsse und Zuschüsse aus der Übersicht 3 gewonnen. Über die methodischen Einwände gegen dieses Verfahren vgl. die Ausführungen S. 352 r. Sp. u.

Vom Finanzbedarf sind gedeckt durch	Rechnungsjahr 1913/14					Rechnungsjahr 1925/26				
	Reich	Länder	Gemeinden (Gem.-Verb.)	Hanse- städte	Ins- gesamt	Reich	Länder	Gemeinden (Gem.-Verb.)	Hanse- städte	Ins- gesamt
	in vH des Finanzbedarfs									
Verwaltungseinnahmen	3,3	18,5	19,0	23,8	13,9	3,0	15,9	18,1	22,5	12,2
Einnahmen aus Anleihen, Fonds usw.	5,1	6,8	17,8	16,7	11,0	6,4	2,6	10,0	9,0	6,9
Überschüsse und Erträge des Erwerbsvermögens	7,7	28,5	9,1	13,2	13,4	— 0,5	5,1	6,1	5,1	3,4
Einnahmen aus Steuern, Zöllen usw.	68,6	45,5	52,9	42,6	55,9	80,0	71,1	60,0	54,8	73,1
Ausgleichsbetrag	15,3	0,7	1,2	3,7	5,8	2,1	5,3	5,8	8,6	4,4

KAUTSCHUKERZEUGUNG UND -VERBRAUCH

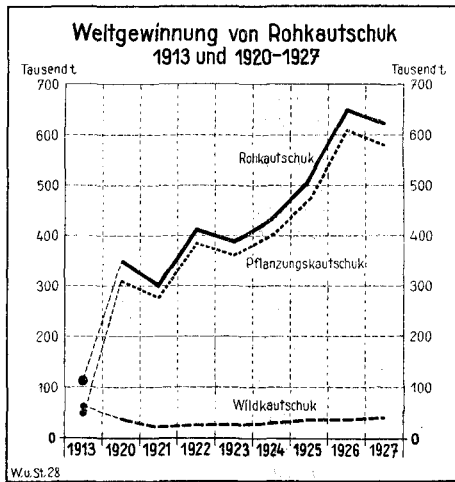
Weltproduktion und Weltverbrauch von Rohkautschuk.

Die Weltgewinnung von Rohkautschuk.

Die Weltgewinnung von Rohkautschuk¹⁾ hat sich seit Beendigung des Krieges verdoppelt, seit 1913 verfünffacht und seit Beginn des Jahrhunderts verzehnfacht. Der bisherige Höchststand wurde mit einer Produktion von 648 000 t im Jahre 1926 erreicht, im Jahre 1927 trat ein Rückgang um 4 vH ein.

Die Weltgewinnung von Rohkautschuk in den Jahren 1923 bis 1927 (in 1000 t).

Jahr	Welt-gewinnung	davon				
		Britisch-Malaya	Niederl.-Indien	Ceylon	Brasilien	Britisch-Indien
1923	388	168	133	34	22	7
1924	431	168	168	39	24	7
1925	510	201	193	43	29	9
1926	648	299	211	60	26	10
1927	623	246	233	57	31	11



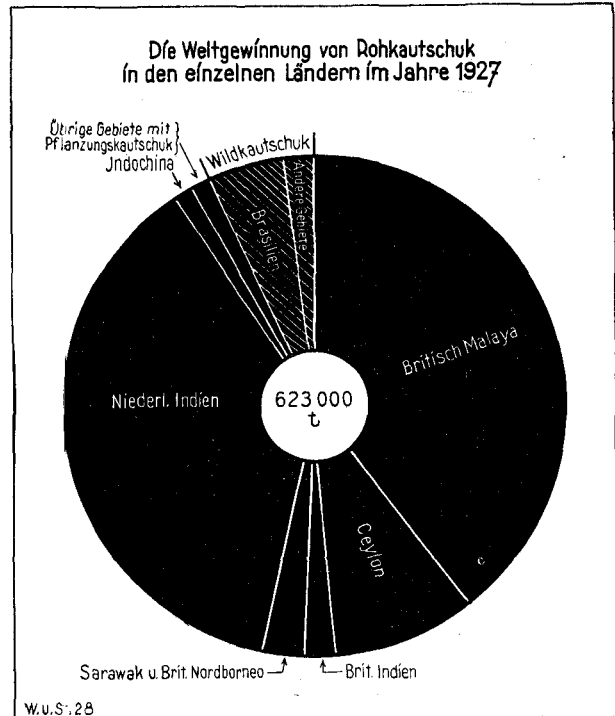
Das starke Ansteigen der Weltproduktion ist hauptsächlich eine Folge des schnell wachsenden Automobilverkehrs und der vermehrten Verwendung von Hartgummi in der Elektrotechnik.

Die Produktionsgebiete.

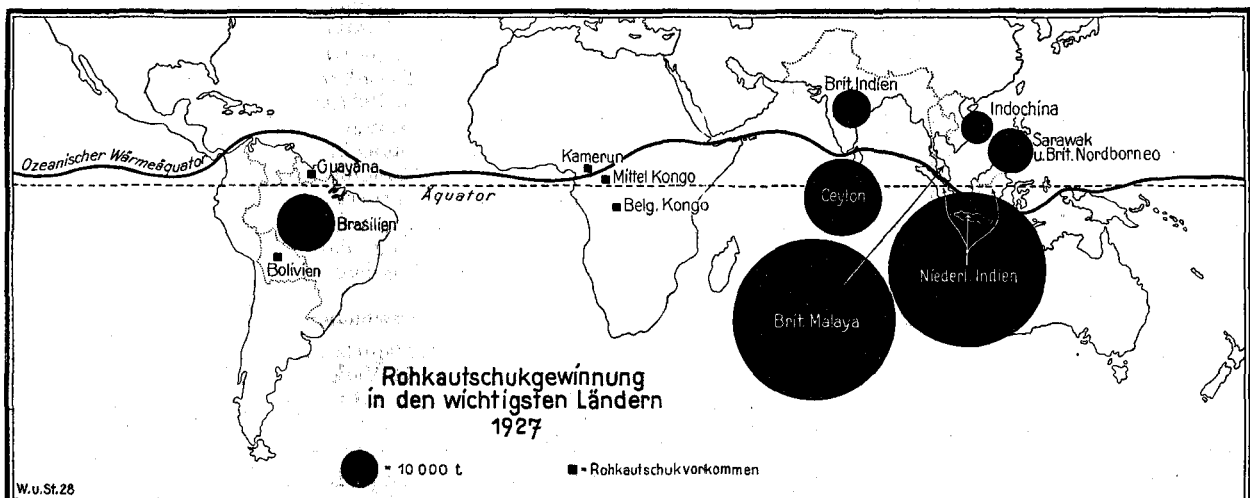
Die Gewinnung von Kautschuk vollzieht sich heute fast ausschließlich auf Plantagen. Der Wildkautschuk spielt nur

¹⁾ Vgl. »W. u. St.«, 2. Jg. 1922, Nr. 7, S. 219.

noch eine ganz geringe Rolle. Die englischen Kolonien erzeugten im Jahre 1927 etwa 53 vH der Weltgewinnung von Rohkautschuk. Da sich außerdem noch ein Drittel der Anbaufläche Niederländisch-Indiens in britischen Händen befindet, kontrolliert Großbritannien 66 vH der Weltproduktion.



Das wichtigste Rohkautschukernteland ist Britisch-Malaya mit dem Aufbereitungsplatz und Ausfuhrhafen Singapore. Im Jahre 1913 stand dieses Gebiet mit 33 000 t noch an zweiter Stelle in der Weltproduktion. Als die in den Jahren 1910/11 neuangelegten Plantagen ertragfähig wurden, stieg die Produktion sehr schnell. Im Jahre 1926 wurden 299 000 t (46 vH der Weltproduktion) gewonnen. Die Produktion sank 1927 um 53 000 t und betrug damit 40 vH der Welterzeugung. Mehr als die Hälfte der Kautschukaufuhr dieses Gebiets geht unmittelbar nach den Vereinigten Staaten von Amerika.



Den zweiten Platz in der Gewinnung von Kautschuk nimmt Niederländisch-Indien (Sumatra und Java) ein. Von der Anbaufläche sind fast 15 vH Eingeborenenplantagen. Die Kautschukausfuhr hat besonders in den beiden letzten Jahren infolge vermehrter Zapfung in den Eingeborenenplantagen eine steigende Entwicklung genommen. Niederländisch-Indiens Anteil an der Weltproduktion betrug 1927 mit 233 000 t etwa 37 vH.

Um die Jahrhundertwende wurden auf den nicht mehr ertragfähigen Teeplantagen Ceylons Heveapflanzungen angelegt. Ihre Rohkautschukerzeugung stieg von 11 000 t im Jahre 1913 unter Schwankungen auf 57 000 t im Jahre 1927 an. Ceylon steht mit 9 vH an dritter Stelle in der Kautschukgewinnung.

Das in der Erzeugung folgende Wildkautschukland Brasilien war noch im Jahre 1913 mit 34 vH der Weltgewinnung der größte Kautschukproduzent. Seit dem Kriege ist dort die Ausbeutung infolge hoher Arbeitslöhne und großer Transportkosten gesunken. Brasiliens Anteil an der Weltproduktion betrug 1927 mit 31 000 t nur noch rd. 5 vH. Der Wildgummi Hard Para ist auch heute noch wegen seiner großen Dehnbarkeit eine bevorzugte Rohgummisorte.

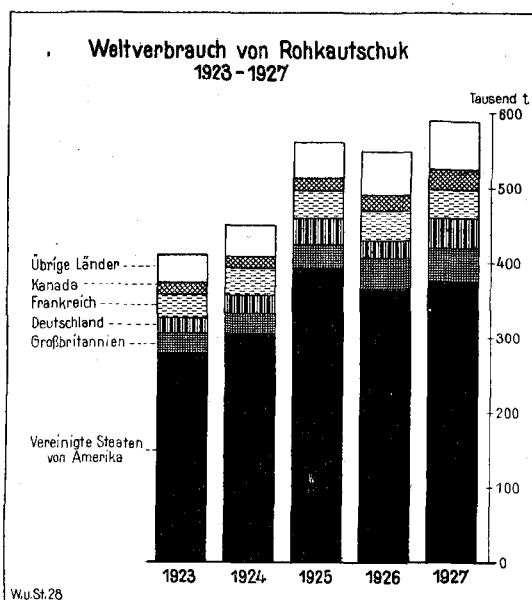
Die übrigen Gebiete Sarawak und Britisch-Borneo, Britisch-Indien und Indochina haben in den Nachkriegsjahren eine langsam steigende Kautschukerzeugung aufzuweisen. Sie belief sich im Jahre 1923 insgesamt auf 21 000 t, 1927 auf 37 000 t oder 6 vH der Welterzeugung.

Der Weltverbrauch.

Der Weltverbrauch von Rohkautschuk erreichte im Jahre 1927 den bisher höchsten Stand von 589 000 t.

Der Weltverbrauch von Rohkautschuk in den Jahren 1923 bis 1927 (in 1000 t).

Jahr	Weltverbrauch	davon				
		Ver. Staaten von Amerika	Großbritannien	Deutschland	Frankreich	Kanada
1923	411	279	28	21	31	14
1924	451	307	27	24	36	15
1925	561	394	31	35	37	17
1926	548	364	42	24	40	20
1927	589	376	45	40	37	27



Hauptverbrauchsland von Rohkautschuk sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Erst in weitem Abstand folgen Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Kanada, Japan, Rußland und Italien.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die 80 vH aller Kraftfahrzeuge der Welt besitzen (Ende 1926 22,1 Mill. Stück), nehmen seit Jahrzehnten mit Ausnahme der letzten beiden Jahre mehr als zwei Drittel der gesamten Rohkautschukproduktion der Welt auf. In der amerikanischen Einfuhrstatistik steht Rohkautschuk wertmäßig seit Jahren an der Spitze aller Einfuhrgüter (1926: 505,8 Millionen \$ = 11,4 vH des Gesamteinfuhrwertes).

Im Jahre 1925 belief sich der Verbrauch der Vereinigten Staaten auf 394 000 t und betrug damit 70 vH des Weltverbrauches. Im Jahre 1927 ging der Anteil am Weltverbrauch auf 64 vH zurück. Die fallende Tendenz hat seine Ursache in der vermehrten Verwendung von regeneriertem Altgummi. Die neben dem verwendeten Rohkautschuk verarbeitete Menge Regenerate stieg von 71 000 t im Jahre 1923 auf 168 000 t im Jahre 1926, im ersten Halbjahr 1927 sogar auf 101 000 t.

Nach einem Bericht der Rubber Association werden 85 vH des Einfuhrüberschusses von Rohkautschuk in der Automobilbereifungsindustrie verarbeitet, die jährlich etwa 60 Millionen Stück Automobilreifen und -schläuche herstellt. Rund 70 vH der amerikanischen Rohkautschukeinfuhr kamen aus britischen Besitzungen. Die Bedeutung des amerikanischen Kautschukverbrauches für England geht daraus hervor, daß die Einnahmen der britischen Gummipflanzungen aus dem Export nach den Vereinigten Staaten höher sind als die gesamten Zins- und Amortisationszahlungen Englands für seine Kriegsschulden an Amerika.

An der Spitze der übrigen Verbraucher steht 1927 Großbritannien. Seine Verarbeitung von Rohgummi, die sich in den Jahren 1922-1924 unter der Grenze von 30 000 t hielt, stieg in den letzten Jahren allmählich auf 45 000 t im Jahre 1927. Der Anteil am Weltverbrauch betrug 1927 7,6 vH. Von der Gesamterzeugung seiner eigenen Kolonien verarbeitete Großbritannien nur rund 14 vH.

Deutschland ist im Jahre 1927, Frankreich überflügelnd, erstmalig an die dritte Stelle im Weltverbrauch gerückt. Sein Anteil am Gesamtverbrauch machte 1927 6,8 vH aus. Der deutsche Einfuhrüberschuß an Rohkautschuk betrug 1913: 16 500 t, 1923: 20 000 t und 1927: 40 000 t. Hinsichtlich der Herkunftsländer sind im deutschen Rohkautschukbezug gegenüber der Vorkriegszeit starke Verschiebungen eingetreten. Im Jahre 1913 kamen 23 vH des eingeführten Rohgummis aus Brasilien, 20 vH aus Britisch-Indien und nur 8,4 vH aus Niederländisch-Indien. Im Jahre 1927 ging der Anteil Brasiliens auf 10 vH zurück. Aus Britisch-Indien stammten rund 31 vH und aus Niederländisch-Indien 37,7 vH. Etwa die Hälfte des Einfuhrüberschusses von Rohkautschuk wird in der deutschen Bereifungsindustrie verarbeitet.

Den vierten Platz im Gesamtverbrauch nimmt im Jahre 1927 mit 36 500 t Frankreich ein. Sein Anteil am Weltverbrauch belief sich 1927 auf 6,3 vH. In den Jahren 1923 bis 1925 war der Verbrauch Frankreichs größer als derjenige Englands und Deutschlands. Der Hauptkautschukverbraucher ist die Bereifungsindustrie, die ihre Erzeugung fast zur Hälfte exportiert.

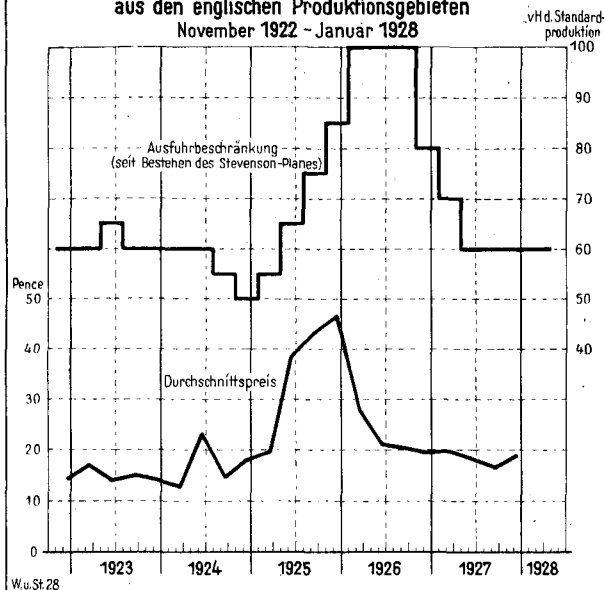
Unter den übrigen Verbrauchsländern weisen Kanada (1927 = 27 000 t) und Rußland (1927 = 13 000 t) eine stark steigende Kautschukverarbeitung auf.

Die Preisbewegung und die Restriktion.

Der Durchschnittspreis für Rohkautschuk, Para fine in London, betrug in der Vorkriegszeit 3 s 8 1/2 d je lb. Er sank während des Krieges auf 2 s 3 d (Anfang 1918). Nach dem Kriege ging die Notierung als Folge der großen Anbauerweiterungen der Jahre 1910/1914 weiter stark zurück.

Als der Rohgummipreis im Jahre 1921 einen Tiefstand von 10 d je lb erreicht hatte, begann die englische Regierung den Abwehrkampf gegen das weitere Abgleiten der Gummi-

Vierteljährliche Durchschnittspreise für Rohkautschuk in London und Ausfuhrbeschränkung von Rohkautschuk aus den englischen Produktionsgebieten November 1922 – Januar 1928



preise mit Hilfe der sogenannten Stevenson-Bill. Der Plan beruht darauf, daß die Ausfuhr und mit ihr selbsttätig auch die Produktion von Rohgummi aus den britischen Ernteländern von der Erreichung eines festgesetzten Mindestpreises im vergangenen Vierteljahr abhängig gemacht wird, und zwar in der Weise, daß die Überschreitung des Ausfuhrkontingents durch gleitende Ausfuhrzölle eingeschränkt wird. Als Grundlage dient die sogenannte Standardproduktion, die sich für jede Plantage je nach Alter der

Bäume aus dem Durchschnittsertrag für das vom 1. November 1919 bis 31. Oktober 1920 laufende Jahr errechnet.

Am 1. November 1922 setzte die englische Regierung erstmalig die zollfreie Ausfuhr auf 60 vH der Standardproduktion fest. In den späteren Jahren veränderte sich der Restriktionssatz mehrfach nach oben und unten.

Die Restriktion bewirkte in der Zeit von 1922 bis 1925 nicht nur eine Verminderung der Rohgummivorräte an Londoner Lagern von 81 000 t auf 6 000 t, sondern auch unter Schwankungen eine Preiserhöhung bis auf 55 d je lb im Dezember 1925. Dieser hohe Preisstand konnte sich jedoch nicht lange halten, da der Großverbraucher Amerika die Einfuhr von Rohkautschuk stark einschränkte und die steigende Ausfuhr aus den holländischen Gebieten, die der Restriktion nicht unterlagen, dem preissteigernden Einfluß der britischen Exportbeschränkung entgegenwirkte.

Der Anfang 1926 einsetzende Preissturz drückte den Preis bis Mitte des Jahres wieder auf den Stand vor Beginn der Hausse im Frühjahr 1925 zurück.

Vom Sommer 1926 bis zum Herbst 1927 gingen die Preise nach und nach bis auf 16½ d je lb zurück. Die Wirkung der Ausfuhrbeschränkung wurde in diesem Zeitabschnitt durch ausgedehnten Schmuggel von britischen nach niederländischen Besitzungen und durch eine große Anzahl nicht ausgenutzter Ausfuhrscheine aus dem Vorjahr beeinträchtigt. Die greifbaren Vorräte in London wieder stark an und erreichten im Oktober 1927 mit 70 900 t fast wieder den Stand vor Beginn der Restriktion.

Seit dem 1. November 1927 ist der Preis für Rohgummi infolge starker Käufe eines amerikanischen Verbraucher-pools zunächst wieder gestiegen. Zu Beginn des Jahres 1928 hat der Kautschukpreis offenbar unter dem Druck größerer amerikanischer Verkäufe aus Lagerbeständen eine scharfe Senkung bis auf 11¾ d je lb Mitte März erfahren¹⁾.

¹⁾ Nach einer Erklärung im Unterhaus beabsichtigt die englische Regierung die Restriktion ab 1. November 1928 aufzuheben. Neue Preisschwankungen für Rohkautschuk haben eingesetzt.

Marktverkehr mit Vieh im April 1928.

Die Beschickung der Märkte mit Lebendvieh hat nach den Berichten der 37 Hauptschlachtviehmärkte Deutschlands im April 1928 gegen den Vormonat bei den Kälbern eine geringe Zunahme (rd. 6 660 Stück), bei den anderen Tierarten eine nicht unbedeutende Abnahme erfahren, und zwar bei Rindern und Schafen um je 12 000, bei Schweinen um rd. 44 000 Stück. Der Rückgang im Auftrieb ist zum überwiegenden Teil auf das Minderangebot aus dem Inlande zurückzuführen. Auch die Zufuhr von geschlachteten Tieren war im ganzen kleiner, insbesondere an Schweinen (um 34 vH). Der Anteil des Auslandes an den Gesamtzufuhren von lebenden und geschlachteten Tieren betrug im Berichtsmonat bei Rindern 17,9 vH, Kälbern 11 vH, Schweinen 0,3 vH und Schafen 6 vH.

Im einzelnen wurden den 37 Markttorten zugeführt:

Tiergattungen	lebend (Stück)			geschlachtet (Stück)	
	im ganzen	davon aus dem Ausland	dem Schlachthof des jew. Markttortes zugeführt	im ganzen	davon aus dem Ausland
Rinder	96 892	12 399	64 493	13 236	7 284
Kälber	135 436	540	115 305	27 994	17 524
Schafe	58 930	17	53 744	6 079	3 943
Schweine	573 862	1 225	438 703	10 730	562

Marktbeschickung mit lebenden Tieren (Stück).

Zeitraum	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	
	insgesamt	davon aus dem Ausland	insgesamt	davon aus dem Ausland	insgesamt	davon aus dem Ausland	insgesamt	davon aus dem Ausland
April 1928 ¹⁾ ...	96 892	12 399	135 436	540	573 862	1 225	58 930	17
März 1928 ¹⁾ ...	109 277	16 862	128 774	822	617 809	2 943	70 967	47
April 1927 ²⁾ ...	93 424	15 938	128 913	2 789	479 687	4 940	69 068	73
Monatsdurchschnitt								
Jan./März 1928 ¹⁾	106 346	14 017	116 658	519	606 754	4 945	67 414	22
Okt./Dez. 1927 ²⁾	117 424	12 197	102 680	347	582 772	9 573	68 452	138
Jan./März 1927 ²⁾	100 841	14 196	110 404	1 623	441 803	7 562	68 323	220

¹⁾ 37 Markttorte. — ²⁾ 36 Markttorte (ohne Oldenburg).

In Vergleich mit 1927 brachte der April 1928 in der Beschickung mit Lebendvieh auf 36 Markten (ohne Oldenburg) ein Mehrangebot von Rindern (3,2 vH), Kälbern (5 vH) und Schweinen (19,6 vH), dagegen ein geringeres Angebot von Schafen (um 14,7 vH).

Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) in vH im April 1928 gegenüber

	März 1928 ¹⁾	Monatsdurchschn. Jan./März 1928 ¹⁾	April 1927 ²⁾	April 1913 ³⁾
Rinder	— 11,3	— 8,9	+ 3,2	+ 9,2
Kälber	+ 5,2	+ 16,1	+ 5,0	+ 18,2
Schweine	— 7,1	— 5,4	+ 19,6	+ 11,0
Schafe	— 17,0	— 12,6	— 14,7	— 24,0

¹⁾ 37 Markttorte. — ²⁾ 36 Markttorte (ohne Oldenburg). — ³⁾ 35 Markttorte (ohne Oldenburg und Steintin).

Die Steinkohlengewinnung wichtiger Länder im März 1928.

Die durchschnittliche arbeitstägliche Förderung im Steinkohlenbergbau der meisten Kohlenländer war im März geringer als im Februar. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter nahm überall ab.

Im Deutschen Reich¹⁾ betrug die arbeitstägliche Steinkohlenförderung im März 522 900 t oder 2 900 t mehr als im Februar. Die Ausfuhr an Steinkohle einschließlich Reparationslieferungen war mit 2,25 Mill. t nur wenig höher als im Vormonat. Der Auslandsversand an Koks ging um nahezu 5 vH auf 0,711 Mill. t zurück. An Steinpreßkohlen wurden 62 600 t gegen 55 100 t ausgeführt.

In Großbritannien war die Kohlenförderung in den ersten Märzwochen geringer als zuvor, in der Hauptsache als Folge der in den nordöstlichen Bezirken auf zahlreichen Gruben ausgebrochenen Teilstreiks. In der zweiten Monatshälfte stieg sie wieder und erreichte in der letzten Märzwoche 5,27 Mill. lt. Die Belegschaftsziffer betrug Ende März 950 500 oder 6 100 weniger

¹⁾ Vgl. »W. u. St.«, 8. Jg. 1928, Nr. 7, S. 232.

Die Steinkohlengewinnung wichtiger Länder.

Länder	Monatsdurchschnitt			1927				1928			
	1913	1926 ²⁾	1927 ²⁾	Dez.	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
	in Mill. t										
Deutschland	11,73	12,11	12,80	13,24	13,42	12,93	14,12	13,24	13,42	12,93	14,12
Saargebiet	1,10	1,14	1,13	1,10	1,10	1,03	1,20	1,10	1,10	1,03	1,20
Frankreich *)	3,72	4,37	4,40	4,42	4,44	4,25	4,57	4,42	4,44	4,25	4,57
Belgien	1,90	2,11	2,30	2,36	2,38	2,26	2,52	2,36	2,38	2,26	2,52
Holland	0,16	0,73	0,79	0,90	0,92	0,85	0,96	0,90	0,92	0,85	0,96
Polen	3,39	2,98	3,17	3,45	3,45	3,27	3,51	3,45	3,45	3,27	3,51
Tschechoslowakei	1,19	1,21	1,22	1,30	1,39	1,38	1,31	1,30	1,39	1,38	1,31
Großbritannien ¹⁾	24,34	21,63	21,69	22,07	21,26	23,07	23,07	21,69	22,07	21,26	23,07
Ver. St.v. Amerika	43,09	49,73	45,40	42,92	45,27	42,58	44,86	45,40	42,92	45,27	44,86
Kanada	1,14	0,97	1,03	1,08	0,99	1,01	1,01	1,03	1,08	0,99	1,01
Südafrika	0,67	1,04	1,01	1,02	0,94	0,91	1,01	1,04	1,01	0,94	0,91
Britisch-Indien	1,31	1,70	1,78	2,08	1,92	2,33	2,33	1,78	2,08	1,92	2,33
Japan	1,78	2,44	2,60	2,94	2,56	2,56	2,56	2,44	2,60	2,94	2,56
Rußland	2,27	2,20	2,68	3,15	3,11	3,00	3,18	2,68	3,15	3,11	3,00

¹⁾ Auch 1913 einschl. der Förderung Elsaß-Lothringens (0,32), ferner einschließlich Braunkohle, deren monatliche Durchschnittsproduktion sich 1913 auf 66 000 t, 1926 auf 88 000 t, 1927 auf 89 000 t belief. — ²⁾ Die monatlichen Angaben sind auf Grund der amtlichen Wochenergebnisse errechnet. — ³⁾ Vorläufige Ergebnisse; z. T. geschätzt. — ⁴⁾ Jetziges Reichsgebiet ohne Saargebiet; früheres Reichsgebiet: 15,84. — ⁵⁾ Jetziges Gebiet; davon in Ostoberschlesien: 2,64. — ⁶⁾ Davon Ostoberschlesien 1926: 2,18, 1927: 2,30. — ⁷⁾ Endgültige Zahl. — ⁸⁾ Monatsdurchschnitt 1926: 10,69; Ergebnis durch Streik von Mai bis November beeinträchtigt.

als in der letzten Woche des Vormonats. Die Ausfuhr an Ladekohle erhöhte sich im März weiter auf 4,11 Mill. lt. Im 1. Vierteljahr 1928 wurden 12,02 Mill. lt gegen 13,09 Mill. lt im gleichen Zeitraum des Vorjahres ausgeführt. Die Abgabe von Bunkerkohle stieg im März um 75 000 lt auf 1,379 Mill. lt.

Wochendurchschnitt bzw. Woche	in 1 000 lt	Belegschaft (in 1 000)
Februar 1928 (4 Wochen)	5 029,8	963,4
März 1928 (5 Wochen)	5 038,8	952,6
11. 3.—17. 3.	4 989,1	951,3
18. 3.—24. 3.	5 072,6	949,8
25. 3.—31. 3.	5 270,4	950,5
1. 4.—7. 4.	4 345,5	944,3
8. 4.—14. 4.	3 241,1	936,3

In Frankreich ging die arbeitstägliche Förderung von Stein- und Braunkohle um 1 049 t auf 169 127 t im März zurück. Die Gesamtbelegschaft verringerte sich um 4 356 Köpfe auf 308 464. Die Einfuhr nahm um 191 000 t oder 14 vH auf 1,54 Mill. t zu. Auf den Zechenkokereien wurden insgesamt 369 360 t Koks erzeugt; die durchschnittliche arbeitstägliche Gewinnung stieg um 81 t auf 11 915 t. An Steinkohlenbriketts wurden 331 700 t gegen 302 800 t im Februar hergestellt.

In Belgien betrug die fördermäßige Leistung 93 182 t gegen 94 964 t im Februar. Die Belegschaft belief sich nach Entlassung von 2 613 Arbeitern auf 165 888 Ende März. Die Haldenbestände gingen um 24 000 t auf 1,793 Mill. t zurück. Die Kokereien erzeugten 495 330 t Koks oder arbeitstäglich 15 978 t gegen 15 706 t im Vormonat. Die Leistung der Brikettpressen war mit 163 400 t um 14 700 t höher als im Februar.

In Polen wurden 3,51 Mill. t gegen 3,27 Mill. t im Februar gefördert. Auf das ostoberschlesische Revier entfielen 2,594 Mill. t bzw. 2,391 Mill. t. Die Tagesleistung in Ostoberschlesien ging weiter um 3 554 t auf 96 059 t zurück. Der Absatz auf dem inneren Markt war um 50 000 t geringer, während die Ausfuhr um 80 000 t auf 0,875 Mill. t stieg. Auf den Halden lagerten Ende März 0,931 Mill. t oder 40 000 t mehr als im Vormonat. Die Kokserzeugung betrug 147 313 t oder arbeitstäglich 4 752 t gegen 4 678 t im Februar.

In den Vereinigten Staaten von Amerika war die Gesamtförderung um 2,285 Mill. t höher als im Februar. Auf Weichkohle (39,876 Mill. t) entfiel eine Mehrförderung von 2,363 Mill. t, während an Anthrazit (4,987 Mill. t) 77 000 t weniger gewonnen wurden.

Wochendurchschnitt bzw. Woche	in 1 000 sh t	Weichkohle	Hartkohle
Februar 1928 (4 Wochen)	9 851	1 331	1 246
März 1928 (5 Wochen)	9 910	1 246	1 254
19. 2.—25. 2.	10 177	1 254	1 294
26. 2.—3. 3.	10 036	1 294	1 486
4. 3.—10. 3.	10 392	1 486	1 044
11. 3.—17. 3.	9 945	1 044	1 095
18. 3.—24. 3.	9 871	1 095	

HANDEL UND VERKEHR

Der deutsche Außenhandel im April 1928.

Der deutsche Außenhandel zeigt im April 1928 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 251 Mill. *R.M.* gegen 208 Mill. *R.M.* im Vormonat.

Im reinen Warenverkehr sind sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr zurückgegangen, und zwar die Einfuhr um annähernd 55, die Ausfuhr (ohne Reparationssachlieferungen) um annähernd 98 Mill. *R.M.* Bei der Einfuhr setzt sich somit die rückläufige Bewegung der beiden Vormonate fort, während bei der Ausfuhr die Zunahme der Vormonate wieder unterbrochen ist. Von einem gewissen Einfluß auf den Rückgang des Umsatzes wird die Tatsache sein, daß der April nur 23, der März dagegen 27 Werktage gehabt hat.

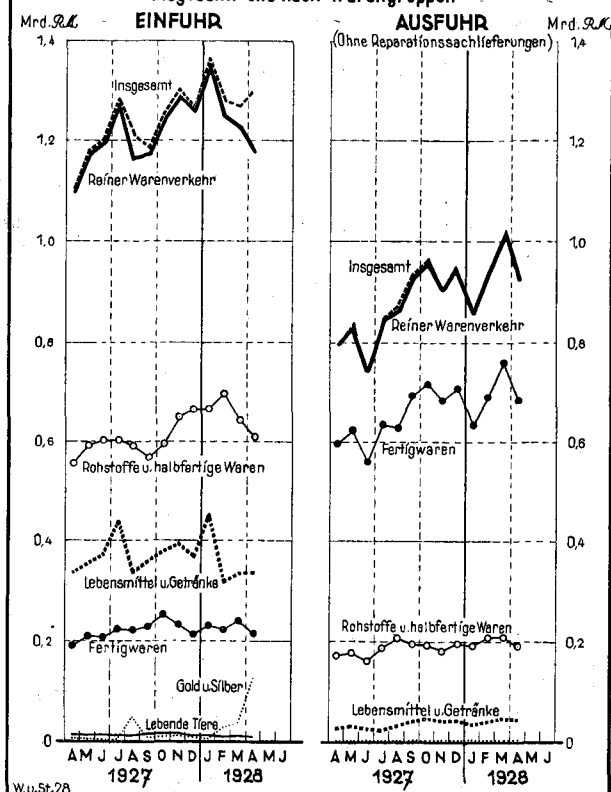
Bei der Einfuhr liegt der Rückgang sowohl bei den Rohstoffen wie bei den Fertigwaren, während die Einfuhr an Lebensmitteln im wesentlichen unverändert geblieben ist. Bemerkenswert ist die außerordentlich hohe Einfuhr von Gold (127,6 Mill. *R.M.*), die bewirkt, daß die Gesamteinfuhr gegenüber dem Vormonat gestiegen ist. Der Rückgang der Ausfuhr betrifft in erster Linie die Fertigwarenausfuhr, in geringerem Umfang auch die der Rohstoffe.

Im einzelnen ist folgendes zu berichten:

Bei der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken wird eine Zunahme bei Weizen um 9,4 Mill. *R.M.*, Eiern um 6,8 Mill. *R.M.*, Gemüse um 4,3 Mill. *R.M.*, Butter um 3,6 Mill. *R.M.* durch eine Abnahme der Einfuhr von Mais um 10,2 Mill. *R.M.*, von Fischen um 2,9 Mill. *R.M.*, Kakao um 2,5 Mill. *R.M.* ausgeglichen.

Die Abnahme der Rohstoffeinfuhr um 31,2 Mill. *R.M.* verteilt sich auf eine große Zahl von Waren. Am bedeutendsten ist der Rückgang bei Mineralölen (11,7 Mill. *R.M.*) und Fellen zu Pelzwerk (6,7 Mill. *R.M.*). Eine beträchtliche Zunahme weist die Einfuhr von Ölfrüchten und Ölsaaten (13,5 Mill. *R.M.*) sowie die Einfuhr von Baumwolle (7,9 Mill. *R.M.*) auf.

Der deutsche Außenhandel April 1927—April 1928 insgesamt und nach Warengruppen



Noch: Vorläufige Ergebnisse des deutschen Außenhandels (Spezialhandel) im April 1928.

Warengattungen	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr		Ausfuhr	
	April 1928	Jan./April 1928	April 1928	Jan./April 1928	April 1928	Jan./April 1928	April 1928	Jan./April 1928
	Werte in 1000 RM				Mengen in da			
IV. Fertige Waren	215 057	909 319	*) 696 244	*) 2 823 455	*) 2 152 338	*) 8 590 921	*) 6 298 627	*) 25 384 770
Kunstseide und Floretteidengarn	11 388	45 073	7 246	30 801	9 945	37 288	5 861	24 450
Wolle und anderen Tierhaaren	18 848	84 680	8 512	39 215	23 642	104 061	7 631	33 885
Garn aus Baumwolle	23 668	104 700	2 983	*) 12 545	45 498	206 371	6 935	27 537
Flachs, Hanf, Jute u. dgl.	4 758	22 338	1 200	5 204	17 466	86 803	5 413	22 584
Gewebe und andere nichtgenähte Waren aus Seide und Kunstseide	5 209	24 246	17 110	*) 73 743	675	3 016	4 653	21 581
Wolle und and. Tierhaaren	8 504	40 375	23 664	113 383	3 827	18 362	18 061	81 463
Baumwolle	14 939	70 241	*) 39 784	*) 155 622	17 196	88 183	28 480	117 506
Flachs, Hanf, Jute u. dgl.	747	2 412	2 394	*) 10 998	3 928	11 828	15 210	59 096
Kleidung und Wäsche	2 402	7 773	14 585	*) 54 854	611	2 965	4 369	16 216
Filzhüte und Hutstumpen	734	2 691	1 137	6 642	107	398	392	2 192
Sonstige Textilwaren	1 376	5 430	*) 9 747	*) 41 643	1 506	6 174	13 610	58 014
Leder	7 020	44 294	19 077	84 140	8 258	48 475	9 731	43 329
Schuhwerk, Sattler- und andere Lederwaren	8 004	24 557	8 698	32 264	3 527	10 586	4 389	16 593
Pelze und Pelzwaren	5 735	20 867	31 438	103 171	1 577	6 658	3 128	10 980
Paraffin und Waren aus Wachs oder Fetten	1 699	7 483	3 280	*) 12 490	22 370	102 002	30 112	116 467
Möbel u. and. Holzwaren	3 612	15 324	*) 7 432	*) 31 506	53 674	216 481	57 536	216 979
Kautschukwaren	3 592	13 716	9 201	*) 37 719	6 827	24 926	14 323	60 076
Zelluloid, Galalith und Waren daraus (ohne Filme)	421	1 670	*) 6 803	*) 27 764	1 414	6 363	10 601	43 810
Filme, belichtet und unbelichtet	428	1 877	3 168	12 730	224	1 002	1 783	6 817
Papier und Papierwaren	2 121	8 937	*) 28 909	*) 120 758	18 180	84 739	409 248	1 709 316
Bücher und Musiknoten	1 485	5 211	*) 4 649	*) 20 295	4 673	15 993	7 410	30 541
Farben, Firnisse und Lacke	3 090	13 645	*) 28 983	*) 120 369	45 402	208 400	151 393	577 767
Schwefelsaures Kali, Chlorkalium	—	—	4 920	20 664	—	—	283 073	1 219 661
Sonstige chemische und pharmazeut. Erzeugnisse	9 245	37 148	*) 40 527	*) 165 474	191 377	755 824	787 217	3 230 778
Ton- und Porzellanwaren (außer Ziegeln)	1 751	5 997	*) 10 249	*) 41 120	65 407	233 455	138 548	584 163
Glas und Glaswaren	2 496	9 479	*) 17 067	*) 67 696	31 248	121 273	127 789	520 562
Waren aus Edelmetallen	435	1 983	5 098	19 510	15	56	167	600
Röhren und Walzen	2 457	10 164	*) 9 462	*) 44 135	112 018	409 287	300 596	1 367 806
Stab- und Formeisen	11 681	47 805	*) 11 888	*) 47 890	864 915	3 557 757	894 147	3 566 236
Blech und Draht	4 344	17 231	*) 14 496	*) 55 698	220 171	897 201	698 850	2 648 194
Eisenbahnoberbaumaterial	1 898	6 697	*) 6 622	*) 24 577	131 095	463 467	505 636	1 921 480
Kessel; Teile u. Zubehör von Maschinen	2 260	11 776	*) 17 081	*) 66 491	16 880	87 313	124 335	482 324
Messerschmiedewaren	227	694	5 522	22 543	101	380	5 713	24 566
Werkzeuge und landwirtschaftl. Geräte	613	2 145	*) 10 110	*) 41 115	3 024	9 554	69 516	269 049
Sonstige Eisenwaren	4 577	20 504	*) 51 682	*) 216 833	52 183	200 429	672 000	2 878 477
Waren aus Kupfer	1 930	8 050	*) 19 963	*) 80 875	4 975	22 741	68 611	277 148
Vergoldete und versilberte Waren	503	2 238	*) 3 762	*) 15 560	177	692	1 574	6 522
Sonstige Waren aus unedlen Metallen	1 268	4 924	*) 9 777	*) 39 957	9 322	31 256	30 041	122 486
Textilmaschinen	3 246	15 078	*) 14 216	*) 63 627	19 987	88 245	50 698	227 665
Dampflokomotiven, Tender	—	6	*) 781	*) 2 494	—	105	5 381	18 049
Werkzeugmaschinen	1 766	6 075	*) 12 483	*) 53 031	7 566	20 591	67 609	289 249
Landwirtschaftliche Maschinen	1 321	3 011	*) 3 532	*) 12 200	10 990	22 672	36 547	129 207
Sonstige Maschinen (außer elektr.)	6 474	23 025	*) 45 198	*) 156 406	24 488	87 026	248 806	805 383
Elektrische Maschinen (einschl. Teile)	1 007	5 098	*) 8 409	*) 32 487	3 184	16 486	33 134	126 524
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 805	9 396	*) 27 531	*) 121 218	3 432	17 865	75 577	315 201
Kraftfahrzeuge, Kraftfahräder	8 643	27 015	*) 4 146	*) 14 153	19 687	62 370	10 297	35 521
Fahrräder, Fahrradteile	460	1 327	*) 6 386	*) 25 568	1 021	2 798	24 688	97 449
Wasserfahrzeuge	2 212	8 401	*) 4 188	*) 20 610	*) 33	109	295	544
Musikinstrumente, Phonographen u. dgl.	573	2 441	*) 8 436	*) 38 199	537	2 469	15 330	70 365
Uhren	2 138	8 147	*) 4 944	*) 19 879	125	503	8 049	33 446
Sonstige Erzeugnisse der Feinmechanik ¹⁾	2 125	10 154	*) 8 680	*) 33 661	1 009	4 218	7 879	29 583
Kinderspielzeug	291	982	*) 6 153	*) 20 996	674	2 306	23 043	84 951
Sonstige fertige Waren	7 531	34 788	*) 22 935	*) 90 932	66 203	181 508	173 507	704 926
Reiner Warenverkehr	1 174 702	5 008 138	*) 979 536	*) 3 968 368	51 532 606	215 271 283	50 921 803	204 243 588
Hierzu:								
V. Gold und Silber¹⁾	127 554	201 825	2 057	8 721	1 168	4 040	131	589
Gesamtein- und -ausfuhr (Spezialhandel)	1 302 256	5 209 963	*) 981 593	*) 3 977 089	*) 51 533 774	*) 215 275 323	*) 50 921 934	*) 204 244 177

¹⁾ Einschließlich Reparations-Sachlieferungen. — ²⁾ Apparate, Instrumente, Schreibmaschinen u. dgl. — ³⁾ Nicht bearbeitet, Gold- und Silbermünzen. — ⁴⁾ Ohne Wasserfahrzeuge. — ⁵⁾ Menge in Stück. — ⁶⁾ Außerdem Pferde und Wasserfahrzeuge in obengenannter Stückzahl.

Monatliche Bewegung des Außenhandels
(in Mill. RM.)

Zeitraum	Einfuhr				Ausfuhr ¹⁾			
	Reiner Warenverkehr	Lebensmittel	Rohstoffe	Fertigwaren	Reiner Warenverkehr	Lebensmittel	Rohstoffe	Fertigwaren
Nov. 1927	1 284,9	388,3	647,3	232,9	912,8	43,9	185,0	682,7
Dez. "	1 266,0	367,5	669,4	216,3	953,9	44,9	198,3	709,4
Januar 1928 ..	1 357,0	450,7	661,3	230,6	862,0	37,3	191,9	632,0
Februar " ..	1 247,0	317,8	694,7	223,3	942,2	41,9	209,2	690,1
März " ..	1 229,4	335,2	641,1	240,4	1 021,6	49,0	210,8	760,8
April " ..	1 174,7	338,7	609,8	215,1	923,8	48,2	191,7	682,3
April 1927 ..	1 094,0	335,3	554,4	190,1	793,2	28,2	167,5	596,9
April 1928 ..	719,8	267,5	351,6	93,1	779,3	28,3	152,9	597,4
Monats- durchschnitt 1927	1 185,7	360,5	599,4	211,6	852,0	34,9	187,2	629,0
durchschnitt 1928	833,5	297,6	412,3	113,6	815,3	39,7	194,3	580,4

¹⁾ Ohne Reparations-Sachlieferungen.

Der Einfuhrückgang ist bei den Fertigwaren mit 25,3 Mill. RM verhältnismäßig am stärksten. Er zeigt sich besonders bei den Textilwaren (11,9 Mill. RM) und bei Leder (7,2 Mill. RM).

Die Goldeinfuhr stammt zu 75 vH aus den Vereinigten Staaten von Amerika, der Rest in der Hauptsache aus Rußland.

Bei dem Rückgang der Ausfuhr von Rohstoffen fällt in erster Linie der Rückgang der Kohlenausfuhr um 7,2 Mill. RM auf. Weiterhin haben abgenommen die Ausfuhr von nicht ölhaltigen Sämereien um 4,7 Mill. RM, Rohtextilien um 4,0 Mill. RM, Kalksalpeter um 3,2 Mill. RM. Zugenommen hat die Ausfuhr von Pelzwerkstoffen (um 5,5 Mill. RM).

Der Rückgang in der Fertigwarenausfuhr trifft in erster Linie diejenigen Waren, bei denen in den beiden Vormonaten die Ausfuhr stark zugenommen hatte, die Textilfertigwaren (25,5 Mill. RM), die chemischen Erzeugnisse (14,5 Mill. RM), die Eisenwaren und Walzwerkzeugnisse (11,4 Mill. RM) sowie die Wasserfahrzeuge (8,4 Mill. RM). Daneben ist noch eine Reihe von Gruppen in geringerem Umfang von dem Rückgang betroffen.

Die wichtigsten Reparations-Sachlieferungen im April 1928 sind: aus der Gruppe der Lebensmittel und Getränke Zucker mit 5,2 Mill. RM; aus der Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren Steinkohlen mit 21,2 Mill. RM, Koks mit 6,6 Mill. RM, Kalksalpeter mit 1,9 Mill. RM; aus der Gruppe der Fertigwaren chemische Erzeugnisse mit 3,5 Mill. RM, Eisenwaren und Walzwerkzeugnisse mit 2,4 Mill. RM, Maschinen mit 2,2 Mill. RM.

Wert- und Mengenergebnisse der Reparations- sachlieferungen.

Warengruppen	Ausfuhr 1928					
	April			März		
	in 1000 RM nach Gegenwartswerten			Mengen in dz		
I. Lebende Tiere...	62	188	852 ¹⁾	293 ¹⁾	182 ¹⁾	2 002
II. Lebensmittel und Getränke	5 298	5 195	13 078	131 051	127 988	340 408
III. Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	36 463	39 413	146 570	13 723 435	13 752 278	54 281 394
IV. Fertige Waren ..	13 949	12 627	58 262 ²⁾	219 746 ²⁾	221 345 ²⁾	867 126
Zusammen	55 772	57 423	218 762	14 074 525	14 101 793	55 490 930
Außerdem (Stück):						
Pferde				23	90	274
Wasserfahrzeuge ..				13	9	24

¹⁾ Ohne Pferde. — ²⁾ Ohne Wasserfahrzeuge.

Der Seeverkehr wichtiger deutscher Häfen im April 1928 (Schiffsverkehr).

Entgegen der saisonmäßig üblichen Zunahme des Schiffsverkehrs im April gegenüber dem Vormonat zeigt der Schiffsverkehr der wichtigeren deutschen Seehäfen im April des Berichtsjahres einen Rückgang gegenüber dem Märzverkehr. Dieser Rückgang beträgt dem Raumgehalt nach 3,4 vH. Er ist in der Hauptsache auf den verminderten Abgang, und zwar besonders auf den verminderten Abgang in den Nordseehäfen zurückzuführen. Den Aprilverkehr des Vorjahres überträgt der Verkehr des Berichtsmonats jedoch um rund $\frac{1}{10}$.

Der Seeverkehr wichtiger deutscher Häfen im April 1928.

Häfen	Seeschiffe überhaupt				Hiervon N.-R.-T.			
	angekommen		abgegangen		ganz oder zum Teil beladen		Küsten- Aml. ¹⁾	
	Zahl	1000 N.-R.-T.	Zahl	1000 N.-R.-T.	angek. vH	abgeg. vH	vH	vH
Ostsee.....	1 666	625,3	1 590	620,1	92,5	74,0	18,8	81,2
Königsberg	141	60,5	134	59,1	89,9	50,3	33,9	66,1
Swinemünde	65	18,9	77	14,9	94,6	88,6	67,5	32,5
Stettin ²⁾	381	153,2	369	157,2	89,0	55,1	23,8	76,2
Saßnitz ³⁾	166	122,2	162	122,9	97,7	99,1	2,9	97,1
Rostock ³⁾	237	139,6	245	142,2	98,4	96,0	1,4	98,6
Lübeck	293	62,0	282	61,9	84,3	49,0	32,3	67,7
Kiel	268	53,8	218	43,5	95,7	82,7	31,2	68,8
Flensburg	115	15,1	103	18,4	60,7	26,9	47,0	53,0
Nordsee.....	3 118	2 847,5	3 285	2 688,8	92,5	75,9	13,4	85,3
Cuxhaven	166	48,9	156	59,1	99,9	82,2	5,3	* 75,7
Hamburg	1 630	1 853,7	1 804	1 711,9	94,0	76,8	8,6	* 91,1
Altona	240	57,1	194	47,8	97,8	30,3	6,1	* 85,1
Harburg	199	101,8	261	95,4	75,7	35,6	5,4	* 94,6
Wesermünde	194	14,2	182	12,4	98,7	3,8	4,8	* 6,1
Bremen	360	463,8	369	452,0	95,8	87,3	24,4	* 75,6
Bremerhaven	65	176,5	76	196,9	98,8	83,5	19,0	* 80,3
Brake	22	16,5	12	15,3	98,8	25,3	15,2	* 84,8
Nordenham	26	19,8	30	13,9	98,3	44,0	28,4	* 63,4
Emden	216	95,2	201	84,1	44,3	68,9	56,1	* 41,7
Zus. April 1928 ..	4 784	3 472,8	4 875	3 308,9	92,5	75,5	14,3	84,6
März 1928	4 900	3 485,3	5 104	3 533,6	93,9	75,1	13,3	85,5
April 1927	4 106	3 124,0	4 490	3 106,7	91,9	74,3	14,3	84,6

¹⁾ Hierzu tritt bei den mit * versehenen Häfen noch der Hoobeeefschereiverkehr. — ²⁾ Einschließlich benachbarter Oderhäfen. — ³⁾ Hauptsächlich Fährverkehr. — ⁴⁾ Einschließlich Warnemünde.

In der Verteilung des Verkehrs auf Küsten- und Auslandsverkehr ist gegenüber dem Vormonat eine kleine Verschiebung zu ungunsten des Auslandsverkehrs zu verzeichnen. Der Anteil der mit Ladung fahrenden Tonnage an der Gesamttonnage hat sich im Abgang unbedeutend erhöht, in der Ankunft etwas stärker vermindert. Der Hochseefischereiverkehr ist gegenüber dem Vormonat um etwa $\frac{1}{6}$ zurückgegangen.

Die deutsche Flagge ist dem Raumgehalt nach an dem Verkehrsrückgang nicht beteiligt. Sie zeigt vielmehr eine Zunahme, so daß sich ihr Anteil erhöht hat und etwas mehr als die Hälfte des Gesamtverkehrs erfaßte. Unter den fremden Flaggen weisen insbesondere die britische und die niederländische einen Rückgang auf. Die norwegische Tonnage hat sich erhöht, die amerikanische ist so gut wie unverändert geblieben.

Seeverkehr¹⁾ nach Flaggen im April 1928.

Gebiet	deutsche		britische	dänische	niederländische	norwegische	schwedische	nordamerikanische	sonstige
	In 1 000 N.-R.-T.	vH des Gesamtverkehrs							
	Seeschiffe in 1 000 N.-R.-T.								
Ostsee	687,4	55,2	34,3	233,3	16,4	39,8	185,7	—	48,5
Nordsee	2 793,9	50,5	1 122,5	172,8	420,0	240,2	63,0	300,8	423,1
Zus. April 1928	3 481,3	51,3	1 156,8	406,1	436,4	280,0	248,7	300,8	471,6
März 1928 ..	3 361,4	47,9	1 286,8	412,6	516,6	251,4	292,2	300,5	597,4
April 1927 ..	2 962,0	47,6	1 129,3	348,7	404,2	217,6	320,1	312,8	536,0

¹⁾ Raumgehalt der in den aufgeführten Häfen angekommenen und abgegangenen Seeschiffe.

Unter den Ostseehäfen weisen Stettin einen gegenüber dem Vormonat kaum veränderten, Königsberg, Flensburg und Swinemünde einen erhöhten, die übrigen Häfen einen verminderten Verkehr auf.

Unter den Nordseehäfen zeigen Emden, Harburg und Brake eine Verkehrsbelebung. Bei Hamburg, dessen Gesamtverkehr fast den des Vormonats erreicht, tritt ein besonders starker Rückgang im Abgang in Erscheinung, während der Ankunftsverkehr zugenommen hat. In den bremischen Häfen ist der Rückgang in der Ankunft fast ebenso stark wie der Rückgang im Abgang. Rotterdam und Antwerpen zeigen eine Abnahme im Ankunftsverkehr, die bei Rotterdam besonders auf die verminderte Erzeinfuhr zurückzuführen ist. Der Danziger Verkehr hat sich im Ein- und Ausgang erhöht; die Erhöhung tritt bei der mit Ladung fahrenden Tonnage allein allerdings weniger als im Gesamtverkehr in Erscheinung.

Der Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal hat sich im April gegenüber dem Vormonat dem Raumgehalt nach nur um 2,9 vH vermindert. Der Zahl der Schiffe nach hat er sich bei einer Abnahme der Durchschnittsgröße der Schiffe von 315 auf 305 N.-R.-T. um 0,4 vH erhöht. Der Verkehr des April des Vorjahres wird dem Raumgehalt nach um fast $\frac{1}{7}$ überschritten. Insgesamt wurde der Kanal im Berichtsmonat von 4 019 Schiffen mit rund 1 224 000 N.-R.-T. befahren.

Seeverkehr²⁾ in Rotterdam, Antwerpen und Danzig.

Zeit	Rotterdam		Antwerpen		Danzig			
	Angekommen		Angekommen		Angekommen		Raumgehalt der beladenen Schiffe	
	Zahl der Schiffe	Raumgehalt in 1000 N.-R.-T.	Zahl der Schiffe	Raumgehalt in 1000 N.-R.-T.	Zahl der Schiffe	Raumgehalt in 1000 N.-R.-T.	Ankunft	Abgang
April 1928	1 014	1 692	979	1 696	567	344	154	289
März 1928	1 075	1 806	1 024	1 776	527	309	145	287
April 1927	1 049	1 705	919	1 578	610	340	135	309

²⁾ Nichtamtliche Zahlen.

Güterverkehr und Betriebsleistung der Reichsbahn.

Der Güterverkehr im März 1928 zeigt insgesamt einschl. Dienstgut gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 12 vH;

Güterverkehr der Reichsbahn.

Bezeichnung	Monatsdurchschnitt		März 1927	Februar 1928 ²⁾	März 1928 ²⁾
	1913 ¹⁾	1927			
Gesamtverkehr					
Mill. t	38,92	40,75	41,83	38,58	43,31
Mill. tkm	4 774	6 051	6 488	5 514	6 124
tkm je Aehskm. aller Güterwagen	3,22	3,93	4,07	3,63	3,63
Einnahmen in Mill. RM ³⁾	—	268,87	277,82	258,46	288,20
Öffentlicher Verkehr ⁴⁾					
Mill. t	33,25	36,17	37,34	35,37	39,70
davon:					
Expres-, Eil- und Stückgut	—	1,91	1,99	⁵⁾ 1,77	—
Steinkohlen, Koks u. Briketts	—	8,91	8,81	⁵⁾ 8,80	—
Braunkohlen, Koks u. Briketts	—	4,40	4,15	⁵⁾ 4,54	—
Versand nach dem Ausland	—	1,91	1,98	1,92	2,08
Empfang vom Ausland	—	1,72	1,74	1,61	1,82
Durchfuhr von Ausland zu Ausland über Reichsbahn	—	0,21	0,21	0,20	0,22
Mill. tkm	4 286	5 407	5 717	5 113	5 633
Mittlere Beförderungsweite in km	129	149	153	145	142
Einnahmen in RM je tkm ⁵⁾ ..	3,60	4,76	4,85	5,04	5,08

¹⁾ Jetziges Reichsgebiet. — ²⁾ Vorläufige Zahlen. — ³⁾ Ausschließt Verkehrssteuer. — ⁴⁾ Gesamtverkehr ohne Dienstgut (einschl. Militär- und Besatzungsverkehr). — ⁵⁾ Endgültige Ergebnisse.

er liegt auch um 3 vH über dem Güterverkehr im März 1927. Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr zeigen etwa die gleiche Steigerung wie die Gütermengen. Dabei ist die durchschnittliche Beförderungsweite seit 1927 erheblich geringer geworden, so daß die tonnenkilometrischen Leistungen gegen März 1927 um 5 vH zurückblieben. Die gefahrenen Güterwagen wurden auch im Durchschnitt durch die Ladungsmenge weniger ausgenutzt. Im öffentlichen Güterverkehr betrug die Steigerung gegenüber März 1927 etwa 6 vH, im Verkehr mit dem Ausland 5 vH. Die Einnahmen je Tonnenkilometer sind bei einem Rückgang der durchschnittlichen Beförderungsweite gegen März 1927 und auch gegen den Vormonat gestiegen.

Die Wagengestellung im April 1928 ist gegenüber dem Vormonat um fast 15 vH zurückgegangen. Diese Abnahme ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß der April 4 Arbeitstage weniger als der März hatte. Vergleicht man die Wagengestellung je Arbeitstag, so ergibt sich im April gegenüber dem März ein Rückgang um nicht ganz 1 vH. Der Rückgang, der zum Teil durch die Beendigung der Frühjahrsbestellung und der abnehmenden Versorgung mit Hausbrandkohlen hervorgerufen sein mag, verteilte sich auf offene und gedeckte Wagen in gleichem Maße. Gegenüber April 1927 zeigt die Wagengestellung noch eine gewisse Zunahme, die auf gedeckte Wagen entfällt.

Wagengestellung und Betriebsleistung der Reichsbahn im Güterverkehr.

Monat	Wagengestellung				Betriebsleistung		
	insgesamt	davon		Insgesamt je Arbeitstag	in Mill. Güter- wagenachskm		Leer- leistung vH der Gesamt- leistung
		gedeckte Wagen	offene Wagen		ins-	davon	
		1 000 Wagen			gesamt	beladen	
Febr. 1928	3 584	1 782	1 422	143,4	1 520	1 102	27,50
März	4 069	2 001	1 612	150,7	1 686	1 232	26,93
April	3 439	1 679	1 344	149,5	1 393	1 026	26,35
• 1927	3 489	1 623	1 410	145,4	1 368	1 009	26,24

Die Reichspost im 1. Vierteljahr 1928.

Im 1. Vierteljahr 1928 ist beim gesamten Verkehr der Reichspost gegenüber dem 4. Vierteljahr 1927 eine leichte Abschwächung festzustellen, da saisonmäßig jeweils das 4. Vierteljahr den regsten Verkehr aufzuweisen pflegt; lediglich die Zahl der Funktelegramme und der Auslandsgespräche hat zugenommen. Der Briefverkehr hat, soweit sich das an Hand der mit Vorbehalt verwertbaren Stichtagzählungen feststellen läßt, eine leichte Abnahme erfahren. Ebenso ist der Umfang der Einzahlungen, die Anzahl der aufgelieferten und eingegangenen Pakete gegen über dem 4. Vierteljahr 1927 z. T. nicht unerheblich zurückgegangen. Dagegen ist beim Zahlungs- und Paketverkehr, im Gegensatz zu dem Briefverkehr, der Umfang des 1. Vierteljahrs 1927 überschritten. Das gilt nicht für den Telegrammverkehr, der ebenso wie der Briefverkehr gegenüber dem 4. Viertel-

Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr.

Art des Verkehrs	1928	1927	1927
	1. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr
Postverkehr			
An einem Tage (durchschnittliches Ergebnis der monatlichen Stichtagzählungen)			
Aufgelieferte gewöhnliche Briefsendungen jeder Art (ausschl. Postwurfsendungen und Zeitungen) sowie Päckchen in Millionen Stück . .	31,39	32,72	33,81
Während des ganzen Vierteljahrs			
Einzahlungen auf Zahlkarten und Postanweisungen in Mill. RM	5 672	6 103	4 794
Aufgelieferte Pakete aller Art in 1 000 Stück	70 809	85 441	68 828
davon nach dem Saargebiet und dem Ausland in 1 000 Stück	2 827	3 246	2 442
Eingegangene Pakete aus dem Saargebiet und dem Ausland in 1 000 Stück	994	1 181	902
Telegrammverkehr			
Aufgelieferte Telegramme in 1 000 Stück . .	7 840	9 049	8 618
davon nach dem Saargebiet und dem Ausland in 1 000 Stück	1 903	1 958	1 920
Eingegangene Telegramme aus dem Saargebiet und dem Ausland in 1 000 Stück	1 829	1 853	1 781
Fernsprechwesen			
Zahl der Fernsprechanlüsse Ende des Vierteljahrs in 1 000	2 794	2 761	2 673
Zahl der ausgeführten Gespräche in 1 000:			
Ortsgespräche	530 611	532 694	473 800
Vororts- und Bezirksgespräche	7 771	8 275	8 448
Inlandsferngespräche	57 584	59 891	55 335
Auslandsgespräche	680	645	550
Gesamteinnahmen in Mill. RM	*) 354,9	559,5	*) 294,3
davon			
aus dem Telegrammverkehr	*) 14,6	28,7	*) 15,2
aus dem Fernsprechverkehr	*) 113,4	173,8	*) 105,0

*) Einnahmen in den Monaten Januar und Februar.

jahr 1927 einen Rückgang aufweist und, abgesehen von dem Telegrammempfang aus dem Auslande, den Umfang des 1. Vierteljahrs 1927 nicht erreicht hat. Obwohl auch der Fernsprechverkehr, mit Ausnahme der Auslandsgespräche, gegenüber dem 4. Vierteljahr 1927 eine Abnahme zeigt, scheint ein Übergang vom Brief- und Telegrammverkehr auf das Fernsprechwesen sich anzubahnen; darauf läßt die wachsende Zahl der Fernsprechanlüsse, vor allem auch die, abgesehen von der saisonmäßig bedingten leichten Abschwächung gegenüber dem letzten Vierteljahr 1927, dauernd im Ansteigen begriffene Zahl der Ferngespräche und der Auslandsgespräche schließen. Die Einnahmen der Reichspost im März 1928 liegen noch nicht vor. Soweit sich auf Grund der Januar- und Februareinnahmen schließen läßt, ist gegenüber dem 4. Vierteljahr 1927, entsprechend dem allgemeinen Verkehrsrückgang, eine Abnahme der Einnahmen um etwa 5 vH eingetreten. Bei dem Telegrammverkehr ist der Einnahmeausfall gegenüber dem 4. Vierteljahr 1927 beträchtlich höher, im Fernsprechverkehr dagegen erheblich geringer. Gegenüber Januar und Februar 1927 sind die Gesamteinnahmen infolge der Verkehrssteigerung und der Erhöhung der Gebühren um etwa 1/5 gestiegen.

PREISE UND LÖHNE

Großhandelspreise Mitte Mai 1928.

Die Aufwärtsbewegung der Gesamtindexziffer der Großhandelspreise hat sich auch im Mai fortgesetzt. Die Indexziffer erreichte am 23. Mai einen Stand von 141,6, der seit Ende 1925 nicht mehr verzeichnet wurde. Diese Steigerung des Preisniveaus ist in der Hauptsache durch die über das saisonübliche Maß hinausgehende Erhöhung der Viehpreise, insbesondere der Schweinepreise, bedingt. Daneben hat sich auch die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren vor allem infolge der Preiserhöhungen für Steinkohle, Halbzeug und Walzwerkerzeugnisse erhöht. Unter den industriellen Fertigwaren hat die Indexziffer für Konsumgüter weiter angezogen, während diejenige für Produktionsmittel keine Veränderung aufwies.

Auf dem inländischen Getreidemarkt hat sich in Übereinstimmung mit dem Weltmarkt die Abwärtsbewegung der Weizenpreise fortgesetzt, deren Berliner Notierung von 270,50 RM je t am 1. Mai auf 263,50 RM am 15. Mai zurückging. Im Gegen-

Getreidepreise in deutschen Wirtschaftsgebieten und im Reichsdurchschnitt für 1 000 kg in RM.

Ware	Ost-	Mittel-	West-	Süd-, Südwest-	Reichsdurchschnitt		
					Deutschland		
					April 1928		
					1913	März 1928	April 1928
Roggen	280,2	276,4	275,2	282,7	165,4	260,5	278,6
Weizen	266,3	261,9	263,5	275,0	195,8	255,8	266,7
Gerste, Sommer . .	272,9	291,3		304,2	172,2	282,9	289,5
Hafer	261,0	265,5	282,3	261,4	164,6	250,3	267,6

satz hierzu sind die Roggenpreise, die von dem Ende April eingetretenen Rückschlag auf den Getreidemarkt bereits verhältnismäßig wenig betroffen waren, in der ersten Monathälfte Mai wieder von 284 auf 286,50 RM je t gestiegen. Die Preisbewegung trifft jedoch nur für gute Inlandware zu, während ausländischer Roggen bei zurückhaltender Nachfrage in Deutschland reichlich angeboten ist. Für die östlichen Stationen des Börsengebiets liegen die Preise über Notiz. Diese in Jahren

auf. Der seit September 1926 unveränderte Aluminiumpreis von 210 $\mathcal{M}$ für 100 kg wurde am 22. Mai auf 190 $\mathcal{M}$ ermäßigt. Auf den Textilmärkten hielt die schwache Preistendenz für Baumwolle, Wolle, Flachs und Jute an, denen im allgemeinen auch die Preise für die Halbfabrikate gefolgt sind. Ebenso haben auch die Preise für Häute und Felle weiter nachgegeben; dem Rückgang haben sich nunmehr auch die Lederpreise angeschlossen. Auf dem Baustoffmarkt waren in Süddeutschland Preiserhöhungen, auf dem Berliner Markt dagegen vereinzelte Preisrückgänge für Mauersteine zu verzeichnen.

Indexziffern der Preise für künstliche Düngemittel (1913 = 100).

Zeit	Stickstoff	Phosphor	Kali	Künstliche Düngemittel insgesamt
Februar 1928	69,6	96,4	115,6	82,4
März	69,6	97,0	115,6	82,5
April	69,6	97,0	115,6	82,5
Mai	69,6	97,0	112,5	82,0

Großhandelspreise an ausländischen Märkten.

Auf den Weltrohstoffmärkten hat sich die feste Tendenz innerhalb einzelner gewerblicher Rohstoffgruppen, namentlich der Metalle, behauptet, während am Lebensmittelmarkt pflanzliche Produkte überwiegend nachgebende Haltung zeigten.

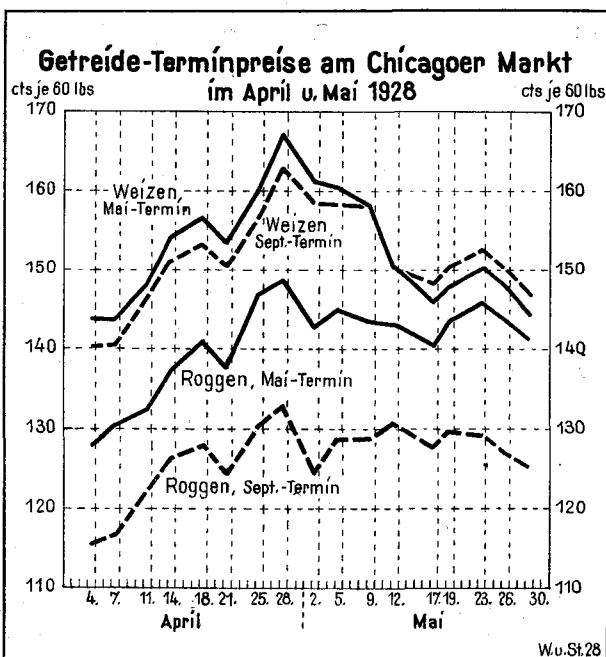
Auf dem Weltgetreidemarkt ist im Anschluß an die Hausse der Brotgetreidepreise in der zweiten Aprilhälfte ein leichter Rückschlag eingetreten, der, abgesehen von günstigerer Beurteilung der Versorgungsaussichten, durch umfangreiche Ausfuhr kanadischen Getreides nach Eröffnung der Schifffahrt auf den großen Seen bedingt war. In Nordamerika gaben die Notierungen für Maiweizen am Chicagoer Markt von 153 cts auf 151,63 cts je bu und am Markt von Winnipeg von 150,66 auf 149,75 cts je bu nach. Demgegenüber zeigten die Septemberterminpreise für Weizen in Chicago eine ausgesprochen feste Tendenz, so daß an Stelle des bisher geringen Depots in der zweiten Maihälfte sogar ein Report von rund 2 cts je bu gegenüber dem Maitermin gebucht wurde. In dieser relativen Festigkeit wird offenbar der Einfluß der Preisstützungspolitik in den Vereinigten Staaten, wo mit der Annahme des Farmer-Stützungsgesetzes (McHaugan-Bill) die Errichtung eines Kreditfonds in Höhe von 400 Mill. \$ vorgesehen ist, eskomptiert. Die Weizennotierung in Buenos Aires konnte sich bei verhältnismäßig geringer Vorratshaltung nach vorübergehendem Rückgang Mitte Mai wieder auf 12,05 pesos je dz (gegen 11,79 pesos im Durchschnitt April) festigen. Die schwankende Haltung der überseeischen Getreidemärkte wirkte sich auch innerhalb der Bedarfsländer in einer gewissen Geschäftsunlust bei nachlassendem Umsatz, namentlich am Liverpooler Markt, aus. Daneben wirkte hier auch die nach dem Umschlag der Witterung einsetzende Besserung der Versorgungsaussichten trotz der Wachstumsverzögerung abschwächend auf die Preise ein. So gab die Weizennotierung in Liverpool von 10,70 s im Durchschnitt April bis Mitte Mai auf 10,61 s je 100 lbs nach. Am Roggenmarkt nahm die Steigerung der Preise angesichts der ungünstigen Ernteaussichten in den überseeischen Ländern ihren Fortgang. Die Mainotiz am Chicagoer Markt festigte sich von

Großhandelsindexziffern.

Die Angaben sind untereinander nur in ihrer Bewegung vergleichbar.

Länder	Basis (= 100)	1928			
		Jan.	Febr.	März	April
Deutschland Stat. Reichs-Amt ¹⁾	1913	139	138	139	140
Belgien Min. d. l'ind. et du trav. ²⁾	15. 4. 1914	851	848	851	.
Dänemark Stat. Departement ³⁾	1913	153	152	153	.
..... Finanstidende ⁴⁾	Juli 1912–Juni 1914	145	144	146	148
Estland Bur. Centr. de Stat. ^{10) 13)}	1913	119	121	121	.
Finnland Stat. Centr. Byran ¹¹⁾	1913	144	143	144	.
Frankreich Stat. gén. de la France ⁶⁾	1913 *	608	610	623	623
Großbritannien Board of Trade ¹⁾	1913	141	140	141	143
..... Economist ⁴⁾	1913 *	144	146	147	150
..... Statist ⁴⁾	1913 *	142	143	145	148
..... Times ⁴⁾	1913	142	142	144	146
Italien Cam. di Com. e Ind., Mailand ⁴⁾	1913	490	489	491	493
..... Bachi-(Geom. Mittel) ¹⁾	1913	463	461	464	.
Litauen Stat. Centr. Bur.	1913	134	134	133	.
Niederlande Centr. Bur. v. d. Stat. ¹⁾	1913	153	150	152	153
Norwegen Stat. Centralbyrå ³⁾	1913	164	163	164	.
..... Oekonomisk Revue ⁴⁾	Januar–Juni 1914	157	157	157	156
Österreich Bundes-Amt f. Stat. ²⁾	Januar–Juni 1914	129	128	129	131
Polen Stat. Amt ⁴⁾	Januar 1914	205	.	.	.
Rußland Stat. Zentralamt ^{5) 10)}	1913	171	171	.	.
Schweden Kommerskollegium ¹⁾	1913	148	147	149	.
..... Svensk Handelstidning ²⁾	1913	142	142	145	147
Schweiz Eidgen. Arb.-Amt ⁴⁾	Juli 1914	145	144	145	146
Spanien Inst. Geogr. y Estadística ³⁾	1913	166	166	.	.
Tschechoslowakei Stat. Staatsamt ²⁾	Juli 1914	985	978	.	.
Ungarn Stat. Zentralamt ^{4) 10)}	1913	135	134	135	136
Ägypten Dep. of Stat., Cairo	1.1.12–30.6.14	113	114	.	.
Australien Bur. of Cens. and Stat. ⁴⁾	1913 *	174	.	.	.
Britisch-Indien Labour Office ⁶⁾	Juli 1914	141	142	140	.
China Treasury Dep. Bur. of Markets ^{4) 9)}	1913	163	164	163	163
Japan Bank v. Japan ¹⁾	1913 *	169	169	.	.
Kanada Dom. Bur. of Statistics	1913	151	151	153	.
Peru Dir. de Estadística	1913	199	195	.	.
Ver. Staat. v. A. Bureau of Labor ¹⁾	1926	96	96	96	97
..... Bradstreet's ⁴⁾	1913	147	145	146	146
..... Dun's ⁴⁾	1913	159	160	162	165
..... Fisher ⁴⁾	1913	144	146	148	150

* Von der anders lautenden Originalbasis auf 1913 umgerechnet. — ¹⁾ Monatsdurchschnitt. — ²⁾ Monatsmitte. — ³⁾ 2. Hälfte des Monats. — ⁴⁾ Monatsende. — ⁵⁾ Die auf Monatsanfang berechnete Ziffer ist hier zur besseren Vergleichbarkeit jeweils als Ziffer des Vormonats eingesetzt. — ⁶⁾ Bis Ende 1927 Dr. Lorenz. — ⁷⁾ Melbourne. — ⁸⁾ Bombay. — ⁹⁾ Shanghai. — ¹⁰⁾ In Gold. — ¹¹⁾ Ab Januar 1927 in Gold. ¹²⁾ Berichtigt. — ¹³⁾ Ab Jan. 1928 neue Reihe.



128,22 cts auf 133 cts je bu und am Markt von Winnipeg von 130,72 auf 134 cts je bu Mitte Mai. Am Futtermittelmarkt war die Preisbewegung nicht einheitlich. Hier gab kanadische Gerste von 93,89 cts im April auf 90,75 cts je bu Mitte Mai nach, während die Haferpreise in Chicago und Winnipeg sich weiter auf 63,63 cts je 32 lbs und 73,25 cts je 34 lbs festigten. Infolge gesteigerter Ansprüche der Zuschußländer erfuhr die Maisnotierung in Buenos Aires eine erneute Festigung von 7,67 pesos im April auf 7,90 pesos je dz Mitte Mai.

Innerhalb der Kolonialwaren nahm die seit Anfang des Jahres anhaltende Aufwärtsbewegung der brasilianischen Kaffeepreise, der sich auch die mittelamerikanischen Märkte anschlossen, ihren Fortgang. Unter dem Einfluß der Kreditstützungspolitik des Kaffeeministries sind trotz des für den Beginn des neuen Erntejahres erwarteten erheblichen Saldos von schätzungsweise 12,6 Mill. Sack und weiterer Ausdehnung der Kaffeepflanzungen die Preise für Santoskaffee am Londoner Markt von 105 s 6 d auf 109 s je cwt Mitte Mai gestiegen. An der New Yorker Kakaobörse festigte sich die Notiz für Accrakakao von 14,13 cts auf 15,25 cts je lb. Die Notiz für Ceylontee stellte sich Mitte Mai auf 1 s 2½ d je cwt gegenüber 1 s 2½ d im Durchschnitt April.

In England ist mit Inkrafttreten des Stabilisierungsplanes in Südwesten seit dem 1. Mai eine merkliche Besserung des Aus-

fuhrgeschäfts für Kohle eingetreten. So festigte sich der Preis für beste Admiralitätskohle Cardiff von 19 s 4 $\frac{1}{8}$ d im April-durchschnitt auf 19 s 9 d je lt Mitte Mai, während der Preis für Förderkohle Northumberland unscreened sich mit 12 s je lt gegenüber dem Vormonat nicht veränderte. Verhältnismäßig ruhig war der Absatz am französischen Industriekohlenmarkt, wo sich unter dem Druck der belgischen und saarländischen Konkurrenz und unter dem Einfluß der hohen Frachtraten das Exportgeschäft, besonders nach der Schweiz und Italien, schwierig gestaltete. Dagegen nahm in Belgien der Kohlenmarkt bei steigendem Inlandsbedarf einen bemerkenswerten Aufschwung, der zum Teil auch in einer Erhöhung der Preise für Hausbrand um durchschnittlich 5 Fr. und für Industriekohle (halbfette und halbgewaschene sowie Staubkohle) um 3 Fr. zum Ausdruck kommt. Auf dem amerikanischen Kohlenmarkt hat sich das Absatzgeschäft infolge der anhaltenden Unsicherheit in der Frage der Lohnregelung nicht belebt.

Auf dem Eisen- und Stahlmarkt haben sich bei anhaltend steigender Produktion und lebhaftem Bedarf die Absatzverhältnisse an den ausländischen Märkten günstig entwickelt. Namentlich in Frankreich setzte nach vorübergehender Abschwächung des Marktes während der Wahlkampagne ein reges Inlands- und Auslandsgeschäft ein. In Belgien hat die lebhafteste Geschäftskonjunktur an der Eisenbörse von Charleroi unverändert angehalten und zu einer merklichen Erhöhung der Walzwarenpreise geführt. So wurde der Preis für Stabeisen von 930 Fr. im April auf 975 Fr. je t Mitte Mai und für Träger in der gleichen Zeit von 885 Fr. auf 900 Fr. je t erhöht. Auch in England erfuhr im Anschluß an die Erhöhung der kontinentalen Preise das Ausfuhrgeschäft in Walzwaren einen lebhaften Aufschwung. Die Preise für Walzwaren behaupteten sich hier ebenso wie in Frankreich auf dem Stande des Vormonats. Dagegen machte sich im Roheisen-geschäft infolge schwachen Inlandsbedarfs eine gewisse Geschäftsunlust bemerkbar, die auch in weiteren Preiskonkzessionen ihren Ausdruck fand. So wurde Clevelandeisen bei Berücksichtigung der Sondernachlässe teilweise mit 62 s 6 d gehandelt, während die offizielle Notierung sich auf 66 s je lt wie im Vormonat stellte. Auch in den Vereinigten Staaten hat die lebhafteste Entwicklung der verarbeitenden Industrie, insbesondere der steigende Bedarf in der Automobilherzeugung und im Baugewerbe, eine starke Anregung auf den Walzwarenmarkt ausgeübt. Immerhin macht sich gegenwärtig noch eine gewisse Geschäftsunsicherheit bemerkbar, die vor allem auf das Fehlen langfristiger Aufträge zurückzuführen ist. Die Preise zeigten daher Anfang Mai noch eine gewisse Abwärtsneigung.

Am Weltzuckermarkt gewannen unter dem Einfluß der absatzpolitischen Unsicherheit die rückläufigen Tendenzen in der Preisbewegung die Oberhand. Innerhalb des europäischen Rübenzuckergebiets haben sich mit der Ermäßigung des englischen Zuckerzolls die Wettbewerbsaussichten für die kontinentalen Ausfuhrländer weiter verschlechtert, da der tschechische Export, vom englischen Markt zurückgedrängt, sich auf anderen europäischen Märkten Eingang zu verschaffen sucht. So gab der New Yorker Terminpreis von 2,67 \$ im April auf 2,57 \$ je

100 lbs Mitte Mai nach. Auch die Notiz für britisch-westindischen Zucker ermäßigte sich von 28 s 3 $\frac{3}{4}$ d im April auf 26 s 9 d je cwt Mitte Mai.

Auf dem Markt der Textilrohstoffe haben die Baumwollpreise, die unter dem Eindruck anhaltend ungünstiger Saatenstandsverhältnisse Anfang Mai bis auf 22,30 cts angezogen hatten, unter Schwankungen Mitte Mai wieder leicht nachgegeben. Auch der Preis für Sakellaridis-Baumwolle in Alexandria erfuhr gegenüber dem Vormonat eine leichte Abschwächung auf 41,25 Tallaris je Kantar. Auf dem Wollmarkt war die Preislage bei starker Bedarfsentfaltung der verarbeitenden Industrie, insbesondere in Europa, allgemein gefestigt. Die Notiz für Merinowolle am Londoner Markt stellte sich im April auf 23 d je lb. Auf dem Seidenmarkt erwiesen sich die Preise unter dem Einfluß einer wirksamen Kreditstützungspolitik in Japan als durchweg widerstandsfähig. So konnten den japanischen Produzenten in Zeiten der Absatzstockung von seiten einer durch die Regierung ins Leben gerufenen Kreditorganisation Vorschüsse in Höhe von 1350 Yen pro Ballen gegen Einlagerung der Rohware gewährt werden. Die Notierung für Japanseide in London festigte sich dementsprechend bis auf 22 s 6 d je lb Mitte Mai. Auch die Jutepreise erfuhren am Londoner Markt bei anhaltend regem Absatzgeschäft eine weitere Festigung von 33 £ 0 s 7 $\frac{1}{2}$ d im April auf 34 £ 10 s je lt Mitte Mai. Die Notierung für lettischen Flachs in London behauptete sich mit 103 £ je lt auf der Höhe des Vormonats.

Am Metallmarkt hat die Besserung der Absatzkonjunktur, angeregt durch spekulative Beteiligung des amerikanischen Marktes, im Mai weiter angehalten. Die Kupferexportvereinigung setzte nach wiederholten Erhöhungen den Kartellpreis mit Wirkung vom 18. Mai auf 14,75 cts je lb fest. Dieser starken Heraussetzung sind auch Notierungen des freien Kupfermarktes inzwischen gefolgt. So notierte Mitte Mai Elektrolytkupfer in New York mit 14,50 cts je lb, in London mit 67 £ 5 s je lt um 10 s höher als im April. Auch die Londoner Standard-Kupfernotiz war gegenüber dem Vormonat mit 62 £ 11 s 3 d je lt leicht gefestigt. Auch innerhalb der übrigen Nichteisenmetalle behauptete sich im allgemeinen die feste Tendenz. Auf dem Zinkmarkt wurde diese insbesondere durch das Zustandekommen des europäischen Zinkkartells begünstigt, das ab 1. Mai zunächst für die Dauer von 6 Monaten mit dem Ziel der Produktionsregelung ins Leben gerufen wurde und das etwa 95 vH der gesamten europäischen Produktion umfaßt. So hat sich Mitte Mai der Zinkpreis am Londoner Markt auf 26 £ 1 s 3 d gegenüber 25 £ 6 s 4 $\frac{7}{8}$ d je lt im Aprildurchschnitt gehoben. Auch die Notierung für Blei erfuhr gegenüber dem Vormonat eine weitere Steigerung um 3 s 1 $\frac{1}{2}$ d auf 21 £ 15 s je lt. Dagegen schwächte sich die Notierung für Zinn, die im Aprildurchschnitt auf 234 £ 18 s 9 d je lt gestiegen war, Mitte Mai wieder auf 234 £ 10 s je lt ab. Für die Gestaltung der Aluminiumversorgung war es von Bedeutung, daß von seiten des europäischen Syndikats der seit 1 $\frac{3}{4}$ Jahren stabile Preis für Rohaluminium erstmalig um 10 £ je t ermäßigt wurde, wodurch die zwischen dem amerikanischen und europäischen Markt bestehende Preisspanne sich erneut erweiterte.

Tariflöhne und Arbeitsmarkt im Mai 1928.

Vom 1. April bis 1. Mai 1928 sind die tarifmäßigen Stundenlöhne im gewogenen Durchschnitt für die erfaßten 12 Gewerbe um 2,7 vH auf 105,9 *Rpf* für Gelernte und um 2,5 vH auf 77,4 *Rpf* für Ungelernte gestiegen, darunter in den Produktionsmittelindustrien einschließlich Buchdruckgewerbe um 2,9 vH auf 110,3 *Rpf* für Gelernte und 79,3 *Rpf* für Ungelernte und in den Verbrauchsgüterindustrien um 0,1 vH auf 73,6 *Rpf* für Gelernte. Die tarifmäßigen Wochenlöhne bei regelmäßiger Arbeitszeit haben sich in der Berichtszeit durchschnittlich um 2,6 vH auf 51,29 *RM* für Gelernte und 38,74 *RM* für Ungelernte erhöht, darunter in den Produktionsmittelindustrien auf 53,36 oder 39,81 *RM* und in den Verbrauchsgüterindustrien auf 35,32 oder 29,67 *RM*.

Als Ergebnis der im wesentlichen abgeschlossenen Lohnbewegung vom Frühjahr 1928 ergibt sich für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Mai 1928 eine durchschnittliche Steigerung der tarifmäßigen Stundenlöhne um 4,9 vH für Gelernte und um 5 vH für Ungelernte, darunter in den Produktions-

mittelindustrien um 4,8 oder 5,2 vH, in den Verbrauchsgüterindustrien um 2,8 oder 2,5 vH und im Verkehrsgewerbe (Reichsbahn) um 5,6 oder 5,3 vH. Die Entwicklung der durchschnittlichen Tariflohnsätze seit Januar 1925 in dem derzeitigen Umfang der Berichterstattung zeigt die Übersicht auf S. 375.

Im Steinkohlenbergbau sind die tarifmäßigen Schichtlöhne im Durchschnitt für die 5 wichtigsten Gebiete vom 1. Februar bis 1. Mai 1928 für Gedingehauer um 6,7 vH auf 9,66 *RM* und für erwachsene männliche Übertagearbeiter (ausschließlich Handwerker) um 6,6 vH auf 6,83 *RM* gestiegen, darunter ab 1. Mai im Ruhrgebiet um 7,3 oder 7,6 vH und in Sachsen um 6,8 oder 7,3 vH. Die neuen Sätze ergeben gegenüber der Vorkriegszeit (1913) eine durchschnittliche Lohnsteigerung für Gedingehauer um 48,4 vH und für erwachsene männliche Übertagearbeiter (ausschließlich Handwerker) um 72,9 vH.

Nach der laufenden Verdienstatistik stellte sich der tatsächliche Schichtverdienst im Februar 1928 im Durchschnitt für die gleichen 5 Gebiete für Gedingehauer auf 9,37 *RM* oder 3,5 vH über den damaligen Tarifsatz und für erwachsene männliche

Arbeitskräfte um 22 vH auf 785 387 und für weibliche um 12,6 vH auf 183 772. Die absolute Zahl der Hauptunterstützungsempfänger war am 15. Mai 1927 um rund 184 000 größer als im laufenden Jahre.

In der Arbeitslosenversicherung allein hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger vom 15. April bis 15. Mai 1928 um 24 vH auf 642 180 ermäßigt, darunter für männliche Arbeitskräfte um 28,5 vH auf 495 654, für weibliche aber nur um 3,1 vH auf 146 526. In der gleichen Vorjahrszeit betrug der Rückgang insgesamt 24,4 vH, darunter für männliche Arbeitskräfte 26,1 vH und für weibliche 16,3 vH.

Stichtag	Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung			Änderung gegen den Vortermin in vH		
	männlich	weiblich	insgesamt	männl.	weibl.	insges.
31. März 1928	850 420	160 343	1 010 763	- 17,2	- 7,6	- 15,8
15. April "	693 649	151 241	844 890	- 18,4	- 5,7	- 16,4
30. " "	580 383	148 946	729 329	- 16,3	- 1,5	- 13,7
15. Mai "	495 654	146 526	642 180	- 14,6	- 1,6	- 11,9

In der Krisenunterstützung betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. Mai 1928 142 948, d. h. 21,6 vH weniger als im Vormonat und 36,8 vH weniger als im Vorjahr. Beim Vergleich mit dem Vorjahr ist die gesetzliche Beschränkung der Krisenunterstützung auf die Gewerbe mit besonders gespannter Arbeitsmarktlage zu beachten.

Stichtag	Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung			Änderung gegen den Vortermin in vH		
	männlich	weiblich	insgesamt	männl.	weibl.	insges.
31. März 1928	165 271	32 372	197 643	- 7,3	- 5,0	- 6,9
15. April "	152 544	29 849	182 393	- 7,7	- 7,8	- 7,7
30. " "	135 565	26 838	162 403	- 11,1	- 10,1	- 11,0
15. Mai "	118 996	23 952	142 948	- 12,2	- 10,8	- 12,0

Die Zahl der Notstandsarbeiter ist vom 15. April bis 15. Mai weiter um 4,7 vH auf 91 873 gestiegen, während zur gleichen Vorjahrszeit ein Rückgang um 5,9 vH auf 166 441 eingetreten war.

Stichtag	Zahl der Notstandsarbeiter			Änderung gegen den Vortermin in vH		
	aus der Arbeitslosenversicherung	Krisenunterstützung	insgesamt	Arbeitslosenversicherung	Krisenunterstützung	insgesamt
31. März 1928	66 130	19 855	85 985	+ 22,9	+ 16,7	+ 21,4
15. April "	67 349	20 383	87 732	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,0
30. " "	69 549	20 736	90 285	+ 3,3	+ 1,7	+ 2,9
15. Mai "	70 358	21 515	91 873	+ 1,2	+ 3,8	+ 1,8

Nach der Statistik der Arbeitsnachweise ist die Zahl der Arbeitsuchenden von Ende März bis Ende April 1928 um 17,2 vH auf 1 385 317 gesunken, darunter in der Landwirtschaft um 45,1 vH auf 31 127, im Baugewerbe um 51,4 vH auf 90 474, während im Bekleidungsgewerbe eine leichte Steigerung um 1,6 vH auf 63 592 vorliegt. Nach Abzug der Notstandsarbeiter und eines Betrages von schätzungsweise 20 vH für Doppelzählungen und Personen in gekündigter oder ungekündigter Stellung, die den Arbeitsnachweis in Anspruch nahmen, ergibt diese Statistik Ende April 1,04 Mill. Vollarbeitslose gegen 1,26 Mill. Ende März 1928 und 1,18 Mill. Ende April 1927.

Die Statistik der Gewerkschaften, die bis auf die Landwirtschaft alle wichtigeren Gewerbe umfaßt, ergibt von Ende März bis Ende April 1928 einen Rückgang der Vollarbeitslosigkeit von 9,2 vH auf 6,9 vH und eine Zunahme der Kurzarbeit von 3,7 auf 4,2 vH. Die absolute Zahl der Kurzarbeiter ist um 16 vH auf 180 712 gestiegen, darunter in der Gruppe mit einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 17 bis 24 Stunden um 18,7 vH und

in der Gruppe mit der geringsten Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 1 bis 8 Stunden um 17,6 vH. Bei Mitberücksichtigung der Dauer der Arbeitskürzung ergibt die Umrechnung der Kurzarbeiter auf Vollarbeitslose nur eine verhältnismäßig kleine Steigerung von 0,8 auf 0,9 vH.

In den Produktionsmittelindustrien einschließlich Buchdruckgewerbe liegt in der Berichtszeit (Ende März bis Ende April 1928) ein Rückgang der Vollarbeitslosigkeit von 11,5 auf 7,7 vH und eine verhältnismäßig kleine Steigerung der Kurzarbeit von 2,2 auf 2,5 vH vor. An dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ist hauptsächlich das Baugewerbe beteiligt, wo der Anteil der Vollarbeitslosen von 28,2 auf 14,2 vH gesunken ist, ferner das mit dem Baugewerbe eng zusammenarbeitende Holzgewerbe (Rückgang von 11,1 auf 10,7 vH) und die Metallindustrie (Rückgang von 5,1 auf 4,9 vH). Die Kurzarbeit hat hauptsächlich in der Metallindustrie von 4,1 auf 5,2 vH zugenommen. In der ledererzeugenden Industrie ist sie mit 16,9 vH gegen 17,5 vH im Vormonat immer noch sehr groß.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nach der Statistik der Gewerkschaften am 30. April 1928.

Gewerbegruppen ¹⁾	Erfaßte Mitglieder in 1 000	Vollarbeitslose in 1 000	vH	Kurzarbeiter		Vollberechnete auf Vollarbeitslose vH	Vollbeschäftigte ²⁾ vH
				überhaupt in 1 000	vH		
Produktionsmittelindustrien							
Bergbau ³⁾	167,6	2,6	1,6	8,7	5,2	0,6	97,8
Metallindustrie ⁴⁾	946,9	46,6	4,9	26,0	2,7	0,4	94,7
Chemische Industrie ⁵⁾	108,1	5,3	4,9	2,3	2,2	0,3	94,8
Baugewerbe ⁶⁾	620,4	88,3	14,2	0,2	0,0	0,0	85,8
Holzgewerbe ⁷⁾	304,7	32,5	10,7	13,7	4,5	0,9	88,4
Papierzeug. Industrie ⁸⁾	60,8	1,7	2,7	0,7	1,1	0,3	97,0
Buchdruckgewerbe ⁹⁾	143,5	4,9	3,4	0,7	0,5	0,1	96,5
Lederzeug. Industrie ¹⁰⁾	43,2	3,5	8,0	7,3	16,9	3,5	88,5
Zusammen:							
am 30. April 1928	2 394,9	185,4	7,7	59,6	2,5	0,4	91,9
• 31. März 1928	2 349,4	270,6	11,5	51,8	2,2	0,4	88,1
• 30. April 1927	2 099,6	225,2	10,7	76,0	3,6	0,7	88,6
Verbrauchsgüterindustrien							
Textilindustrie ¹¹⁾	385,7	20,9	5,4	55,1	14,3	3,3	91,3
Bekleidungsgewerbe ¹²⁾	91,8	9,5	10,3	9,0	9,7	2,2	87,5
Lederverarb. Industrie ¹³⁾	106,6	13,0	12,2	28,8	27,0	6,5	81,3
Darunter: Schuhindustrie	77,6	8,7	11,2	26,4	34,0	8,0	80,8
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie ¹⁴⁾	280,1	20,0	7,2	9,2	3,3	0,8	92,0
Darunter: Tabakind.	92,0	7,0	7,6	5,5	6,0	1,4	91,0
Buchbindergewerbe ¹⁵⁾	56,2	3,7	6,6	5,8	10,2	2,6	90,8
Keramische Industrie ¹⁶⁾	197,2	11,4	5,8	3,3	1,7	0,5	93,7
Darunter: Glasindustrie	53,4	4,5	8,5	1,8	3,3	0,9	90,6
Porzellanind.	51,8	2,0	4,0	1,3	2,5	0,8	95,2
Zusammen:							
am 30. April 1928	1 117,6	78,5	7,0	111,2	9,9	2,3	90,7
• 31. März 1928	1 101,2	78,9	7,2	95,4	8,7	2,0	90,8
• 30. April 1927	957,7	69,9	7,3	46,1	4,8	1,2	91,5
Verkehrsgewerbe ¹⁷⁾							
am 30. April 1928	331,6	16,7	5,0	5,2	1,6	0,5	94,5
• 31. März 1928	330,5	17,0	5,1	4,5	1,4	0,4	94,5
• 30. April 1927	272,7	20,6	7,6	11,5	4,2	1,2	91,2
Sonstige Gewerbe ¹⁸⁾							
am 30. April 1928	414,1	14,5	3,5	4,7	1,1	0,3	96,2
• 31. März 1928	381,6	16,7	4,4	4,1	1,1	0,2	95,4
• 30. April 1927	337,0	11,1	3,3	2,7	0,8	0,2	96,5
Insgesamt							
am 30. April 1928	4 258,2	295,1	6,9	180,7	4,2	0,9	92,2
• 31. März 1928	4 162,7	383,2	9,2	155,8	3,7	0,8	90,0
• 30. April 1927	3 667,0	326,8	8,9	136,3	3,7	0,8	90,3

¹⁾ Die für die Gewerbegruppen in Betracht kommenden Verbände der freien (= G), der christlichen (= Ch) und der Hirsch-Dunckerschen (= H.D.) Gewerkschaften sind zusammengefaßt worden. — ²⁾ Einschl. der auf Vollbeschäftigte umgerechneten Kurzarbeiter. — ³⁾ Bergarbeiter (G). — ⁴⁾ Kupfer-schmiede (G), Metallarbeiter (G und H. D.). — ⁵⁾ Fabrikarbeiter (G): Gruppe Chemik. — ⁶⁾ Baugewerksbund (G), Bauarbeiter (Ch), Zimmerer (G und H. D.), Maler und Lackierer (G), Dachdecker (G). — ⁷⁾ Holzarbeiter (G und H. D.). — ⁸⁾ Fabrikarbeiter (G): Gruppe Papiererzeugung. — ⁹⁾ Buchdrucker (G), Graphische Hilfsarbeiter (G), Lithographen (G), Graphischer Zentralverband (Ch), Gutenbergbund (Ch). — ¹⁰⁾ Lederarbeiter (G und Ch). — ¹¹⁾ Textilarbeiter (G, Ch und H. D.). — ¹²⁾ Bekleidungsarbeiter (G), Hutarbeiter (G). — ¹³⁾ Sattler, Tapezierer, Portefeullier (G), Schuhmacher (G). — ¹⁴⁾ Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (G), Fabrikarbeiter (G): Gruppe Nahrungsmittel, Tabakarbeiter (G und Ch). — ¹⁵⁾ Buchbinder (G). — ¹⁶⁾ Keramischer Bund (Gruppe: Porzellan, Glas und Grobkeramik) des Fabrikarbeiterverbandes (G). — ¹⁷⁾ Verkehrsarbeiter (G). — ¹⁸⁾ Gärtner (G), Steinarbeiter (G), Friseurgehilfen (G), Maschinisten und Heizer (G), Fabrik- und Transportarbeiter (Ch), Gemeinde- und Staatsarbeiter (G), Rest des Fabrikarbeiterverbandes (G).

In den Verbrauchsgüterindustrien ist in der Berichtszeit die Vollarbeitslosigkeit nur leicht von 7,2 auf 7 vH gesunken, die Kurzarbeit dagegen von 8,7 auf 9,9 vH gestiegen. Eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades zeigt besonders die lederverarbeitende Industrie, in der die Vollarbeitslosigkeit von 11,1 auf 12,2 vH (darunter in der Schuhindustrie von 10 auf 11,2 vH) und die Kurzarbeit von 25 auf 27 vH (darunter in der Schuhindustrie von 31 auf 34 vH) gestiegen ist. Auch die Textilindustrie

weist mit einer Steigerung der Vollarbeitslosigkeit von 4,3 auf 5,4 vH und der Kurzarbeit von 10,9 auf 14,3 vH eine verringerte Beschäftigung auf. Eine leichte Besserung ergibt im Gegensatz zu den Feststellungen der Arbeitsnachweise das Bekleidungs-gewerbe (Rückgang der Vollarbeitslosigkeit von 10,8 auf 10,3 vH und der Kurzarbeit von 9,9 auf 9,7 vH). Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hat sich der Beschäftigungsgrad bis auf einen leichten Rückgang der Vollarbeitslosigkeit von 7,4 auf 7,2 vH nicht geändert.

GELD - UND FINANZWESSEN

Die Reichsfinanzen*).

Die Steuereinnahmen des Reichs im April 1928. Der erste Monat des Rechnungsjahres 1928 erbrachte an Steuern, Zöllen und Abgaben insgesamt 884,2 Mill. *RM*. Die starke Steigerung (um 350,9 Mill. *RM* oder 65,8 vH) gegenüber dem Vormonat geht in erster Linie darauf zurück, daß in den April ein Zahlungstermin der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer fiel, so daß ein Vergleich mit dem Märzauflommen nicht ohne weiteres möglich ist.

Gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorvierteljahrs, Januar, wo ebenfalls Vierteljahrszahlungen auf diese Steuern geleistet wurden, hat der April ein nicht unbeträchtliches Minderaufkommen aufzuweisen, das bei der veranlagten Einkommensteuer 23,0 Mill. *RM* oder 11,1 vH, bei der Körperschaftsteuer 1,9 Mill. *RM* oder 2,1 vH und bei der Umsatzsteuer 22,2 Mill. *RM* oder 11,1 vH beträgt. Es ist dies bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf die im Januar geleisteten Abschlußzahlungen, bei der Umsatzsteuer auf das sich in diesem Monat noch auswirkende Weihnachtsgeschäft zurückzuführen.

Bei den übrigen Besitz- und Verkehrsteuern erhöhte sich das Erträgnis des Steuerabzugs vom Kapitalertrage von 11,6 Mill. *RM* im Vormonat auf 31,4 Mill. *RM* im April, was mit dem Fälligkeitstermin der Zinsen am 1. April in Zusammenhang steht. Die Steigerung der Lohnsteuer von 100,1 Mill. *RM* auf 111,9 Mill. *RM* ist in der Hauptsache durch das starke Zurückgehen der Steuerrückerstattungen verursacht (von 17,2 Mill. *RM* im März auf 9,0 Mill. *RM* im April). Die Mehrerträge der Kraftfahrzeug- und der Beförderungsteuer dürften auf jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen sein. Einen größeren Rückgang wies die Vermögensteuer auf (von 19,8 Mill. *RM* auf 8,4 Mill. *RM*). Er erklärt sich daraus, daß im März noch größere Zahlungen auf die im Februar fällig gewesene Vierteljahrsrate eingingen.

Die Zölle und Verbrauchsteuern sind in ihrer Gesamtheit von 243,3 Mill. *RM* im Vormonat auf 198,9 Mill. *RM* im April zurückgegangen, also um 44,4 Mill. *RM* oder 18,2 vH. Während die Zolleinnahmen gegenüber März um 9,4 Mill. *RM* zurückblieben, beträgt das Minderaufkommen der Tabaksteuer 21,3 Mill. *RM* oder 27,9 vH, da sich im Vormonat noch das Weihnachtsgeschäft ausgewirkt hatte. Beim Spiritusmonopol findet der Rück-

Einnahmen¹⁾ des Reichs aus Steuern, Zöllen und Abgaben.

Bezeichnung der Einnahmen	R.-J. 1927			R.-J. 1928
	Jan.	Febr.	März	April
	Mill. RM			
A. Besitz- u. Verkehrsteuern	727,8	389,1	290,0	685,3
1. Fortdauernde	726,7	388,5	288,6	683,4
Einkommensteuer aus Lohnabzügen ²⁾	130,1	99,4	100,1	111,9
Steuerabzug v. Kapitalerträge	18,2	4,6	11,6	31,4
Andere Einkommensteuer	206,9	65,5	43,8	183,9
Körperschaftsteuer	89,2	17,5	10,5	87,3
Vermögensteuer	11,9	93,0	19,8	8,4
Umsatzsteuer	199,9	39,1	24,6	177,7
Kapitalverkehrsteuer	11,6	9,1	12,4	10,5
Kraftfahrzeugsteuer	10,4	10,6	13,7	16,6
Beförderungsteuer	26,9	26,8	25,3	28,8
Übrige	21,6	22,9	26,7	25,9
2. Einmalige	1,1	0,6	1,4	1,9
B. Zölle u. Verbrauchsteuern	280,2	222,4	243,3	198,9
Zölle	146,4	85,3	91,3	81,9
Tabaksteuer	64,7	70,4	76,4	55,1
Biersteuer	26,4	27,5	27,5	27,9
Aus dem Spiritusmonopol ...	23,1	21,5	31,8	18,8
Zuckersteuer	15,3	11,9	11,4	11,1
Übrige	4,3	5,8	5,0	4,1
C. Sonstige Abgaben	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	1 008,1	611,6	533,3	884,2

Anm. Abweichungen in den Summen durch Aufrundung der Zahlen. — ¹⁾ Einschließlich der aus den Einnahmen den Ländern überwiesenen Anteile usw. und der an den Generalagenten für Reparationszahlungen und an den Kommissar für die verpfändeten Einnahmen abgelieferten Beträge. — ²⁾ Abzüglich der Steuerrückerstattungen (Januar: 11,7, Februar: 18,4, März: 17,2, April: 9,0 Mill. *RM*).

gang von 13 Mill. *RM* seine Erklärung zum Teil darin, daß im März der bilanzmäßige Überschuß aus dem Betriebsjahr 1926/27 zur Verrechnung gekommen war.

*.) Die Einnahmen und Ausgaben des Reichs im März 1928 mit Ausnahme der Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben liegen noch nicht vor.

Die Ausgabe von Wertpapieren und die Aufnahme von Auslandsanleihen im März und April 1928.

Im März wurden Wertpapiere im Betrage von 319 Mill. *RM* im Inlande ausgegeben. Der Rückgang der Emissionen gegenüber den Vormonaten erstreckte sich sowohl auf die Emissionen von Schuldverschreibungen als auch auf die Ausgabe von Aktien. Eine Zunahme ist dagegen bei den Anleihen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und bei den Emissionen der Bodenkreditinstitute zu verzeichnen; die Emissionen gemeinnütziger Unternehmungen zeigen gegenüber der durch die Ausgabe der Reichsbahnzertifikate überhöhten Februarziffer einen starken Rückgang. Die Zunahme der Emissionen von Schuldverschreibungen privater Unternehmungen ist durch die erste Einzahlung von 25 Mill. *RM* auf die Anleihe der I. G. Farbenindustrie bedingt. Die mit 6 vH verzinsliche Anleihe bietet eine Zusatzverzinsung von je $\frac{1}{2}$ vH für jedes 12 vH übersteigende Prozent der auf die Stammaktien zur Ausschüttung gelangenden Dividende und gewährt den Inhabern ein Umtauschrecht in Aktien.

Von Staatsanleihen sind die Anleihen des Freistaates Mecklenburg-Schwerin im Betrage von 15 Mill. *RM* und des Freistaates Braunschweig im Betrage von 10 Mill. *RM* zu nennen. Größere Kommunalanleihen wurden vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (25 Mill. *RM*), der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg (5 Mill. *RM*), der Stadt Königsberg (9 Mill. *RM*) und

den Städten Breslau und Stuttgart im Betrage von 6 bzw. 3 Mill. *RM* aufgelegt.

Auslandsanleihen wurden im Betrage von rund 180 Mill. *RM* aufgenommen. Die Zunahme gegenüber den Vormonaten ist auf die Steigerung der Emissionen privater Unternehmungen und die Zunahme des Absatzes von Pfandbriefen im Ausland zurückzuführen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A. G. nahm eine Anleihe von 15 Mill. \$ in den Vereinigten Staaten von Amerika auf, Teilbeträge wurden in Holland und anderen europäischen Ländern untergebracht. In den Vereinigten Staaten wurden ferner Anleihen der Schlesischen Landwirtschaftlichen Bank (6 Mill. \$), der Nassauischen Landesbank (3 Mill. \$), der Gas- und Elektrizitätswerke Recklinghausen (1,5 Mill. \$) und der Vestischen Kleinbahn-A. G. (1,75 Mill. \$) aufgelegt. Die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G., Frankfurt a. M., nahm eine Anleihe von 0,75 Mill. £ in England auf. In Holland wurden Pfandbriefe mehrerer Hypothekenbanken im Gesamtbetrage von 35 Mill. *RM*, eine Anleihe der Landesbank der Provinz Schleswig-Holstein (4,5 Mill. hfl) und 5 kleinere Kirchenanleihen untergebracht. Ferner wurden Schuldscheinzertifikate der Stadt Karlsruhe im Betrage von 2 Mill. *RM* in Holland aufgelegt.

Im April sind die inländischen Emissionen infolge umfangreicher Aktienemissionen und Anleihen öffentlich-rechtlicher Körperschaften erheblich gestiegen. Insgesamt wurden Wertpapiere im Betrage von 437 Mill. *RM* im Inlande ausgegeben. Von Stadt-

Die Ausgabe von Wertpapieren im Deutschen Reich
und die Aufnahme von Auslandsanleihen im März
und April 1928 (in Mill. *RM.*).

Gegenstand	Monatsdurchschnitt			1928		
	1907— 1913	1927	1. Vj. 1928	Febr.	März	April
Schuldverschreibungen:						
von öffentlich-rechtlichen						
Körperschaften	98	58	28 *)	38	44	86
von Bodenkreditanstalten	75	166	239	164	198	209
a) Kommunalschuld-						
verschreibungen ..	10	29	52	46	64	111
b) Pfandbriefe	65	137	187	118	134	98
von gemeinnützigen Kör-						
perschaften und Unter-						
nehmungen	—	1	69 *)	202	2	15
von privaten Unterneh-						
mungen, Vereinen usw.	34	16	11	1	26	1
Schuldverschreibungen						
insgesamt ¹⁾	207	241	347	405	270	311
Aktien (ohne Fusionen und						
Sacheinlagen) ²⁾	61	114	67	102	49	126
Inländische Werte zus...	268	355	414	507	319	437
Ausländische Werte	*) 40	5	—	—	—	—
Insgesamt	308	360	414	507	319	437
Auslandsanleihen öffentlich-						
rechtlicher Körperschaften		21,14	4,05	10,14	2,00	12,60
Auslandsanleihen öffentlicher						
Unternehmungen		6,51	35,98	42,00	13,44	21,00
Auslandsanleihen v. Kirchen		1,16	2,26	1,71	2,18	13,83
Auslandsanleihen privater						
Unternehmungen		*) 88,21	70,38	49,05	162,09	26,27
Insgesamt		*) 117,02	112,67	102,90	179,71	73,70

¹⁾ Nominalbeträge. — ²⁾ Ausgabekurs. — ³⁾ Erster Umsatz in Deutschland (Nominalbetrag). — ⁴⁾ Darunter 200 Mill. *RM.* Zertifikate der Reichsbahn. — ⁵⁾ Berichtigte Zahl.

anleihen sind die Schatzanweisungen der Stadt Berlin im Betrage von 25 Mill. *RM.*, die Anleihe der Stadt Frankfurt a. M. (20 Mill. *RM.*), die Schatzanweisungen der Stadt München (16 Mill. *RM.*), die Anleihe der Stadt Leipzig (10 Mill. *RM.*) und die Anleihe der Stadt Heidelberg (5 Mill. *RM.*) zu nennen. Die Provinz Hannover nahm eine Anleihe von 8 Mill. *RM.* auf. Größere Sammelanleihen wurden von dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale) im Betrage von 50 bzw. 33 Mill. *RM.* aufgenommen. Von größeren Anleihen ist ferner die Anleihe des Schleswig-Holsteinischen Elektrizitäts-Verbandes im Betrage von 3,7 Mill. *RM.* zu nennen.

Die Aufnahme von Auslandsanleihen ging erheblich zurück. Insgesamt wurden Auslandsanleihen im Betrage von 73,70 Mill. *RM.* aufgelegt. Die Elektrowerke A. G. und die Landesbank der Provinz Westfalen legten in den Vereinigten Staaten Anleihen im Betrage von 5 bzw. 3 Mill. \$ auf. Eine weitere Anleihe von 3 Mill. \$ wurde in den Vereinigten Staaten für die katholischen kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen aufgelegt. In der Schweiz wurde eine Anleihe der Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich A. G. im Betrage von 15 Mill. Schw. Fr. aufgelegt, weitere 5 Mill. Schw. Fr. der Anleihe wurden in Holland untergebracht. In Holland wurden ferner mehrere kleinere Anleihen von Privatunternehmungen und kirchlichen Körperschaften im Gesamtbetrage von rund 11 Mill. *RM.* aufgelegt.

Kurse und Dividenden der Aktien
am 30. April 1928.

Im Zusammenhang mit einer ausgesprochen festen Börsentendenz, die zum Teil auf Auslandskäufe zurückgeht, sind im April die Kurse der an der Berliner Börse gehandelten Aktien beträchtlich gestiegen. Das durchschnittliche Kursniveau von 854 *RM.* Aktien hat damit den Stand vom 31. Dezember 1927 nicht unerheblich überschritten. Besonders stark sind die Werte der Musik- und Spielwarenindustrie, die eine bedeutsame Dividendenerhöhung zu verzeichnen hatten (Polyphonwerke), gestiegen. Daneben sind noch namhafte Kursbesserungen in der Gruppe Handel und bei den unter »Sonstiger Verkehr« zusammengefaßten Aktien hervorzuheben. Abweichend von der allgemeinen Tendenz waren leichte Kurssenkungen bei den Aktien der Holzindustrie und des Grundstücks Handels und des Eisen- und Straßenbahnen festzustellen; in den beiden erstgenannten Gruppen war auch schon im Vormonat eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen.

Die Steigerung der Aktienkurse traf zusammen mit einer weiteren starken Erhöhung der durchschnittlichen Dividende.

Kurse und Dividenden der an der Berliner Börse
gehandelten Aktien. (Stand am 30. April 1928)

Gruppe	Zahl der Papiere	Nominal- kapital Mill. <i>RM.</i>	Dividende ¹⁾		Kurs	Ren- dite		Kurs- wert Mill. <i>RM.</i>
			vH	Mill. <i>RM.</i>		vH	vH	
Steinkohlen	11	300,5	6,04	20,0	146,59	4,53		440,5
Braunkohlen	17	329,8	9,20	30,3	222,51	4,13		733,9
Kali	4	67,5	9,74	6,6	213,73	4,56		144,3
Bergbau und Eisenindustrie	28	2 177,2	6,24	135,8	117,77	5,30		2 564,1
Steine und Erden	61	303,5	7,95	24,1	142,45	5,58		432,4
Eisen- und Metallgewinnung	25	204,8	6,79	13,9	145,06	4,68		297,1
Sonstige Eisen- und Metallg.	9	43,8	4,23	1,9	118,75	3,56		52,0
Bergbau u. Schwerindustrie	155	3 427,1	6,79	232,6	136,10	4,99		4 664,3
Metallwaren	23	78,3	4,45	3,5	96,33	4,62		75,5
Maschinen	128	740,3	4,29	31,7	107,59	3,99		796,5
Elektrotechnik	26	565,9	7,22	40,8	186,31	3,88		1 054,4
Chemische Industrie	37	1 223,5	10,34	126,6	238,65	4,33		2 919,7
Textilindustrie	73	440,0	9,97	43,9	263,49	3,78		1 159,4
Papier	33	147,6	9,84	14,5	184,25	5,34		272,0
Leder und Linoleum	7	73,0	11,07	8,1	236,73	4,68		172,7
Gummi	10	67,6	5,59	3,8	113,27	4,94		76,6
Holz	10	32,8	3,15	1,0	79,40	3,97		26,1
Musik- und Spielwaren ..	2	17,0	12,94	2,2	370,53	3,49		63,0
Nahrungs- und Genußmittel	44	239,6	7,54	18,1	152,23	4,95		364,8
Brauereien	39	218,9	12,66	27,7	249,16	5,08		545,5
Bekleidung	10	29,0	7,49	2,2	140,97	5,31		40,8
Baugewerbe	15	63,1	8,61	5,4	174,24	4,94		109,9
Verarbeitende Industrie ...	457	3 936,6	8,37	329,5	195,01	4,29		7 676,8
Wasser, Gas, Kraft	36	780,2	8,66	67,6	171,31	5,06		1 336,5
Handel	19	211,0	7,70	16,2	181,27	4,25		382,5
Banken	41	968,0	10,15	98,2	172,24	5,89		1 667,3
Hypothekendarlehen	23	238,1	9,60	22,9	153,63	6,25		365,8
Grundstückshandel	19	62,0	3,84	2,4	104,71	3,67		64,9
Versicherungen	47	97,1	11,90	11,6	301,51	3,95		292,8
Schiffahrt	8	371,4	8,08	30,0	167,32	4,83		621,5
Eisen- und Straßenbahnen ..	39	535,1	6,12	32,8	98,69	6,20		528,1
Sonstiger Verkehr	5	36,9	7,99	2,9	148,14	5,39		54,7
Verschiedene ²⁾	5	43,0	8,53	3,7	158,93	5,37		68,3
Handel und Verkehr	242	3 342,8	8,62	288,2	161,01	5,35		5 382,3
Insgesamt 30. April 1928 ..	854	10 706,6	7,94	850,3	165,54	4,80		17 723,4
• 31. März	859	10 680,3	7,58	809,3	157,67	4,81		16 839,8
• 29. Februar	858	10 545,4	7,29	769,2	154,64	4,71		16 308,0
• 31. Januar	869	10 537,1	7,20	759,1	155,98	4,62		16 435,3
• 31. Dez. 1927 ...	872	10 540,3	7,14	752,8	161,14	4,43		16 985,0
Außerdem:								
Vorzugsaktien	17	303,5	6,79	20,6	94,91	7,15		288,1
Genußscheine	7	66,9	6,52	4,4	134,04	4,86		89,7
Kolonialgesellsch.-Anteile ..	2	3,6	1,31	0,0	273,68	0,48		9,8
Aktien ohne Kurs	6	14,4	2,40	0,3	—	—		—
Aktiengesellsch. i. Liquid...	8	13,3	0	—	26,96	0		3,6

¹⁾ Bingezahlter Betrag. — ²⁾ 3 Gast- und Schankwirtschaften und 2 Hochseefischereien. — ³⁾ Auf das volle Jahr umgerechnet.

Im April ist wieder eine größere Zahl von Jahresabschlüssen veröffentlicht worden, die eine höhere Dividendenausschüttung als im Vorjahre ausweisen. An der Steigerung der Durchschnittsdividende sind am stärksten die Aktien der verarbeitenden Industrie beteiligt. Innerhalb dieser großen Gruppe ist wiederum die Erhöhung der Durchschnittsdividende bei den Werten der Gummiindustrie besonders auffallend; hier hat sich die Durchschnittsdividende gegenüber dem im Vormonat festgestellten Stand mehr als verdoppelt. Dieser Vorgang erklärt sich im wesentlichen durch die Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen durch das größte Unternehmen dieses Industriezweiges (Continental Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie). Bei den Aktien der Musik- und Spielwarenindustrie hat sich unter dem Einfluß der erwähnten Dividendenerhöhung der Polyphonwerke auch die Durchschnittsdividende beträchtlich gehoben; ferner ist eine Steigerung der durchschnittlichen Dividende bei den Werten der chemischen Industrie erwähnenswert. Ein leichter Rückgang der Durchschnittsdividende zeigte sich dagegen bei den Eräueri-Aktiengesellschaften.

Trotz der erheblichen Steigerung der durchschnittlichen Dividendenhöhe bei der Gesamtheit der an der Berliner Börse notierten Aktien ist die Rendite der Aktien nahezu unverändert geblieben, da sich das Durchschnittskursniveau sämtlicher Aktien — wie erwähnt — ebenfalls bedeutend erhöhte.

Das Nominalkapital der an der Berliner Börse notierten und in der Übersicht zusammengefaßten Aktien hat sich abermals gegenüber dem Vormonat etwas erhöht, obwohl die Anzahl der notierten Aktien sich weiter verringerte; auch im April gingen größere Kapitalerhöhungen vor sich, so insbesondere bei den Hypotheken-Aktienbanken (Bayerische Vereinsbank, Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank) sowie bei dem größten deutschen Textilunternehmen (Norddeutsche Wollkammerei).

Die deutschen Sparkassen im April 1928.

Der Spareinlagenzuwachs ist im April weiter leicht zurückgegangen. Die Verminderung ist ausschließlich auf das fast vollständige Fehlen der Gutschriften von Zinsen und von aufgewerteten Spareinlagen zurückzuführen und somit saisonmäßig bedingt. Es ist jedoch bemerkenswert, daß die reinen Einzahlungüberschüsse bei leichtem Sinken der Einzahlungen und bei einem stärkeren Rückgang der Auszahlungen die Höhe des Vormonats noch etwas übertreffen. So verringerte sich z. B. der Einlagenzuwachs der preußischen Sparkassen um 4,234 Mill. *RM*, die Zinszuschläge allein gingen jedoch von 6,081 Mill. *RM* auf 455 000 *RM*, mithin um 5,626 Mill. *RM* zurück. Es ergibt sich daraus, daß der Einlagenüberschuß bei den preußischen Sparkassen um 1,392 Mill. *RM* größer war als im März. Ferner ist zu beachten, daß der Zuwachs im April höher war als im gleichen Monat des Vorjahres und auch den durchschnittlichen monatlichen Einlagenzuwachs des Jahres 1926 um fast 30 vH übersteigt.

Die Bewegung der Spareinlagen.

Monat	Ein- zahlun- gen ¹⁾	Aus- zahlun- gen	Zunahme im Monat		
			ins- gesamt ²⁾	davon durch ³⁾	
				Auf- wertung	Zuschlag von Zinsen
in Mill. RM					
April 1927.....	411,8	278,7	133,1	.	.
Januar 1928.....	790,1	363,0	427,1	³⁾ 85,9	⁴⁾ 75,3
Februar „.....	542,2	309,5	232,7	12,9	25,1
März „.....	508,4	347,7	160,7	4,6	10,0
April „ ⁴⁾	487,7	330,3	157,4	4,9	3,5

¹⁾ Einschl. der Zunahme durch Aufwertung und Zuschlag von Zinsen. —
²⁾ Abweichungen gegenüber den Einzelbeträgen entstanden durch Abrundung. —
³⁾ Soweit statistisch erfaßt. — ⁴⁾ Vorläufige Zahlen. — ⁵⁾ Von einer Sparkasse in Hamburg konnten die Aufwertungsbeträge und die Zinsen für 1927 noch nicht getrennt angegeben werden. Es ist daher der gesamte Betrag vorerst unter Aufwertung eingesetzt worden.

Die Giro-, Scheck-, Kontokorrent- und Depositen-einlagen holten den Rückgang, den sie im März erlitten hatten, wieder auf und erreichten darüber hinaus mit 1 297,9 Mill. *RM* einen erneuten Höchststand.

Die Einlagen bei den deutschen Sparkassen*).

Länder	Spareinlagen				Giro- usw. Einlagen			
	Bestand Ende		Bestand Ende		Bestand Ende		Bestand Ende	
	April 1927	Febr. 1928	März 1928	April 1928	April 1927	Febr. 1928	März 1928	April 1928
in Mill. <i>RM</i>								
Preußen	2 493,9	3 352,2	3 450,8	3 545,4	846,2	875,1	866,4	874,2
Bayern	289,5	404,2	417,4	430,2	85,9	99,8	102,5	104,9
Sachsen	230,5	332,8	348,7	364,3	—	—	—	—
Württemberg	182,9	255,6	261,0	267,2	132,9	146,9	149,4	151,1
Baden	177,7	251,2	261,5 ²⁾	271,0	32,1	49,3	46,7 ²⁾	47,8
Hessen	90,4	123,7	126,8	130,0	19,4	25,3	23,7	23,3
Mecklenburg- Schwerin	18,5	27,5	28,3	28,9	10,1	9,0	8,9	8,8
Thüringen	83,0	115,4	118,4 ²⁾	122,3	39,1	42,6	44,3 ²⁾	46,0
Mecklenburg- Strelitz	1,7	2,7	2,8	2,9	0,6	0,9	0,9	0,9
Oldenburg	27,1	33,7	34,4	34,9	10,8	10,9	10,3	9,6
Braunschweig	13,6	18,5	18,9	19,4	—	—	—	—
Anhalt	22,1	34,4	35,6	36,3	9,1	10,9	10,8	11,3
Waldeck	5,4	6,6	7,1	7,1	1,0	1,1	1,1	1,1
Schaumburg- Lippe	5,8	8,7	10,2	11,3	2,9	2,6	2,7	2,6
Lippe-Deitm.	16,3	29,7	30,2	30,9	3,9	4,3	3,7	3,6
Hamburg	135,5	237,4	240,5	246,3	3,6	6,0	6,6	6,2
Bremen	57,1	87,6	88,8	91,0	4,5	5,6	5,4	5,4
Lübeck ¹⁾	3,0	5,0	5,3	5,5	0,9	1,0	1,0	1,1
Zusammen	3 854,0	5 326,8	5 486,7 ²⁾	5 644,9	1 203,1	1 291,4	1 284,5 ²⁾	1 297,9
Außerdem im sächsischen Gironetz					245,7	278,4	285,3	291,9

*) Abweichungen der Summen gegenüber den Einzelbeträgen entstanden durch Abrundung. — ¹⁾ In Lübeck besteht nur eine Sparkasse. Die Spargelder werden deshalb zumeist von Banken usw. aufgenommen, wodurch die verhältnismäßig niedrige Höhe der lübischen Spareinlagen zu erklären ist. —
²⁾ Vorläufige Zahlen.

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich im Jahre 1927.

Die vorläufigen Auszählungen der Bevölkerungsbe-
 wegung im Deutschen Reich für das Jahr 1927 ergaben:

	1927	1926
Eheschließungen	538 525	483 198
Lebendgeborene	1 160 206	1 227 900
Totgeborene	38 117	41 519
Gestorbene (ohne Totgeborene)	757 257	734 359
Geburtenüberschuß	402 949	493 541

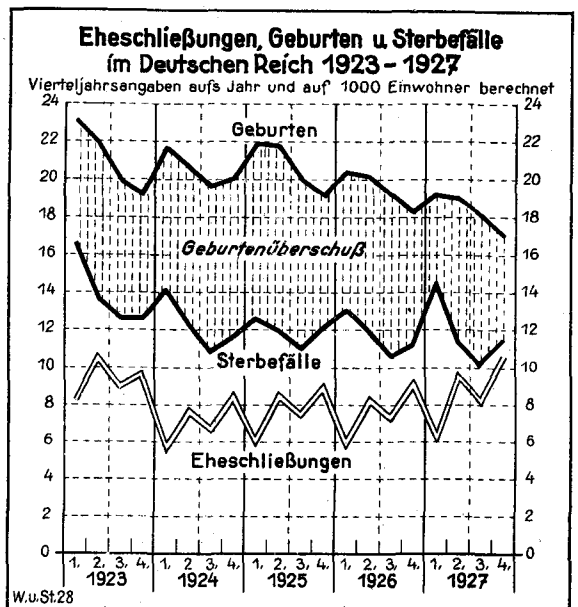
Die Zahl der Eheschließungen ist im Jahre 1927 um 55 327 oder 11,5 vH angestiegen. Auf 1 000 Einwohner berechnet wurden 8,5 Ehen geschlossen gegenüber 7,7 im Vorjahre und 7,8 im Jahre 1913. Diese starke Zunahme der Eheschließungshäufigkeit ist besonders bemerkenswert, weil die Männer jetzt ohnehin schon zu einem weit größeren Teil verheiratet sind als in früheren Zeiten.¹⁾ Nach bisher vorliegenden Teilergebnissen der endgültigen Auszählung waren auch die Frühehen der Männer im Jahre 1927 wieder noch erheblich häufiger als im Jahre 1926.

In den einzelnen Vierteljahre betrug die Heiratsziffer auf 1 000 Einwohner und ein volles Jahr berechnet:

	1913	1925	1926	1927
im 1. Vierteljahr	6,2	5,7	5,6	6,0
„ 2. „	9,0	8,7	8,5	9,5
„ 3. „	6,7	7,3	7,2	8,0
„ 4. „	9,1	9,2	9,4	10,6
Durchschnitt	7,8	7,7	7,7	8,5

In den Ländern und Landesteilen ist die Heiratshäufigkeit im allgemeinen ziemlich gleichmäßig gestiegen. Besonders stark war ihre Zunahme jedoch im Freistaat Sachsen (um 18 vH), in Oberschlesien (15 vH) und in Thüringen sowie in den großstädtischen Bezirken Berlin, Hamburg, Bremen und Lübeck.

¹⁾ Vgl. »W. u. St.«, 8. Jahrgang 1928, Nr. 4, S. 118: »Die Reichsbevölkerung nach Alter und Familienstand«.



Die Zahl der Lebendgeborenen war im Jahre 1927 mit 1 160 206 um 67 694 oder 5,5 vH niedriger als im Vorjahre. Der Geburtenrückgang hat sich also im Vergleich zu 1926, in welchem Jahre rund 65 000 Kinder weniger geboren wurden als im Jahre 1925, noch weiter verschärft. Dementsprechend betrug die Geburtenziffer nur noch 18,3 auf 1 000 der Gesamtbevölkerung gegenüber 19,5 im Jahre 1926, 20,7 im Jahre 1925 und 26,9 im Jahre 1913.

In den einzelnen Ländern und Landesteilen war die Entwicklung der Sterblichkeitsverhältnisse nicht gleichmäßig. Ein Gebiet mit besonders starker Zunahme der Sterblichkeit umfaßt Brandenburg mit Berlin, den Freistaat Sachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. In der Provinz Hannover, in Bayern und Baden dagegen ist die Sterbeziffer unverändert geblieben und in Oberschlesien, den beiden Mecklenburg und in Anhalt hat sie auch im Jahre 1927 noch weiter abgenommen.

Von der Verschlechterung der Sterblichkeitsverhältnisse wurde jedoch nur die über 1 Jahr alte Bevölkerung betroffen. Die Sterbeziffer der Übereinjährigen ist von 9,9 in den Jahren 1925 und 1926 wieder auf 10,4 (auf 1 000 übereinjährige Einwohner) angestiegen. Sie war damit sogar etwas höher als im Jahre 1924 (10,2).

Die auf 1 000 über 1 Jahr alte Personen und ein volles Jahr berechneten Sterbeziffern betragen:

	1913	1925	1926	1927
im 1. Vierteljahr.....	12,3	10,4	11,0	12,6
• 2. „.....	11,4	10,1	10,1	9,8
• 3. „.....	10,1	9,0	8,8	8,9
• 4. „.....	10,6	10,3	9,6	10,2
Durchschnitt	11,1	9,9	9,9	10,4

Die Zunahme der Sterblichkeit der Übereinjährigen war hauptsächlich durch die Grippeepidemie des 1. Vierteljahres und die im letzten Viertel des Jahres 1927 herrschende ungünstige Witterung verursacht. Nach den Berichten der 346 deutschen Gemeinden von über 15 000 Einwohnern starben an Grippe im Jahre 1927 0,28 Personen auf 1 000 Einwohner gegenüber 0,16 im Jahre 1926 und an Lungenentzündung 0,82 auf Tausend gegenüber 0,73 im Vorjahr. Außerdem ist die Zahl der Sterbefälle an Krebs, Herzkrankheiten und Altersschwäche angestiegen. Da es sich hierbei jedoch fast ausschließlich um Sterbefälle älterer Personen handelt, so ist die Erhöhung der allgemeinen Sterbeziffer infolge der Vermehrung der Sterbefälle an diesen Todesursachen im wesentlichen auf die ständig zunehmende Besetzung der höchsten Altersstufen zurückzuführen.

Die Säuglingssterblichkeit ist im Jahre 1927 weiter zurückgegangen. Auf 100 Lebendgeborene entfielen nur noch 9,7 Sterbefälle von unter 1 Jahr alten Kindern gegenüber 10,2 im Jahre 1926 und 10,5 im Jahre 1925. Insbesondere hat die Sterblichkeit der Säuglinge an Brechdurchfall mit 0,7 auf 100 Lebendgeborene gegenüber 0,9 im Jahre 1926 eine weitere nicht unwesentliche Abnahme erfahren.

Die auf 100 Lebendgeborene des gleichen Zeitraums berechneten Säuglingssterbefälle betragen:

	1913	1925	1926	1927
im 1. Vierteljahr.....	14,3	11,0	10,8	11,1
• 2. „.....	14,7	9,5	9,9	9,2
• 3. „.....	16,6	10,7	10,0	8,8
• 4. „.....	14,8	10,9	9,7	9,6
Durchschnitt	15,1	10,5	10,2	9,7

Der Geburtenüberschuß ist infolge der starken Abnahme der Geburtenhäufigkeit und der gleichzeitigen Vermehrung der Sterbefälle im Jahre 1927 um rund 90 000 zurückgegangen. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung des Deutschen Reichs betrug damit nur noch 402 949 oder 6,4 auf 1 000 Einwohner gegenüber 493 541 oder 7,9 auf 1 000 im Jahre 1926 und 547 808 oder 8,8 auf 1 000 im Jahre 1925. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist sie nunmehr fast bis auf die Hälfte gesunken.

Unter Berücksichtigung der überseeischen Auswanderung (1927: 60 182) errechnet sich die fortgeschriebene Bevölkerungszahl des Deutschen Reichs ohne Saargebiet am 31. 12. 1927 auf 63 423 000. Am 31. 12. 1926 betrug sie 63 080 000. Unter Einrechnung des Saargebiets betrug die Reichsbevölkerung Ende 1927 64 213 000.

Zum Vergleich mit den deutschen Verhältnissen werden in der folgenden Übersicht die bisher vorliegenden Angaben über die Bevölkerungsvorgänge außerdeutscher Länder im Jahre 1927 mitgeteilt.

Land	Jahr	Eheschließungen		Lebendgeborene		Gestorbene (ohne Totgeborene)		Geburtenüberschuß	
		Zahl	auf 1 000 Einw.	Zahl	auf 1 000 Einw.	Zahl	auf 1 000 Einw.	Zahl	auf 1 000 Einw.
Dänemark ..	1926	25 731	7,5	70 688	20,5	37 956	11,0	32 732	9,5
	1927	26 000	7,5	69 000	19,8	40 000	11,5	29 000	8,3
England und Wales	1926	279 321	7,2	694 897	17,8	453 795	11,6	241 102	6,2
	1927	307 818	7,9	654 969	16,7	484 636	12,3	170 333	4,4
Frankreich ..	1926	346 126	8,5	766 226	18,8	713 458	17,5	52 768	1,3
	1927	337 864	8,3	741 708	18,2	676 666	16,6	65 042	1,6
Niederlande	1926	55 341	7,4	177 428	23,8	73 331	9,8	104 097	14,0
	1927	56 551	7,5	175 068	23,1	77 599	10,3	97 469	12,8
Norwegen ...	1926	15 836	5,7	54 692	19,7	29 593	10,6	25 099	9,1
	1927	16 247	5,8	52 622	18,8	31 460	11,2	21 162	7,6
Italien.....	1926	296 293	7,4	1 140 905	28,4	722 326	17,9	418 579	10,4
	1927	303 623	7,5	1 121 098	27,6	631 900	15,6	489 198	12,0

¹⁾ Einschließlich der Totgeborenen.

Die Geburtenhäufigkeit hat im Jahre 1927 in allen in der Übersicht aufgeführten Staaten abgenommen. Noch stärker als im Deutschen Reich (5,5 vH) war der Rückgang der Geburtenzahl in England und Wales mit 5,8 vH der Lebendgeborenenzahl des Jahres 1926. In Norwegen betrug er 3,8, in Frankreich 3,2, in Dänemark 2,4, in Italien 1,7 und in den Niederlanden nur 1,3 vH. In Italien wurden im Jahre 1927 bei einer Bevölkerungszahl von 40,6 Millionen nur noch 77 000 Kinder weniger geboren als im Deutschen Reich (einschl. Totgeborene). Die Sterblichkeit war wie im Deutschen Reich so auch in Dänemark, England, den Niederlanden und Norwegen, zum Teil erheblich, ungünstiger als im Vorjahr. In Frankreich und Italien dagegen hat sie ziemlich stark abgenommen. Der Geburtenüberschuß war in den Niederlanden und in Italien mit 12,8 und 12,0 auf 1 000 Einwohner noch ungefähr so hoch wie im Deutschen Reich in der letzten Zeit vor dem Krieg. In England und Wales hat die natürliche Bevölkerungsvermehrung mit 4,4 auf Tausend bereits einen sehr niedrigen Stand erreicht. Die Bevölkerung Frankreichs hat im Jahre 1927 infolge der günstigen Entwicklung der Sterblichkeitsverhältnisse etwas stärker zugenommen als im Vorjahr.

Die Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten im April 1928.

Im April 1928 entfielen in den deutschen Großstädten, auf ein volles Jahr berechnet, 10,4 Eheschließungen, 14,2 Lebendgeborene und 11,7 Sterbefälle auf 1 000 Einwohner. Die Zahl der Eheschließungen hat mit 10,4 auf 1 000 Einwohner gegenüber 9,9 im April 1927 weiter stark zugenommen; sie war um 2,4 auf 1 000 Einwohner, also um $\frac{1}{3}$ höher als im April 1926 (8,0). Die Zahl der Lebendgeborenen war nach ihrem Anstieg im März auch im April 1928 mit 14,2 auf 1 000 Einwohner ein wenig höher als im gleichen Monat des Vorjahres (14,0). In Berlin dagegen ist sie mit 10,2 auf 1 000 Einwohner gegenüber 10,3 im April 1927 noch weiter zurückgegangen.

Die Sterblichkeit war mit 11,7 Sterbefällen auf 1 000 Einwohner auch im April 1928 erheblich ungünstiger als in den Vor-

Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten im April 1928.

Berichtszeit	Eheschließungen	Lebendgeborene ¹⁾		Gestorbene ¹⁾		Sterbefälle ¹⁾ an		
		insgesamt	davon unehelich	insgesamt	davon 0-4 Jahr alt	Tuberkulose	Lungenentzündung u. sonstigen Krankheiten d. Atmungsorgane	Herzkrankheiten
1928								
Jan.-März	34 861	61 377	8 909	52 344	6 012	4 532	6 949	6 874
April	15 191	20 732	3 217	17 090	1 945	1 515	2 236	2 265
• 1927.....	14 168	20 011	2 961	15 082	1 789	1 523	1 524	1 982
Auf 1 000 Einwohner und aufs Jahr berechnet								
1928								
Jan.-März	8,0	14,0	2,0	11,9	9,8	1,03	1,59	1,57
April.....	10,4	14,2	2,2	11,7	9,4	1,04	1,54	1,56
• 1927 ...	9,9	14,0	2,1	10,6	8,9	1,07	1,07	1,39

¹⁾ Ohne Ortsfremde. — ²⁾ Auf 100 in der Berichtszeit Lebendgeborene berechnet.

jahren, im April 1927 betrug sie nur 10,6 und im April 1926 11,1 auf 1000. Die Zunahme der Sterblichkeit ist zur Hälfte etwa durch eine starke Vermehrung der Sterbefälle an Lungenentzündung und anderen Erkrankungen der Atmungsorgane infolge des lange anhaltenden Nachwinters bedingt gewesen. Auch an Krebs, Altersschwäche und Herzkrankheiten starben weit mehr Personen als im gleichen Monat des Vorjahres; ebenso haben die Sterbefälle an Scharlach und Diphtherie weiter zugenommen. Selbst die Säuglingssterblichkeit war mit 9,4 Sterbefällen auf 100 Lebendgeborene der Berichtszeit weit höher als im April 1927 (8,9) und im April 1926 (9,1).

Die Auswanderung aus Österreich im 1. Vierteljahr 1928. Aus Österreich sind im 1. Vierteljahr 1928 nach überseeischen Ländern 1 273 Personen ausgewandert (im 1. Vierteljahr 1927: 1 592), in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1928 54 045. Von den Auswanderern im 1. Vierteljahr 1928 stammten u. a. aus dem Burgenland 481, aus Wien 195, aus der Steiermark 225, aus Niederösterreich 93, Oberösterreich 84 und Kärnten 125. Als Reiseziele der Auswanderer sind u. a. Kanada (582), die Vereinigten Staaten von Amerika (227), Argentinien (252) und Brasilien (91) hervorzuheben. Dem Beruf nach stammten aus der Land- und Forstwirtschaft 662, aus Industrie, Bergbau und Baugewerbe 179.

VERSCHIEDENES

Die Reichstagswahl am 20. Mai 1928.

Nach dem vom Reichswahlausschuß am 1. Juni 1928 festgestellten endgültigen Gesamtergebnis sind bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 30 724 478 gültige Stimmen abgegeben worden, das sind 412 543 gültige Stimmen mehr als bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924. Die Zahl der ortsanwesenden Stimmberechtigten betrug 41 295 102 gegenüber 38 987 385 bei der vorhergegangenen Reichstagswahl. Bei Ansatz der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen ist die durchschnittliche Wahlbeteiligung von 78,8 vH am 7. Dezember 1924 auf 75,4 vH am 20. Mai 1928 gesunken. Erheblich über dem Durchschnitt liegen die Wahlbeteiligungsziffern in den Wahlkreisen Nr. 10 (Magdeburg) mit 84,4 vH, Nr. 29 (Leipzig) mit 83,4 vH und Nr. 16 (Südhanover-Braunschweig) mit 81,6 vH. Die geringste Wahlbeteiligung weisen die Wahlkreise Nr. 32 (Baden) mit 61,7, Nr. 33 (Hessen-Darmstadt) mit 65,8, Nr. 20 (Köln-Aachen) mit 66,4 und Nr. 31 (Württemberg) mit 68,3 vH auf. In 4 Wahlkreisen war die Wahlbeteiligung am 20. Mai 1928 geringer als am 7. Dezember 1924, nämlich in den Wahlkreisen Nr. 2 (Berlin) 78,9 gegenüber 77,3 vH, Nr. 9 (Oppeln) 70,2 gegenüber 69,9 vH, Nr. 23 (Düsseldorf West) 76,2 gegenüber 76,1 vH und Nr. 34 (Hamburg) 79,4 gegenüber 76,2 vH.

Über die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Parteien und die Zahl der Abgeordneten gibt die Übersicht Aufschluß. Auffallend hoch ist die Zahl der Stimmen, für die Mandate nicht zugebilligt werden können. Sie beträgt 1 284 230, darunter 80 402 für die Linken Kommunisten, 266 386 für den Völkisch-Nationalen Block und 485 736

für kleine und kleinste Gruppen; ferner 451 706 für Parteien, die zwar in den Reichstag einzuziehen, aber ihre Stimmen nur zum Teil mandatsbildend verwerten konnten, nämlich für die Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) (RWV 16) 362 165 und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) 89 541 unverbrauchte Reststimmen.

Von den zahlreichen kleinen Parteien, die bisher im Reichstag nicht vertreten waren, ist es nur dem »Sächsischen Landvolk« gelungen, in den Reichstag einzuziehen. Die im letzten Reichstag gegen Ende der Wahlperiode gebildeten Fraktionen »Linke Kommunisten« und »Völkisch-Nationaler Block« scheiden für den neuen Reichstag aus.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung zur Reichstagswahl am 20. Mai 1928.

Wahlkreise	Wohnbevölkerung am 16. 6. 1925	Zahl der ortsanwesenden Stimmberechtigten überhaupt	Von den ortsanwesenden Stimmberechtigten			
			haben sich an der Wahl beteiligt		sind abgegeben worden	
			überhaupt	vH	gültige Stimmen	ungültige Stimmen
1. Ostpreußen	2 256 349	1 324 924	998 635	75,4	988 389	10 246
2. Berlin	1 966 173	1 519 702	1 199 260	78,9	1 189 512	9 748
3. Potsdam II.	1 605 804	1 344 198	993 810	73,9	986 703	7 107
4. Potsdam I.	1 752 082	1 274 083	1 001 442	78,6	989 177	12 265
5. Frankfurt a. d. O.	1 625 010	1 054 925	830 131	78,7	819 480	10 651
6. Pommern	1 878 781	1 179 994	908 099	77,0	898 537	9 562
7. Breslau	1 897 172	1 237 230	983 564	79,5	972 312	11 252
8. Liegnitz	1 235 156	791 759	614 461	77,6	606 881	7 580
9. Oppeln	1 379 278	821 581	576 425	70,2	563 952	12 473
10. Magdeburg	1 645 559	1 092 515	922 229	84,4	909 377	12 852
11. Merseburg	1 412 694	936 198	732 444	78,2	720 535	11 909
12. Thüringen	2 228 262	1 493 435	1 121 470	75,1	1 107 246	14 224
13. Schleswig-Holst.	1 566 859	1 048 380	800 647	76,4	788 654	11 993
14. West-Ems	1 500 582	945 719	712 312	75,3	701 760	10 552
15. Osthanover ...	1 053 622	678 870	522 079	76,9	514 347	7 732
16. Südhanover-Braunschweig ..	1 919 165	1 298 926	1 059 398	81,6	1 046 762	12 636
17. Westfalen Nord ..	2 349 694	1 555 749	1 226 071	78,8	1 202 161	23 910
18. Westfalen Süd ..	2 721 367	1 597 194	1 248 833	78,2	1 228 803	20 030
19. Hessen-Nassau ..	2 426 309	1 651 655	1 189 102	72,0	1 171 262	17 840
20. Köln-Aachen ..	2 123 412	1 435 641	953 194	66,4	934 496	18 698
21. Koblenz-Trier ..	1 252 632	778 841	568 740	73,0	557 368	11 372
22. Düsseldorf Ost ..	2 064 131	1 455 171	1 084 066	74,5	1 067 629	16 437
23. Düsseldorf West ..	1 801 988	1 117 514	851 217	76,2	832 539	18 678
24. Oberbayern-Schwaben	2 544 163	1 614 911	1 184 354	73,3	1 168 395	15 959
25. Niederbayern ..	1 385 031	790 452	569 143	72,0	560 729	8 414
26. Franken	2 518 645	1 619 472	1 261 406	77,9	1 246 251	15 155
27. Pfalz	931 755	589 356	418 257	71,0	412 054	6 203
28. Dresden-Bautzen	1 854 181	1 295 077	1 033 755	79,8	1 024 688	9 067
29. Leipzig	1 307 312	912 595	761 291	83,4	754 225	7 066
30. Chemnitz-Zwickau	1 830 827	1 245 547	963 915	77,4	953 866	10 049
31. Württemberg ..	2 652 075	1 717 239	1 172 832	68,3	1 153 387	19 445
32. Baden	2 312 462	1 496 041	923 210	61,7	909 378	13 832
33. Hessen-Darmstadt	1 347 279	913 867	601 643	65,8	596 053	5 590
34. Hamburg	1 152 523	880 591	699 091	79,4	692 745	6 346
35. Mecklenburg ...	912 285	585 750	458 782	78,3	454 825	3 957
Insgesamt	62 410 619	41 295 102	31 145 308	75,4	30 724 478	420 830

